DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTVERWALTUNG

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 - 16 24 67

111 10. JAHRGANG Dezember '93 8,00 DM

AUS DEM INHALT:

BAUFACHFRAUEN

Begegnung und Vernetzung ist fast logischerweise Thema an einem Treffen von verschiedenen Bauhandwerkerinnen. Hinzu kamen beim kürzlich stattgefundenen Wochenende im Frauenbildungshaus Osteresch die Themen »Geld stinkt, oder?« sowie die Diskussion um Chancen und Grenzen einer bundesweiten Frauenbaufirma. Den wichtigen Begegnungscharakter hat unsere Autorin eingefangen in stimmungsvollen Impressionen vom Baufachfrauentreffen auf Seite 2.

CONTRASTE IM DATENNETZ

»Zeitungslesen ist nur möglich, wenn dabei Papier raschelt«, ist schon längere Zeit falsch, denn CONTRASTE ist schon seit einiger Zeit auszugsweise auch zu Hause am Computer zu lesen. Die ostdeutsche Tageszeitung »Junge Welt« hat bereits ein elektronisches Abo aufgelegt und bietet bereits am Abend die Zeitungsnachrichten vom nächsten Tag .... Mehr dazu auf Seite 4.

NICARAGUA

In unserer Serie zur aktuellen Situation in Nicaragua geht's diesmal um den ArbeiterInnen-Eigentumssektor. Trotz der wirtschaftlich schwierigen Situation und der politisch unsicheren Lage sind die ArbeiterInnen aufgefordert, sich an der zweiten Phase der Privatisierung konstruktiv und möglichst weitsichtig zu betreiligen. Die Gratwanderung zwischen Mitbestimmung und befürchteter Aristokratie der ArbeiterInnen in ihren neuen Leitungsfunktionen schildert ein Beitrag der ANN (unabhängige nicaraguanische Nichtrichtenagentur).
Die Schwierigkeiten für den arbeiterInnen-eigenen Produktionssitz beleuchtet das Gewerkschaftsmitglied Lucio Jiménez in einem Interview ebenfalls auf Seite 5.

BANK FÜR FRAUEN

Offizielle Entwicklungspolitik mit Großkrediten kann niemals so viel bewirken wie Basisbewegungen – z.B. der Frauen in Bangladesh. Wenn im Industriesektor von Bangladesh lediglich 10 bis 20% der aufgenommenen Kredite an die staatlichen Banken zurückbezahlt werden, wirkt die Vertragstreue der Grameen-Bank-Kundinnen mit 98% zurückbezahlter Kredite schon bald sensationell. Als Bank für die Armen könnte die von einem Wirtschaftsprofessor gegründete Frauen-Bank auch bezeichnet werden. Mit kleinen Beträgen (300 DM reichen für einen Hausbau) und solidarischer Unterstützung (fünf Frauen bürgen gemeinsam für einen Kredit) wird die Basis für ein selbstbestimmtes und unabhängiges Wirtschaften gelegt.
Ein Reisebericht sowie die Vorstellung einer Sondernummer der Heidelberger Zeitschrift »Brennpunkte« auf Seite 12.

VEGETARISCHE REVOLUTION

»Schmeiß weg – bic Mac!« mag ja als Aktionsform mal ganz lustig sein – eine grundsätzliche Alternative der Eßgewohnheiten ist das aber noch nicht. Doch genau nach dem – inklusive grundsätzlichen gesellschaftlichen Alternativen – sucht unser Autor Hermann Cropp. Dabei sind ihm die gelebten Beispiele alternativer AussteigerInnen oder den Mut einzelner Bauern zur Umstellung auf Bioanbau wichtiger als nur theoretische Diskussionen um das richtige Revolutionskonzept. In kritischer Distanz liefert er Materialien gegen den Fleischkonsum der verschiedenen Gruppierungen von VegetarierInnen. Vom Widerstand gegen Tendenzen zur Sektenbildung und vom Egoismus des gesunden Bauches für eine vegetarische Revolution auf den Seiten 10/11.

SCHWERPUNKT WOHNEN

Bezahlbarer Wohnraum für alle

Die Miet- und Wohnungspolitik in der Bundesrepublik ist an einem katastrophalen Tiefpunkt angelangt. Vielfältige und phantasievolle Antworten darauf sind nach wie vor notwendig; seien es taktisch kluge Verhandlungen mit dem Ziel einer unabhängigen Wohnungsbaugenossenschaft oder sei es die von einer breiten Bewegung getragene Instandbesetzung als sofortige Aktion für selbstbestimmten Wohn- und Lebensraum.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Peter Streiff, Redaktion Heidelberg ● Drei Millionen fehlende Wohnungen und eine Million Obdachlose sind das Ergebnis staatlich geförderter MieterInnenvertreibung und des Eigentumsmißbrauchs. Die Gesetzgebung zugunsten der Grundstücks-, Haus- und Wohnungsbesitzer einerseits sowie die zwangsweise Anpassung des ostdeutschen Wohnungswesens an kapitalistische Eigentumsansprüche andrerseits haben existenzbedrohende soziale Ungerechtigkeiten geschaffen. Sie untergraben die demokratischen Grundlagen in Ost und West und sind zu einem zentralen politischen Problem geworden. Immer weniger Wohnungssuchende finden eine bezahlbare Wohnung. Der Schwarzmarkt auf dem Wohnungssektor und die Immobilienspekulation blühen. Grundstückspreise und Mieten schrauben sich weiter in schwindelnde Höhen.

»Lieber instandbesetzen als kaputtbesitzen!«

Forderungen wie »die Häuser denen, die darin wohnen« sind bei Hausbesetzungen nichts Neues. An staatlichen Gesetzen haben sie bisher allerdings nicht rütteln können. Dennoch: Es gibt mehrere Beispiele, wo sich entschlossenes Eintreten für die eigenen Bedürfnisse, phantasievolle Aktionen und (vielfach) geschickte Verhandlungstaktik ausbezahlt haben. Die Hafenstrasse in Hamburg, über deren aktuelle Entwicklungen wir in einer der nächsten CONTRASTE berichten werden, ist wohl symbolträchtigstes Projekt.

An ähnlich markanter Stelle mitten in der Stadt Zürich (direkt beim Hauptbahnhof) ist die ehemalige Wohlgroth-Fabrik zu einem mittlerweile landesweit beachteteten Kultur- und Lebensraum geworden. Seit zweieinhalb Jahren setzen 120 BewohnerInnen den Abriss- und Bürobaupläne des internationalen Waffenfabrikanten Bührle ihren gemeinsamen und selbstbestimmten Freiraum entgegen.

Zur grundsätzlichen Wohnraum-Problematik – hier stellvertretend für die Anliegen so vieler Besetzungen einige Auszüge – haben die Wohlgroth-BesetzerInnen in einer Erklärung geschrieben: »In der Stadt Zureich herrscht immer noch Wohnungsnot. Immer noch gibt es zu wenig billigen Wohnraum. Viele Leute können sich kein Zuhause leisten, und es werden mehr. Viele verwenden fast ihren ganzen Lohn, um das elementarste Bedürfnis wie ein Dach über dem Kopf überhaupt noch bezahlen zu können. Was wir endlich brauchen, ist ein echter Freiraum, wo wir auch wirklich experimentieren können. Wir behaupten, daß wir der Stadt billiger kommen, wenn sie die 1,8 Millionen Franken jährlich für das Areal bezahlen würde, als wenn wir alle auf das Fürsorgeamt müßten. Die Sozialarbeit, die wir im Stadtzentrum leisten, können wir gar nicht in Franken umrechnen.«

Trotz scheinbarer Verhandlungsbereitschaft seitens des Eigentümers mit Ersatzangebot einer Fabrik am Stadtrand wurde vor kurzem mit großem Polizeiaufgebot überraschend geräumt und damit wieder einmal versucht, Wohnungsnot zu individualisieren. Die Schwierigkeiten, den gewünschten Freiraum nicht oder noch nicht definitiv zugestanden zu erhalten und stattdessen aufreibende Verhandlungen um irgendeine Form der Tolerierung oder allenfalls Legalisierung führen zu müssen, kennen gerade die Leute an der Hamburger Hafenstrasse zur Genüge.

GENOSSENSCHAFTLICH PRIVATISIERT

Früher instandbesetzt und heute eingetragene Genossenschaft mit rechtlich anerkanntem Status ist die Luisenstadt e.G. in Berlin-Kreuzberg auch Beispiel dafür, daß nach erfolgreichen Verhandlungen um Wohnungen die Ansprüche und Diskussionen um gemeinsam gestaltetem Lebensraum nicht automatisch aus dem Weg geräumt sind. Außerdem stellen wir in unserem Schwerpunkt-Thema die Maxhütte, erste Wohnungsgenossenschaft im Osten, vor. Nicht durch Instandbesetzung sondern dank hohem Beratungsaufwand bei den bisherigen MieterInnen der Werkswohnungen sowie der Anerkennung als Modellprojekt konnten 1.400 Wohnungen genossenschaftlich privatisiert und damit der Spekulation entzogen werden.

Mit 30 bis 50 Eigentumswohnungen in einem Wohnhof innerstädtischer Lage für alleinstehende und alleinerziehende Frauen will die Beginenhof GmbH in Berlin den ersten Schritt für selbstbestimmte Frauen-Lebensräume tun. Außerdem werden Anlagemöglichkeiten, Schaffung von Arbeitsplätzen und der Bau von Sozialwohnungen dazugehören.

NUTZUNGSRECHT VOR EIGENTUMSRECHT

Auch am sozialpolitischen Kongreß, der Mitte November vom NEUEN FORUM veranstaltet wurde, drehten sich die Diskussionen um die Gegensätze von Nutzungsrecht und Eigentumsrecht von Wohnungen bzw. von Grund und Boden. Kaum ein anderer Bereich der Gesellschaft unterliegt einer so konservativen Beharrungsgewalt wie das Bodenrecht und davon abgeleitet das Wohnrecht. Jedoch: Das Privateigentum an den unersetzbaren Gütern der Allgemeinheit, wie sie Grund und Boden sind, ist ungerecht, historisch überholt und destruktiv. Es führte und führt zu Zerstörung, Verseuchung, Zersiedelung und Verknappung. Das NEUE FORUM fordert in dem Zusammenhang, das Nutzungsrecht vor das Eigentumsrecht zu setzen, daß sich der Besitz und Erwerb von Grund und Boden sowie Wohnraum nur für die tatsächlichen NutzerInnen lohnen dürfe sowie daß eine grundsätzliche Neuordnung des Bodenrechts (z.B. Erbpacht) anzustreben sei. ●

Berichte der verschiedenen Wohnprojekte sowie weitere Thesen zur Diskussion im **Schwerpunkt-Thema auf den Seiten 6 bis 9.**

P 8008 E

00.2621 14 001
Andreas Wischner
Frankenstr. 15
D-10781 Berlin

SCHWUNDGELD:

Die »Knochen« des Diogenes

Über die historischen und sozialökonomischen Hintergründe eines Künstlerprojektes in Ost-Berlin

Von Radi K. Linsky, Red. Heidelberg ● Am 10. November 1993 startete die Künstlergruppe loe Bsaffot in der »Gallerie o zwei« am Prenzlauer Berg in Ost-Berlin unter dem Motto »Kohle ist knapp, Geld im flutsch futsch! Kampf dem Zins! Es lebe das Kunstgeld!« ein Spektakel, auf das sich sensationslüsternde Journalisten von der Bild-Zeitung bis zur taz und von fast allen Fersehanstalten stürzten: das interessante Projekt einer autonomen, von einer imaginären »Dezentralbank« herausgegebenen »Schwundgeld«-Währung. Die Idee hatten sie, wie mir der Dichter und Initiator dieser Aktion, Bert Papenfuß, versicherte, meinem Buch über Silvio Gesell entnommen (1). Ich hatte dort den fast vergessenen »Akraten« und »Physiokraten« Silvio Gesell wieder ausgegraben. Er hatte die Idee von einem Geld, das eine Währung mit stabilem Preisniveau garantiert, gleichzeitig aber selbst einem »Schwund« unterliegt. Der Zweck dieses Geldes war es, die Zirkulation in Gang zu halten und die Zinsen auf durchschnittlich Null Prozent zu reduzieren.

GELD MUSS STINKEN!

Diese Idee ist nicht neu. Bereits vor mehr als 2.300 Jahren hatte der Frühanarcho und Zyniker Diogenes aus seiner Tonne heraus ein Geld gefordert, das stinkt. Zu diesem Zweck sollten Münzen aus Knochen und nicht aus Edelmetall bestehen. Gold- und Silbermünzen können leicht verschatzt werden und würden dann im Wirtschaftskreislauf fehlen. Es kommt zu Absatzstockungen, Pleiten und Arbeitslosigkeit. Stinkende Knochen würden jedoch die GeldbesitzerInnen veranlassen, derartige Tauschvermittler auszugeben, statt sie als Wertaufbewahrungsmittel zu mißbrauchen.

Von der gleichen Einsicht ausgehend, hatte der spartanische Gesetzgeber Lykurg ein Eisengeld eingeführt (2). Da der Wert des Geldes damals von dem metallischen Eigenwert der Münzen bestimmt wurde, nahm das Horten von Eisenmünzen viel Platz ein. Dadurch wurde Geldhortung unbequem und ließ sich leicht kontrollieren. Vor allem verroste Eisenmünzen verlieren also im Laufe der Zeit an Kaufkraft.

Ende des 19ten Jahrhunderts kam der New Yorker Bankier N. Johannsen aus den gleichen Überlegungen auf die Idee, ein Tabellengeld aus Papier zu fordern. Es sollte ständig an Kaufkraft verlieren, was auf einer Tabelle auf den Scheinen abzulesen sein sollte (3).

Im Mittelalter, von etwa 1150 bis 1450, gab es ein Geld, das öfters »verrufen« wurde. Das heißt, die Münzen mußten an bestimmten Tagen des Jahres gegen neu geprägte umgetauscht werden. Dabei wurden 25% der Münzen einbehalten. Um sich vor diesem Verlust zu schützen, wurde das Geld schnell ausgegeben und nicht gehortet. Das führte zu der von vielen Historikern bewunderten Blütezeit der Gotik, in der die Hanse entstand, die Bauern »silberne Knöpfe trugen« und die großen Dome gebaut wurden. Um diese Zeit hatten auch die Chinesen eine Papierwährung eingeführt, die anfänglich allerdings nicht »währet«. Nach gesammelten Erfahrungen mit der Inflation wurde eine relativ stabile Währung geschaffen. Der Umlauf des Geldes wurde ebenfalls durch einen alle zwei Jahre stattfindenden Geldumtausch bei einem Abzug von 2 oder 3% sichergestellt (4).

Im alten Ägypten gab es die Kornwährung. Die Bauern lagerten ihre Kornernten in öffentlichen Silos ein und erhielten dafür Wertscheine, mit denen sie andere Güter einkaufen konnten. Da sich der Wert der Scheine nach dem Schwund des eingelagerte Korns richtete, unterlagen auch diese Scheine einem Kaufkraftverlust. Das trieb ebenfalls die Tauschmittel in die Zirkulation (5).

Fortsetzung auf Seite 3

Anzeige

INFORMATIONS-DIENST VERKEHR

ein bundesweites Informations-System des ARBEITSKREISES VERKEHR und Umwelt e.V. (Umkehr)

IDV

Der INFORMATIONSDIENST VERKEHR (IDV) erscheint drei- bis viermal im Jahr und ist das Informations- und Koordinationsorgan der im Verkehrsbereich tätigen Bürgerinitiativen, Gruppen und Einzelpersonen. Der IDV ist aber gleichzeitig auch zu einer „Fachzeitschrift" geworden und enthält auf 60 bis 80 Seiten Informationen über die Themenbereiche Verkehr, Stadt- und Regionalplanung und Umweltschutz.

Einzelheft bei der Redaktion: UMKEHR e.V., Exerzierstr. 20, 13357 Berlin-Wedding, für 5,- DM + Porto und Verpackung. Dort sind auch weitere Materialien erhältlich. Bitte Liste anfordern.
Abonnement durch Überweisung von mindestens 40,- DM (reicht für etwa 5 bis 6 Ausgaben) auf das Konto: Jochen Richard Sonderkonto, Aachen, Kto. 01 58 71 85 03, Postbank Köln, BLZ 370 100 50

TAK AÖ-HERBSTSEMINAR

Vom 22. bis 24. Oktober fand im Vogtschen Hof bei Kassel das gemeinsame Herbstseminar von Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie (TAK AÖ) und Jugendnetz anders leben – Großraumkommune (GRK) statt.

Ein inhaltlicher Schwerpunkt des Seminars lag darin, die beiden Diskussionszusammenhänge verschiedener Generationen einander bekannt zu machen. Bereits seit einigen Jahren besteht über Einzelpersonen ein loser Kontakt zwischen Jugend-Umwelt-Zusammenhängen und alternativ-ökonomischen AktivistInnen über die Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Arbeitskreise (AG SPAK). Der Kontakt konnte durch das Seminar auf eine breitere und vor allem auch inhaltliche Ebene gebracht werden.

Die Vorstellung beider Zusammenhänge erforderte am Samstag leider so viel Zeit, daß erst am Sonntag eine intensivere Diskussion über das Schwerpunktthema »Lokale Ökonomie« möglich wurde. So ging es dann vor allem über das in Jugend-Umwelt-Zusammenhängen viel diskutierte Modell des Projekt A, über teilgeschlossene Kreisläufe auf Basis von Barter- oder Rabattsystemen und nicht zuletzt über den Austausch praktischer Tips und Erfahrungen. Ein Protokoll über das Seminar wird im Rundbrief alternative Ökonomie enthalten sein, der zum Preis von 8 DM erhältlich ist bei Andrea Gerth, Löwenstr. 8, 68259 Mannheim.

Peter von Rüden

FRAUENBILDUNGSHAUS OSTERESCH:

Impressionen vom Baufachfrauentreffen

Die Wolken brechen auf, blauer Himmel kommt darunter zum Vorschein. Die Oktobersonne hüllt die ländliche Ggend in herbstliches Licht, als wir im Frauenbildungshaus Osteresch eintreffen. Noch liegt angenehme Stille über dem Tagungshaus. Nicht mehr lange wird das so sein, denn über 30 Frauen haben sich für dieses Baufachfrauentreffen angemeldet.

Foto: Anke Feja, Hamburg

Von Michaela Töpfer, Redaktion Handwerk ● Schnell ein Bett sichern, denn es gibt nur 16 davon und das Wochenende verspricht für mich, anstrengend zu werden. So viele Frauen, die es gilt, kennenzulernen. Begegnung ist angesagt auf der Bühne der Bauhandwerkerinnen.

Nach und nach trudeln sie ein: schöne, viele, kraftvolle, lebendige, stolze, neugierige ebenso wie verschlossenere Amazonen unterschiedlichster Art. Nur eines verbindet sie zunächst offensichtlich: ihre Liebe zum Handwerk. Die Liste ihrer Berufe ist lang: da trifft die Elektrikerin die Glasermeisterin, die Maurerinnen sitzen mit der Berufsschullehrerin für Tischler zusammen. Eine Hochbauingenieurin berät sich mit der Möbelrestauratorin, die Steinmetzin fachsimpelt mit der baubegeisterten Fotografin. Eine Reetdachdeckerin tauscht sich mit der lehmbauinteressierten Diplompädagogin aus. Die Umweltpädagogin und Energieberaterin erzählt über Niedrigenergiehäuser und die Kachelofenbaumeisterin scherzt mit der Schreinerin. Es sind natürlich noch mehr Berufe da – sie alle begegnen sich auf dieser Bühne.

Die traditionelle Vorstellungsrunde am Freitagabend soll eigentlich knapp gehalten werden, denn 33 Frauen brauchen viel Raum. Es wird doch Mitternacht – mitten in die Vorstellung selbst fließt der Sekt, denn eine wird doch tatsächlich ausgerechnet heute 36 Jahre alt.

Samstag morgen, acht Uhr. Handwerkerinnen sind Frühaufsteherinnen – bei der Abstimmung, wann es Frühstück geben sollte, setzte sich eindeutig die »Halb-Neun-Uhr«- gegen die »Zehn-Uhr-Fraktion« durch. Verschlafene Frauen tasten sich über die, die noch im Gruppenraum auf Iso-Matten schlafen. Kaffeedüfte ziehen durch's Haus und in den Duschen ist Hochsaison. Die »Tischdeckerinnen« vertreiben die letzten Schlafenden vom »Tisch«, der bei so vielen Frauen ebenfalls der Fußboden des Gruppenraums ist.

Baufachfrau ist im Grunde ein basisorientierter Verein: an solchen Baufachfrauentreffen passiert genau das, was die Anwesenden hineinbringen. Und so wird die Liste der vorgeschlagenen Themen zunächst recht lang. Nach einem aufwendigen »Themeneingrenzungsverfahren« kristallisiert sich die Tagesordnung heraus: es gibt drei Arbeitsgruppen. Eine, die größte, beschäftigt sich mit den Chancen und Grenzen einer bundesweiten Frauenbaufirma. Eine weitere AG findet zum Thema: »Geld stinkt, oder?« statt. Die dritte kümmert sich um die Vernetzung der Baufachfrauen.

Am Abend stehen zwei Diavorträge auf dem Programm: Eine Baufachfrau zeigt verschiedene Lehmbauhäuser und entführt uns in die geschichtlichen Umstände der jeweiligen Epoche. Eine andere zeigt die bauliche Geschichte der Villa Magdalena in Hamburg auf's Lichtbild gebannt. Zu später Stunde bietet eine Elektrikerin noch einen Vortrag über Elektrobiologie an.

Und dann ist es plötzlich schon wieder fast Mitternacht, alle haben viel gearbeitet, viel aufgenommen, sind randvoll. Da hilft nur eines: die Musik wird ganz laut aufgedreht und die Party beginnt. Immer mehr Frauen strömen auf die Tanzfläche und bald gleicht der Raum einem Hexenkessel. Hier und da, in der Küche, draußen beim Rauchen und in der Warteschlange am Klo finden Gespräche statt. Über Berufsalltag, über Perspektiven, über Kinder, über Lesben und Kinder, über die unterschiedlichen Erfahrungen von Handwerkerinnen aus Ost- und aus Westdeutschland. Kontakte werden geknüpft, Tips weitergegeben, so manch eine kommt einer anderen auch etwas näher...

Ins Bett gehen die letzten um fünf Uhr morgens – dennoch findet das Frühstück halbwegs pünktlich statt. Im Plenum werden dann die Ergebnisse der Arbeitsgruppen vorgetragen und Datum und Ort des nächsten Treffens bekanntgegeben: 22. bis 24. April 1994 im Frauenzentrum Weimar. Und da westdeutsche Baufachfrauen seltenst Kinder haben und dementsprechend gar nicht auf die Idee kommen, bei einem Baufachfrauentreffen Kinderbetreuung anzubieten, konnten viele Osthandwerkerinnen erst gar nicht kommen. In Weimar werden wir jedoch im Osten sein und – selbstverständlich! – so die einladenden Ostfrauen – wird für die Kids gesorgt sein. Ein wenig beschämt stellte ich fest, wie wenig wir selbst im eigenen Land über unseren westdeutschen Tellerrand hinausschauen. Daß viele Ostfrauen, zudem auch noch diverse Lesben, ein, zwei oder drei und mehr Kinder haben könnten, das denken und planen wir nicht. Es ist an der Zeit, unseren Blickwinkel deutlich zu erweitern!

Und dann ist das Wochenende schon wieder um. Nach dem letzten opulenten Mahl, welches die Köchin tapfer für 33 Frauen gezaubert hat, und dem obligatorischen Hausputz fahren sie von dannen – all diese starken, kraftvollen Persönlichkeiten, die mich jede in ihrer Art tief beeindruckt haben und die jedwelches klassisches Frauenbild zur Karrikatur von Frausein werden lassen. ●

Die nächsten Baufachfrauentreffen:
Das Frühjahrstreffen der Baufachfrauen findet vom 22. bis 24. April 1994 im Frauenzentrum in Weimar statt. Das Herbsttreffen vom 28. bis 30. Oktober 1994 findet traditionell wieder in Osteresch statt.
Weitere Informationen:
Baufachfrau e.V.
Adlerstr. 81 · 44137 Dortmund

JUGENDUMWELTKONGRESS

Umwelt im Schatten der Wirtschaft

Auch Selbstverwaltung wird Thema auf dem Jugendumweltkongreß.

In Göttingen wird vom 27.12. dieses Jahres bis zum 3.1.1994 der erste überverbandliche Jugendumweltkongreß stattfinden. Etwa 1.000 jugendliche TeilnehmerInnen werden von den OrganisatorInnen aus BUNDjugend, Naturschutzjugend und verschiedenen Jugend-Umwelt-Projektwerkstätten und unabhängigen Projekten erwartet.

Peter von Rüden, Redaktion Heidelberg ● Das Auftakt-Festival im Sommer hat gezeigt: es gibt noch eine ökologische Bewegung. Für zahlreiche Jugendliche ist umwelt- und sozialpolitisches Engagement, ist die Suche nach Alternativen zu diesem maroden Wirtschafts- und Gesellschaftssystem wieder Thema geworden. Auftakt war unbestreitbar ein herausragendes Ereignis, ist aber doch eingebettet in eine Entwicklung, die sich seit etwa fünf Jahren vollzieht. In zahlreichen Orten sind neue Zusammenhänge von umweltengagierten Jugendlichen entstanden, die oft auch weit über den Umfang einer traditionellen »Jugendgruppe« hinausgehen. Neben die etablierten Jugendumweltverbände sind unabhängige Jugendumweltbüros und Projektwerkstätten getreten. Engagement spielt sich zusehends außerhalb der Verbände ab. Eine weitergehende Vernetzung über die traditionellen Organisationsformen hinaus ist nötig geworden.

Der Jugendumweltkongreß soll erstmalig ein gemeinsames Diskussionsforum zwischen den Verbänden und zwischen den Projektwerkstätten sein. Auftakt konnte motivieren und Anregungen geben, bot aber keinen hinreichenden Rahmen für weitergehende inhaltliche Diskussion. In vielen Projektwerkstätten, deren Grundidee von Anfang an war, umweltpolitisches Engagement mit selbstbestimmten und nicht-hierarchischen Formen des Zusammenarbeitens zu verbinden, wird schon lange über alternative Ökonomie und Selbstverwaltung diskutiert. In der BUNDjugend beschäftigt sich ein bundesweiter Arbeitskreis mit wirtschaftlichen Fragen. Im breiteren Rahmen findet eine Auseinandersetzung mit wirtschaftlichen Fragen in der Umweltbewegung aber kaum oder nur oberflächlich statt. Für die VeranstalterInnen war das der Anlaß, den Jugendumweltkongreß unter das Motto »Umwelt im Schatten der Wirtschaft« zu stellen.

Der Zusammenhang von Ökologie und Ökonomie soll in Themensträngen von verschiedener Seite beleuchtet werden. Themenstränge sind zu den Bereichen »Ökologie und Weltwirtschaft«, »Möglichkeiten und Grenzen ökosozialer Marktwirtschaft«, »Wirtschaftliche Wurzeln der Umweltzerstörung«, »Staatssozialistische Lösungsansätze« und »Alternative Ökonomie – Selbstverwaltung« geplant. Ein Themenstrang besteht jeweils aus mehreren Arbeitskreisen. Der Themenstrang »Alternative Ökonomie – Selbstverwaltung« wird von der Verdener Umweltwerkstatt (siehe Oktober-CONTRASTE) eigenständig organisiert; eine Kooperation mit BUNTSTIFT ist in Diskussion. Workshops werden unter anderem von ReferentInnen aus dem Umfeld des Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie (TAK AÖ) angeboten.

Der Kongreß soll auch dazu beitragen, die Kluft zwischen Umweltverbänden und »Anders leben«-Projekten zumindest in der jugendlichen Generation zu verringern und die Diskussion über andere Formen des Wirtschaftens in die Jugendumweltverbände zu tragen. Neue überverbandliche Vernetzungsforen sollen geschaffen werden.

Informationen über den Jugendumweltkongreß können angefordert werden im Kongreßbüro, Pavillon der Höltyschule, Nikolausberger Weg 22, 37073 Göttingen, 0551 / 541863, Fax: 487104. Die Teilnahmegebühr beträgt incl. Vollverpflegung und Übernachtung mit Schlafsack zwischen 85,– und 100,– DM nach Selbsteinschätzung. ReferentInnen, die noch gerne Workshops auf dem Kongreß anbieten wollen, haben noch die Möglichkeit. Bitte einfach im Kongreßbüro melden. ●

CONTRASTE

JETZT BESTELLEN: Ich/Wir bestelle/n die BUNTEN SEITEN 1993 zum Bezugspreis von 20,– DM (incl. Versand)
WiederverkäuferInnen erhalten ab 3 Stück 30% Rabatt (14,— DM)

Name:

Adresse:

Stückzahl:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

— Einzugsermächtigung: Ich erkläre mich damit einverstanden, daß der Bezugspreis für die BUNTEN SEITEN 1993 von meinem Konto abgebucht wird.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.

Datum: Unterschrift:

— Gegen Rechnung. Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !

— Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.
Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

BUNTE SEITEN

SCHNUPPERABO

Ich/Wir bestellen CONTRASTE zum dreimonatigem kennenlernen zum Schnupper-Preis von 10 DM. Das Schnupper-Abo ist auf drei Monate befristet und läuft ohne weitere Verpflichtung aus. 10 DM habe ich in Briefmarken/Schein/Verrechnungsscheck beigelegt.

Name: .....

Straße: .....

PLZ, Ort: .....

Datum, Unterschrift: .....

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb,
Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg einsenden.

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Die »Knochen« des Diogenes

DIE »KNOCHEN« VOM PRENZLBERG

Die Künstler von der »Galerie o zwei« wollen mit ihrer auf zwei Monate begrenzten Aktion nicht nur an Gesells »Schwundgeld« erinnern, sondern auch ihre Kunstwerke an den Mann und die Frau bringen. Die wunderbar bemalten Geldscheine im Nennwert von 20 Mark stinken auch nicht, sie müssen jedoch wöchentlich mit einer Marke im Wert von 1 DM beklebt werden, um ihre volle Kaufkraft zu behalten. Diese Geldscheine unterliegen also ebenfalls einem Kaufkraftverlust, dem der Besitzer nur entgehen kann, wenn er sie mit gekauften Marken versieht oder sie schleunigst in den mehr als 20 Kneipen und Läden ausgibt, die an dieser Aktion teilnehmen.

Mit diesen »Durchhaltekosten«, wie der Ökonom J. M. Keynes diese »Geldsteuer« (N. Johannsen) nennt, wird die von dem Anarchisten P. J. Proudhon geforderte Gleichstellung von Geld und Waren erreicht. Denn auch die Waren unterliegen einem »Schwund« (Gesell). Obst verfault, Korn wird von Mäusen gefressen, Konserven verursachen Lagerungskosten, Kleider werden unmodern, Maschinen rosten, der Mensch muß essen, um seine Ware Arbeitskraft zu erhalten, usw. Nur gehortetes Edelmetall rostet nicht und verursacht kaum Aufbewahrungskosten. Der Warenbesitzer muß verkaufen, der Geldbesitzer braucht nicht zu kaufen, hat Marx ganz im Sinne Proudhons einmal gesagt.

DIE »ROSTENDEN« GELDSCHEINE VON WÖRGL

Die »Knochen« vom Prenzlauer Berg sind den »Arbeitswertbestätigungen« der kleinen Tiroler Landgemeinde Wörgl nachgeahmt, die dort 1932, während der großen Weltwirtschaftskrise, ein derartiges Klebemarken-Geld eingeführt hatte, um das Geschäftsleben wieder in Gang zu bringen. Mit Erfolg! Die Umsätze in Handel und Gewerbe stiegen und die Arbeitslosigkeit nahm erheblich ab. Während sie in ganz Österreich in den 13 Monaten dieses »Schwundgeld«-Experiments um 9% zunahm, fiel sie in Wörgl um 25%. Die Gemeindeverwaltung konnte wieder öffentliche Arbeiten durchführen lassen. Die Straßen wurden repariert und die Bahnhofstraße mit einer Beleuchtung versehen. Es wurden eine Brücke, eine Skisprungschanze und ein öffentliches Waschhaus gebaut und eine Armenküche eingerichtet. Außerdem konnte die hoch verschuldete Gemeinde ihre Schulden tilgen (6). Allerdings auch deswegen, weil die vielen Besucher Wörgls viele dieser Scheine als Souvenirs behielten, womit auch die Prenzlberger Künstler rechnen.

Auch mehrere umliegende Gemeinden wollten sich diesem »Freigeld«-Experiment anschließen, doch es wurde von der österreichischen Zentralbank verboten. Auch die Künstler vom Prenzlberg bekamen nun ein Gesetzesblatt von der Landeszentralbank in Berlin ins Haus geflattert. Unter Paragraph 35 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank war zu lesen: »Mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, 1. wer unbefugt Geldzeichen ... ausgibt...«

Auch in anderen Ländern hat es damals Selbsthilfeaktionen mit dem »Schwundgeld« (Gesell) gegeben, um die Deflationskrise zu überwinden (7). In Deutschland gab es bereits 1931 die Wära-Tauschgesellschaft, die ein Bergwerk im Bayerischen Wald wieder in Betrieb setzte, die aber ebenfalls verboten wurde. Von weiteren Initiativen wurden aus der Schweiz, den USA, aus Frankreich und Spanien berichtet. In den 50er Jahren gab es noch einmal einige Schwundgeldexperimente in zwei kleinen französischen Gemeinden, die verboten wurden, und eines in Porto Alegre in Brasilien, über dessen Ausgang hier nichts bekannt ist.

Der amerikanische Geldexperte Irving Fischer schrieb während der Weltwirtschaftskrise: »Das Schwundgeld, in USA eingeführt, würde innerhalb von drei Wochen das Land aus der Krise herausführen«. 1944 wollte Keynes den Gedanken des »negativen Zinses« für Geld in seinen IWF- und Weltbank-Konzept einbringen. Dadurch und durch eine vom Zins erpressenden Pfund und Dollar unabhängigen Währungseinheit, dem Bancor, wollte er für ausgeglichene Handelsbilanzen sorgen und die Verschuldung der armen Länder in Grenzen halten (8). Das wurde jedoch von den amerikanischen Großbanken verhindert.

DIE FATALE ROLLE DES ZINSES

Ein anderes Problem neben dem der Konjukturkrisen ist das des Geldzinses. Da das Geld einen extrem hohen Liquiditätswert besitzt, kann die Geldbesitzerin vom Kreditnehmer eine »Liquiditätsverzichtsprämie« (Keynes) verlangen. Frau Quandt z. B. kassiert auf diese Weise ein arbeitsfreies Einkommen von 650.000 DM Zinsen täglich, wie die »Bild-Zeitung« 1990 durchaus korrekt berichtete. 1990 betrugen in der BRD die gesamten Zinserträge, größtenteils Geldzinsen, 400 Mrd. DM (9).

Die Belastungen durch Geld-, Kapital- und Bodenzins betragen 620 Mrd., das macht ein Drittel der Preise bzw. des Volkseinkommens aus. Die Kostenmieten werden sogar bis zu 80% mit Zinskosten belastet, eine 2- bis 3-Zimmer-Wohnung also mit rund 2.000 DM im Monat. Da kein Mieter mit einem Einkommen von 2.000 DM diese Zinsen bezahlen kann, werden die Wohnungen subventioniert und die Zinskosten auf die Steuerzahler abgewälzt. Das Mietkostenproblem zeigt empirisch, wo ausgebeutet wird: vor allem im Bereich der Zirkulation und Konsumtion.

Da die Superreichen nicht täglich eine halbe Million für den Konsum ausgeben können, legen sie dieses Geld wieder an. Bei einer Verzinsung von 7% verdoppelt sich so ihr Vermögen alle 10 Jahre. Frau Quant besitzt heute mehr als etwa 3 Mrd., in 10 Jahren also 6, in weiteren 10 Jahren 12 Mrd. und so fort. Ohne entsprechendes Wirtschaftswachstum käme es zu einer Einkommensumverteilung zu Lasten der kleinen EinkommensbezieherInnen. Wenn jedoch Politiker eine Wachstumsrate von mindestens 5% fordern, dann bedeutet das, daß sich das Volksvermögen alle 14 Jahre verdoppelt: heute 100 AKW, in 14 Jahren 200, in 28 Jahren 400 und in 84 Jahren 6.400 AKW. Da laut amtlicher Einschätzung bei einem AKW alle 33.000 Jahre ein GAU passiert, knallt es bei 6.400 AKW alle 5 Jahre!

Mit Durchhaltekosten für Geld wollte Keynes nicht nur die Wirtschaftskrisen, sondern auch den Zins und die Wachstumszwänge überwinden. Entgegen der weit verbreiteten Meinung war Keynes also weder ein Vertreter des Kapitalismus, noch des Wachtumsfetischismus. Und auch mit dem Staatsinterventionismus hat er kaum etwas zu tun, wie der sozialdemokratische Ökonom W. Hankel in seinem Buch über Keynes feststellt (10). Der kalifornische Doktorand D. D. Dillard entdecke schon bei Erscheinen der »Allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes«, dem Hauptwerke von Keynes, die Gemeinsamkeiten der Analysen und Theorien von Proudhon, Gesell und Keynes. Er nannte diese Theoretiker einer Marktwirtschaft ohne Kapitalismus die »anti-marxistischen Sozialisten« (11). ●

Literaturhinweise:

(1) Klaus Schmitt (Hg.), Silvio Gesell – »Marx« der Anarchisten? Berlin 1988
(2) Christel Neusüß und Marlene Kück in der taz vom 10. 2. 1984
(3) Nicolas A. L. J. Johannsen, Die Steuer der Zukunft, Berlin 1913
(4) Hans Weitkamp, Das Hochmittelalter – ein Geschenk des Geldwesens, Hilterfingen 1985
(5) Hugo Godschalk, Die Geldlose Wirtschaft, Berlin 1986
(6) Fritz Schwarz, Das Experiment von Wörgl, Bern 1951; Alex von Muralt, Der Wörgler Versuch mit Schwundgeld, 1933, in Kl. Schmitt (Hg.), 1988
(7) Werner Onken, Ein vergesssenes Kapitel der Wirtschaftsgeschichte, in Creutz/Suhr/Onken, Wachstum bis zur Krise?, Berlin 1986
(8) John Maynard Keynes, Vorschläge für die Gründung einer internationalen Clearing-Union, Lettre international 2/1988
(9) Helmut Creutz, Das Geldsyndrom. Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft, München 1993
(10) Wilhelm Hankel, John Maynard Keynes, München/Zürich 1986
(11) Dudley D. Dillard, Proudhon, Gesell and Keynes, University of California 1935

Prenzlberger »Knochengeld« mit einer Signatur der Urenkelin Silvio Gesells, Gloria Meszaros-Haller

BUCHBESPRECHUNGEN: »ANDERE BANKEN«

Verlieren sie immer ihre Identität?

Mit Genossenschaftsbanken und Sparkassen wird häufig mehr verbunden als reine Geldgeschäfte nach dem Prinzip der Kapitalverwertung. Sozialer Gründungsauftrag und solidarische Haftung bilden die historischen Grundlagen. Sie verschaffen beiden Institutsgruppen gegenüber den privaten Geschäftsbanken eine gewisse »ethische« Dimension. Claus Oellerking und Manfred Holzgrabe überprüfen in ihrer Schrift »Sparkassen und Genossenschaftsbanken im Spannungsverhältnis zwischen Moral und Ökonomie: Strukturelement, Organisationsgrundsätze und Geschäftspolitik«, was von diesen historischen Grundlagen erhalten blieb.

Das Ergebnis: »Sparkassen sind heute nicht mehr die einzig richtigen Ansprechpartner, »wenn's ums Geld geht« und auch das einzelne Mitglied erhält bei seiner Volks- und Raiffeisenbank kaum noch »mehr als Geld und Zinsen als anderswo, und dennoch sind beide Bankengruppen noch immer anders als andere Banken«. Als Resumee für eine 250-seitige, viel zu eng beschriebene Monographie vielleicht doch etwas dürftig. Verstärkt wird dieser negative Eindruck durch das Fehlen eigener empirischer Vorgehensweisen. Auch der Verzicht, systematisch Alternativen für die Zukunftsstrategien dieser Verbundgruppen aufzuzeigen, kann als Manko bewertet werden.

Positiv hervorheben läßt sich: Zu beiden Institutsgruppen werden historische Grundlagen, rechtliche Strukturen und aktuelle Entwicklungen mit Zielrichtung EG-Binnenmarkt aufbereitet. Zu diesem Zweck ist die bestehende Literatur gründlich recherchiert. Herausgearbeitet wird, daß aufgrund der veränderten Wettbewerbsbedingungen und EG-Bankrechtskoordinierung veränderte Strategien naheliegen. In diesem Zusammenhang zeigen die Autoren auf, wie DG-Bank und regionale Zentralgenossenschaftsbanken zur Durchsetzung eines zwei- statt eines dreistufigen Genossenschaftsverbunds »Sachzwänge« schaffen, »die keine sind«. Darüber »vergessen« sie ähnlich wie die Sparkassen, über die Wiederbelebung der eigenen Grundprinzipien eine eigenständige Identität zu entwickeln, »die sie tatsächlich von den erwerbswirtschaftlich ausgerichteten Geschäftsbanken unterscheidet«.

Claus Oellerking, Manfred Holzgrabe: Sparkassen und Genossenschaftsbanken im Spannungsverhältnis zwischen Moral und Ökonomie: Strukturelement, Organisationsgrundsätze und Geschäftspolitik, Verlag Peter Lang, Frankfurt a. M. 1990, 82,– DM.

Vorwiegend unter wettbewerbsstrategischen Gesichtspunkten werden die Kreditgenossenschaften in einer zweiten, neueren Schrift betrachtet. Ihre Möglichkeiten mittels geeigneter Preis-, Qualitäts-, und Leistungsprogramme sowie über entsprechende Distributions- und Kommunikationsstrategien zumindest die vorhandenen Marktanteile zu sichern, steht dabei im Vordergrund.

Reiner Selbach: Die Kreditgenossenschaften im Wettbewerb der Bankengruppen, Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1991, 132,– DM.

Politisch spannender ist eine weitere Veröffentlichung. Sie setzt sich mit der Frage der Gemeinwirtschaftlichkeit, Gemeinnützigkeit bzw. dem Dienen eines öffentlichen Interesses auseinander. Unter dem Verdacht, daß solche (Selbst-)Bezeichnungen oftmals nur der öffentlichen Propaganda von Interessensgruppen dienen, wird dies am Beipiel der Bank für Gemeinwirtschaft genauer untersucht. Interessant ist dabei, daß intensiv in die Theorie der gemeinwirtschaftlichen Einzelwirtschaften eingestiegen wird. Wer sich mit diesem Thema akutell auseinandersetzen will, kann gut auf diese Schrift zurückgreifen. Nachdem dann auf die Geschichte der Arbeitnehmerbanken in Deutschland eingangen wird, ist das Ergebnis die »Transformation der Bank für Gemeinwirtschaft AG im Zeitablauf« nicht verwunderlich.

Rolf W. Nagel: Die Tranformation der Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) als morphologisch-typologisches Problem. Die Entstehung und Entwicklung eines Kreditinstituts. Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1992, 118,– DM. ●

Burghard Flieger

Anzeige

VERBAND

netz
Zusammenschluß selbstverwalteter und ökologisch orientierter Betriebe und Projekte

Informationen anfordern bei:
netz für Selbstverwaltung und Selbstorganisation
Huckarder Straße 12
44147 Dortmund
Tel. 0231/16 24 76
Fax 0231/16 27 98

BUCHTIP

»Das Geldsyndrom – Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft« – ein wichtiges Buch von Helmut Creutz!

Jetzt ist es endlich da, das Buch von Helmut Creutz über das Geld und den Zins! »Das Geldsyndrom« ist spannend zu lesen, allgemeinverständlich und nichtsdestotrotz in höchstem Grade wissenschaftlich. Auf fast 450 Seiten werden empirische Daten und theoretische Zusammenhänge aufgezeigt und mit vielen Grafiken verständlich gemacht, die wichtig sind, um (unter anderem) die Probleme der Ausbeutung, Arbeitslosigkeit, Kapitalkonzentration und des Wirtschaftswachstums zu begreifen.

Das Geldsyndrom ist ein Krankheitsbild der Marktwirtschaft, die Krankheit heißt Kapitalismus, ihr Virus Zins. Zins ist »Mehrwert«: Geld-, Kapital- und Bodenzins, letzterer ein Relikt aus dem Feudalismus. Den meisten Menschen ist unbekannt, daß der Zins ein gravierendes ökonomisches und gesellschaftliches Problem ist. Wer weiß schon, daß Großkapitalisten täglich mehr als eine halbe Millionen an Zinsen kassieren und daß diese Zinsen ein arbeitsfreies und kaum versteuertes Einkommen sind, für das die Masse der SteuerzahlerInnen arbeiten muß? Wem ist bekannt, daß sich die Vermögen der Kapitalisten alle 10 Jahre verdoppeln, wenn sie diese Zinsen wieder gegen 7% Zins anlegen? Wer weiß schon, daß die Zinsen die Warenpreise mit durchschnittlich 30%, die Kostenmieten sogar mit 75 bis 80% und die gesamte Volkswirtschaft mit einigen 100 Milliarden belasten? Eher bekannt ist, daß die Schuldzinsen die Volkswirtschaften der »Dritten Welt« ruinieren und die Menschen dort ins Elend treiben; doch wer weiß schon, daß sie auch in der »Ersten Welt« Konjunkturkrisen, Pleiten, Arbeitslosigkeit und die Verarmung breiter Volksschichten verursachen? Und wem ist bekannt, daß die drohende Verarmung das selbstmörderische exponentielle Wirtschaftswachstum notwendig macht, um einer sich bereits anbahnenden Einkommensumverteilung wie in der »Dritten Welt« – zugunsten einiger weniger Reicher und zu Lasten der Massen – entgegenzuwirken? Diese Zusammenhänge hat Helmut Creutz in seinem Buch aufgezeigt und mit Fakten belegt.

»Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft« lautet der Untertitel des Buches. Denn Creutz scheut sich nicht, auch Lösungsmöglichkeiten vorzuschlagen, die jenseits der etablierten Wissenschaft angesiedelt sind. Dabei orientiert er sich vor allem an den Erkenntnissen des libertären Wirtschaftsreformers Silvio Gesell, einem Nachfolger des anarchistischen Geld- und Kredittheoretikers P. J. Proudhon. Doch wer weiß schon, daß es wichtige Gemeinsamkeiten in den Geld-, Zins- und Beschäftigungsanalysen von Gesell und John Maynard Keynes gibt, dem berühmten »bürgerlichen« Ökonomen?

Wie Proudhon, Gesell und Keynes, ist Creutz kein blasser, abgehobener Theoretiker wie jener berühmte, der seine weltbeglückenden Schriften in einem Museum verfaßte. Creutz hat die Wirtschaft in der Praxis studiert: als Techniker, Architekt und Betriebsleiter, in der Bundesrepublik und in Rußland. Und er hat sich als Fluglehrer, Erfinder und Schriftsteller bewährt. Auf das Geld- und Zinsproblem ist er gestoßen, als ihm ein Leser seines »Schultagebuchs« schrieb, er hätte zwar wichtige Fragen angesprochen, jedoch nicht immer die richtigen Antworten gegeben; er solle sich einmal mit dem Geldproblem beschäftigen.

Um den Briefschreiber zu widerlegen, beschäftige sich Helmut Creutz tatsächlich mit dem Geld, doch seine kritische Analyse des Geldsyndroms überzeugte ihn von der Richtigkeit der Einwände seines Lesers. In der Folge hielt er Vorträge über Geld und Zins vor ChristInnen, PazifistInnen, ÖkologInnen, Linken und vor Mitgliedern der Grünen und des Bündnis 90 und schrieb Broschüren und Artikel für Zeitungen, unter anderen eine Serie über Geld und Zins in der »CONTRASTE«.

Das Ergebnis dieser 12jährigen Aktivitäten ist das nun vorliegende Werk. Es kann allen nützlich sein, die das Geldsyndroms begreifen und seine Ursachen überwinden wollen. Und jenen, die Argumente, Anregungen und empirisches Hintergrundmaterial für entsprechende Vorträge, wissenschaftliche Arbeiten, Diskussionsbeiträge und Zeitungsartikel verfügbar haben wollen, kann »Das Geldsyndrom« als ein ergiebiges Handbuch dienen. Es ist eine Fundgrube! ●

Klaus Schmitt

Helmut Creutz, »Das Geldsyndrom. Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft«, Wirtschaftsverlag Langen Müller Herbig in F. A. Herbig Verlagsbuchhandlung GmbH., München 1993, 447 Seiten, DM 48,–

MAILBOXEN UND PRESSE

»Junge Welt« – Computer-Abo

Von Kurt Regenauer, Redaktion Nürnberg ● Wie eine wirkungsvolle Zusammenarbeit von Tageszeitungen und Neuen Medien klappt, demonstriert derzeit eindrucksvoll die Ostberliner Tageszeitung »Junge Welt«. In Zusammenarbeit mit der Berliner Mailbox IPN aus dem CL-Verbund (deutschsprachiges Netzwerk von über 150 politisch orientierten Mailboxen mit gemeinsamer Nachrichtenstruktur und -vermittlung) wurde seit drei Monaten ein elektronisches Abo aufgelegt. Verschiedene regional wichtige Mailboxknoten bieten bereits abends um 20 Uhr die Zeitungsnachrichten vom nächsten Tag. Auch die taz ist mittlerweilen schon ab und an als Mailboxnutzerin in Erscheinung treten und gab aber bislang eher sporadisch den einen oder anderen Beitrag in die Netze.

CONTRASTE IM NETZ

Unsere Zeitung ist bereits seit Jahren im Rahmen der Mailboxerei aktiv. Und druckte bereits den einen oder anderen elektronisch ausgewählten Artikel ab, oft genug auch zur Thematik der Neuen Medien. Neu hingegen: seit diesem Jahr wird regelmäßig von jeder CONTRASTE-Ausgabe ein Teil in die Netze gepustet und über Telefon und Computer weiterverbreitet. Reaktionen blieben nicht aus: Abos kamen via PC und Netcalls, aber auch Rechercheanfragen und Bestellungen zu zurückliegenden CONTRASTE-Themen. Auch die interne CONTRASTE-Kommunikation kommt in letzter Zeit immer mehr über Mailboxkontakt in Schwung. Waren bisher lediglich Rechner aus den Redaktionen Dresden, Heidelberg und Nürnberg vernetzt, so kamen jetzt auch die Redaktionen Handwerk und (in Kürze) ebenfalls die Endredaktion sowie die Redaktionen Frauen, selbstorganisierte Lebensgemeinschaften, Dessau und Berlin hinzu. Das CONTRASTE-Redaktionsplenum erhofft sich auf diese Weise eine Effektivierung und qualitative Verbesserung der Redaktionsarbeit.

MAILBOXBETREIBER FÜRCHTEN ÄRGER WEGEN NAZINETZ

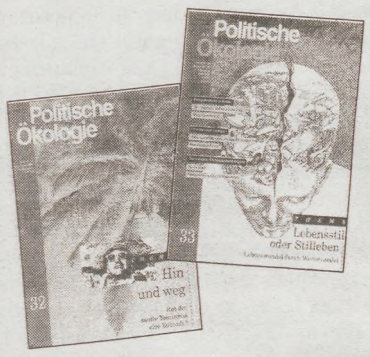
Das inzwischen (laut NN) auf 30 Netzwerke angewachsene Computernetz »Thule« der Neonazis (CONTRASTE berichtete) sorgte inzwischen für neuen Ärger. ARD und Nürnberger Nachrichten (NN) berichten über eine »Anleitung zum Bombenbasteln« aus diesem Netz, die ihnen vorlege und mit Hakenkreuzen sowie Maschinenpistolen-Symbolen versehen sei. Andererseits tauchten in den Netzen auch authentische Fahndungsaufrufe der Kripo-München auf, die einen Computerfreak-Erpresser (er hatte Erpresserbriefe auf Diskette geschrieben) jagte und im Fascho-Netzwerk verbreitet wurden. Nun befürchten Betreiber politischer Mailboxen eine eher konzertierte Aktion von Nazis und Strafverfolgungsbehörden, die pünktlich zur Diskussion um den großen Lauschangriff dazu angetan ist, ihren Ruf als »extremistische Mailbox« zu diskreditieren bzw. auch Zensurmaßnahmen wirksam werden zu lassen. Die CDU forderte schon ein Verbot von Mailboxen. ●

Anzeige

Politische Ökologie

Eigentlich geht Ihnen der Weihnachtsrummel auf den Keks ...

... aber wie die meisten kommen auch Sie nicht ganz drum rum.



Das Geschenkabo
der Politischen Ökologie
Sechsmal im Jahr Hintergründe, Perspektiven, Konzepte zum Preis von 75,– DM (Studentenabo 60,– DM)

Politische Ökologie
Cosimastr. 4/II
81927 München
Tel. 089/91 79 40
Fax: 089/910 15 17

HILFE FÜR KINDER IN ST. PETERSBURG

»Die Miliz fängt die Jugendlichen von der Straße weg...«

Mit der wachsenden Verelendung der Bevölkerung in Rußland haben sich vor allem auch die Lebensbedingungen der Kinder und Jugendlichen in drastischer Weise verschlechtert. So wurden zu Beginn des Jahres 1993 durch Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen die elenden Lebensverhältnisse von Kindern und Jugendlichen in den Gefängnissen in St. Petersburg und von Straßenkindern in dieser Stadt einer breiteren Öffentlichkeit in Deutschland bekannt.

Foto: Almut Wilms-Schröder

Heike Meinhardt, Redaktion Heidelberg ● Der Strafvollzug in Rußland ist noch immer vom alten »revolutionären Rechtsbewußtsein« der Sowjetmacht bestimmt. Das bedeutet, daß Kinder ab sieben Jahren in eine Erziehungsanstalt (Spezialschule) und Kinder ab 11 Jahren in U-Haft oder in eine Strafkolonie gebracht werden können. In Rußland gibt es 56 Straflager für Kinder und Jugendliche.

In St. Petersburg wird die Zahl der Straßenkinder auf 3.000 bis 10.000 Kinder und Jugendliche geschätzt. Auf der Straße leben, heißt für diese Kinder, keine regelmäßigen Mahlzeiten zu haben, den nötigsten Lebensunterhalt durch Gelegenheitsarbeiten, Betteln oder auch Stehlen zu beschaffen, ständig Angst vor der Miliz, der Polizei haben zu müssen, sich bei Krankheiten nicht an den Gesundheitsdienst wenden zu können, da dann die Überführung an die Miliz befürchtet werden muß. Alexander Rodin, ehemaliger Stadtparlamentsabgeordneter in St. Petersburg und aktiv im Einsatz für die Kinder auf der Straße und im Gefängnis berichtet: »In den letzten zwei Jahren hat sich die Zahl der Kinder und Jugendlichen im Gefängnis um ein Drittel erhöht. Sie [die Miliz] fangen die Jugendlichen von der Straße weg, weil sie das Stadtbild der Touristenstadt St. Petersburg verschandeln und weil sie (die Miliz) der steigenden Kleinkriminalität unter den Jugendlichen gegenüber hilflos sind. Unter menschenunwürdigen Verhältnissen hausen sie in Abbruchhäusern, in den Wartesälen der Bahnhöfe, in Treppenhäusern und Kellern. Die Miliz greift viele von ihnen auf und sperrt sie nach brutalen Verhören unter Einsatz von Stockschlägen in ein Untersuchungsgefängnis, wo sie gequält, mißhandelt und geschlagen werden. Dies wird systematisch durchgeführt, damit die Kinder und Jugendlichen ihre vermeintlichen Vergehen, wegen derer sie verhaftet wurden, gestehen.« Die Anstaltsleitung von St. Petersburg sowie die zuständigen Stellen des russischen Innenministeriums bestreiten diese Vorgehensweisen nicht.

Es ist kaum zu glauben, daß in einer Stadt, die in der Tradition steht, geistiges und politisches Zentrum zu sein, dessen Atmosphäre von Aufgeschlossenheit und Kosmopolitismus geprägt ist, Kinder ohne richterliche Anordnung auf Jahre hinweg eingesperrt werden.

Im Untersuchungsgefängnis drängen sich augenblicklich ca. 800 Kinder und Jugendliche. Es befindet sich im Zentrum der Stadt und heißt »Lebedeva« (Schwanengefängnis). Lebedeva ist ein Gebäude aus der Zarenzeit. Innen wie außen scheint sich im Laufe der Jahre nicht viel verändert zu haben. Die Zellen und Trakte sind in einem katastrophalen Zustand. Auf engem Raum – 16 Kinder leben auf 12 Quadratmetern – stehen kaum sanitäre Anlagen zur Verfügung.

In den Trakten des Gefängnisses werden verurteilte Jugendliche als sogenannte »Capos« eingesetzt, um, wie sie selbst sagen, für »Ordnung« zu sorgen. Dadurch verschaffen sie sich Hafterleichterungen. In so einer Capo-Zelle, die der Gefangene jeder Zeit verlassen darf, findet man neben einem alten Fernsehgerät zwei seiner Lieblingsgefangenen, die wohl gegen sexuelle Vergünstigungen von ihm bevorzugt behandelt werden. Die Anstaltsleitung fördert und toleriert diese Selbstjustiz unter Kindern!

Im dunklen und feuchten Keller des Gefängnisses werden Kinder, die angeblich psychisch krank sind, unter menschenunwürdigen Bedingungen von der Außenwelt abgeschlossen. Ärzte erklären, daß die Eltern dieser Kinder AlkoholikerInnen seien, und dies lasse den Rückschluß zu, daß ihre Kinder »nicht normal« seien. Mittlerweile wurde aber deutlich, daß diese Einstufung nur deswegen erfolgt, weil die Ärzte und das Gefängnispersonal mehr Geld für den »höheren Aufwand« der Betreuung erhielten. Die Kinder liegen 24 Stunden am Tag im Dunkeln; manche erhalten Spritzen, damit sie »ruhig bleiben«. Christine Lemmen, als Journalistin vor Ort, beschreibt die Situation: »Der Karzer (Dunkelzelle im Keller) ist die Vorhölle und die Psychiatrie ist die Hölle. Hier landen die aufgegriffenen Jugendlichen, deren Eltern AlkoholikerInnen sind. Sie werden automatisch zu Geisteskranken erklärt und dämmern völlig verwahrlost in Dunkelzellen, die sie niemals verlassen dürfen, vor sich hin.«

Die durchschnittliche U-Haft beträgt 8-12 Monate, die anschließende Zeit in der Strafkolonie »Kolpina« zwei bis vier Jahre. Danach werden die Kinder nicht betreut, sondern müssen zurück auf die Straße oder in ein zerrüttetes Elternhaus.

Seit Ende 1992 leistet der humanitäre Verein Psalm 23 e.V., Aachen, Hilfe für diese Kinder und Jugendlichen.

Das Institut für soziale Arbeit e.V., Münster, hat nach Kenntnis dieser katastrophalen Bedingungen im St. Petersburger Untersuchungsgefängnis und eigenen Recherchen eine Broschüre zusammengestellt, in der ausführlich über die menschenunwürdigen Verhältnisse der Kinder und Jugendlichen berichtet wird. Es soll hier aber nicht nur darum gehen, eine unmenschliche Praxis zu skandalisieren, sondern mit engagierten Kräften vor Ort, in St. Petersburg, alternative Angebote aufzubauen. Kinder und Jugendliche dürfen nicht mehr von der russischen Justiz wegen geringfügiger Vergehen zu mehreren Jahren Gefängnis und Arbeitslager zusammen mit Schwerverbrechern verurteilt werden. Deshalb sollen und müssen für diese Kinder Fluchtburgen in St. Petersburg eingerichtet werden. Diese sollen Anlaufstelle für viele Kinder in St. Petersburg werden und sie in Notsituationen pädagogisch, medizinisch und juristisch betreuen.

Im August 1993 hatte Ullrich Gintzel vom ISA Gelegenheit, sich in St. Petersburg über die Lebenssituation der Straßenkinder und die bisherige Arbeit von Psalm 23 e.V. zu informieren. Mit der Hilfe aus Deutschland konnte Psalm 23 e.V. wichtige Verbesserungen für das Leben der Kinder und Jugendlichen in den Gefängnissen erreichen. Sie konnten mit Medikamenten, Hygieneartikeln, Matratzen und Wäsche versorgt werden. Auch die Versorgung mit notwendigen Lebensmitteln konnte mit dieser Hilfe verbessert werden.

Es gibt inzwischen einen Rechtsdienst zur Pflichtverteidigung der in Untersuchungshaft befindlichen Kinder, einen medizinischen Dienst für Kinder im Gefängnis und auf der Straße, einen Bewährungshilfedienst, der den entlassenen Kindern und Jugendlichen hilft, ihren Weg in ein besseres Leben in Freiheit zu finden, und seit Juli 1993 gibt es eine erste Fluchtburg für Straßenkinder und Haftentlassene.

Spendengelder oder der Erlös aus örtlichen Initiativen und Projekten sollen für eine Fluchtburg, ein Zuhause für 12 bis 15 Kinder verwandt werden. Es wird für Lebensmittel, Miete, Bekleidung und pädagogische Begleitung gebraucht. Nach jetzigem Stand kostet der Unterhalt für ein Kind 4.000,– DM im Jahr.

Für die Einrichtung weiterer Fluchtburgen fehlen derzeit noch die finanziellen Mittel. Es muß aber ein Netz von Fluchtburgen entstehen, um möglichst viele Kinder und Jugendliche zu erreichen, die Initiative stärker (und damit sicherer) zu machen und eine langfristige Perspektive für diese Arbeit zu eröffnen. Dafür wollen sich der Vorstand, Mitglieder und MitarbeiterInnen des ISA Münster in Abstimmung mit Psalm 23 e.V. und den PartnerInnen in St. Petersburg, einsetzen. ●

Es wurde ein Spendenkonto eingerichtet:
Institut für soziale Arbeit e.V., Studtstr. 20, 48149 Münster
Stichwort: Fluchtburg für St. Petersburg
Stadtsparkasse Münster BLZ 400 501 50, Konto-Nr.: 3525

GÜNTER GAUS AUF DEN 3. LEIPZIGER MEDIENTAGEN:

»Wieviel Lippenbekenntnisse braucht der Mensch?«

»Was ist unter dem »öffentlichen Bewußtsein« zu verstehen, wer produziert es, kann man es dingfest machen oder kann man es wenigstens kaufen?« Der Hörsaal 19 an der Leipziger Universität war voll bis auf den letzten Platz, in zwei weiteren Hörsälen waren per Lautsprecher Hunderte von ZuhörerInnen dabei, als Günter Gaus, Journalist und früherer Leiter der ständigen Vertretung der Bundesrepublik in der DDR, seinen Eröffnungsvortrag am ersten Abend der Leipziger Medientage begann.

Gabriele Hoofacker, Redaktion Heidelberg ● »Presse Ost – Presse West: Journalismus im vereinten Deutschland« hatte die Universität Leipzig über die 3. Internationalen Leipziger Hochschultage für Medien und Kommunikation 1993 als Motto geschrieben. Im November reisten mehr als 300 TeilnehmerInnen aus Presse, Funk, Fernsehen, aus den Öffentlichkeitsabteilungen von Unternehmen und Verbänden nach Leipzig, um beim Treffen der MedienexpertInnen dabeizusein.

Verglichen wurden in Vorträgen und Unterplena Boulevardpresse, Lokalzeitungen oder das Leseverhalten Jugendlicher in Ost und West. Von Selbst- und Fremdbildern hüben wie drüben handelte ein Unterplenum, in dem es um die Darstellung Fremder, AusländerInnen, aber auch West- wie Ostdeutschen in den Medien ging. JournalistInnen vom SPIEGEL, der Süddeutschen Zeitung, der Frankfurter Allgemeinen und vom Stern dachten über »Die journalistische Wahrnehmung der DDR vor und nach 1989« nach – aus westdeutschem Blickwinkel, versteht sich.

Nur in den studentischen Arbeitskreisen, organisiert vom Leipziger Studentenrat, kamen die neuen elektronischen Medien vor: Burkard Luber von der Stiftung »Die Schwelle« zeigte den NachwchsjournalistInnen das Recherchieren in weltweiten Datenbanken. MailboxbetreiberInnen aus Leipzig, Berlin und München demonstrierten, wie die ostdeutsche Tageszeitung »Junge Welt« elektronisch verbreitet wird oder wie politische Gruppen von amnesty international bis Greenpeace sich über das /CL-Datennetz austauschen – Beispiele für Gegenöffentlichkeit.

ÖFFENTLICHE BEWUSSTLOSIGKEIT

Bei so viel Einigkeit im offiziellen Tagungsablauf erfrischte das Statement von Günter Gaus: »Einer muß an den Lorbeerbäumen rütteln«. Sein Thema »Die deutsche Vereinigung im öffentlichen Bewußtsein« führte ihn frei nach Erich Kästners »öffentlicher Meinungslosigkeit« zur Frage: Ist die Abwesenheit des öffentlichen Bewußtseins öffentliche Bewußtlosigkeit? Andersons Märchen von des Kaisers neuen Kleidern nahm Gaus als Metapher für die Befindlichkeit der Meinungsmacher: Die politische Klasse hülle sich in Behauptungen, die wenig Realitätsbezug enthielten. Daß die Akteure mit dem besten Gewissen die Unwahrheit verbreiteten und auch noch selbst daran glaubten, mache die Sache nicht besser.

...UND NEUE DEUTSCHE WICHTIGKEIT

Diese »neue deutsche Wichtigkeit« werde von Medien unterstützt, die »von Natur aus großmäulig« seien: Jeden Monat gebe es mindestens drei Ereignisse historischen Ausmaßes. Diese Inflationierung von Geschichte führe zur allgemeinen Geschichtslosigkeit.

MACHT UND SELBSTTÄUSCHUNG

Angela Merkels Schwärmen, die Vereinigung sei »ein Glück an sich« ist für Günter Gaus ein Beleg für die zunehmende Irrationalität in dieser Diskussion: Mit Verstand, mit Argumenten sei solchen Behauptungen nicht beizukommen; sie trügen religiöse Züge. Pure Rhetorik und damit politischer Populismus seien mögliche Folgen.

Was haben die ehemaligen Angehörigen der politischen DDR-Elite mit solchen zeitgenössischen PolitikerInnen und ihren Verlautbarungen gemeinsam? Bis weit in die 80er Jahre hinein hätten viele engagierte DDR-BürgerInnen an die Verwirklichung des »Neuen Menschen« geglaubt. Heute gebe es den »FAZ-Menschen«, der seit der Vereinigung pausenlos Glücksgefühle empfinde – beides Wunschbilder der politischen, der meinungsbildenden Klassen. Die Selbsttäuschung der Gläubigen gehe eine unheilvolle Allianz mit ihren jeweiligen Machtpositionen ein – Ergebnis sei der weitgehende Verlust des Realitätsbezugs.

In der »Nischengesellschaft DDR« habe es Möglichkeiten kritischen Engagements gegeben – nicht nur in kirchlichen Gruppen, sondern auch im Rahmen der anerkannten politischen Teilhabe. Und heute? Es sei ein Maß für demokratische Freiheiten, so Gaus, wieviel Lippenbekenntnisse ein Mensch ablegen müsse, bis man ihn in Ruhe seinen Weg gehen lasse.

Beide, der sozialistische »Neue Mensch« wie der »FAZ-Mensch«, seien Geschöpfe aus den Sümpfen der Demokratie. Vom »Neuen Menschen« sei heutzutage keine Rede mehr. Gaus' Warnung ist unüberhörbar: Zeichnet sich hier vielleicht die Zukunft der bundesdeutschen Demokratie ab? Metaphorisch gesprochen: Was ist eigentlich mit dem Kind geschehen, das in Andersons Märchen auf die unbedeckte Blöße des Kaisers hinwies? Anderson bleibt die Antwort schuldig. Günter Gaus lakonisch: »Hoffentlich war es kein ausländisches Kind.« ●

INFORMATIONSBÜRO NICARAGUA – SERIE TEIL II: DER ARBEITERiNNEN-EIGENTUMSSEKTOR

Zwischen Mitbestimmung und ArbeiterInnenaristokratie

Nach dem Überblick über die allgemeine Situation Nicaraguas in unserer letzten Ausgabe setzen wir unsere Serie mit einem Beitrag über den nicaraguanischen ArbeiterInnen-Eigentumssektor (APT) fort. Für eine ausführliche Darstellung dieses Sektors sind unten weiterführende Materialien angegeben.

»Das Recht auf Naturressourcen, Entwicklung, Kultur und Frieden – Das ist Autonomie« Foto: Ralf Leonhard

Redaktion Heidelberg/Informationsbüro Nicaragua ● Es sieht aus wie ein weiterer Versuch der Klassenaussöhnung und wirft viele Fragen auf: Wie sollen die Interessen der Betriebsführung und der Belegschaft in Einklang gebracht werden? Welche Funktion sollen die Gewerkschaften übernehmen? Wird es möglich sein, die aufgenommenen Schulden zu bezahlen, die Arbeitsplätze zu erhalten und zudem Gewinne zu erzielen? Das sind Fragen, die sich an den Kauf staatlichen Produktionsbesitzes durch die Gewerkschaften richten.

Anfang Februar wurde in Nicaragua die »zweite Phase« der Privatisierung von staatlichem Produktionsbesitz abgeschlossen. Damit vergrößerte sich der arbeiterInnen-eigene Anteil am Produktionsvermögen auf folgenden Bestand:

- **Landwirtschaft:** 105.750 Hektar Land, 14 industrielle Produktionseinheiten und 5 Dienstleistungsbetriebe gehören ganz oder anteilweise 18.437 Arbeiter-AktionärInnen. Für den Erwerb dieses Produktionsbesitzes müssen die Beschäftigten dem Staat rund 170 Mio Dollar bezahlen.
- **Industrie:** 82 Betriebe gehören ganz oder teilweise Arbeiter-AktionärInnen, deren Zahl bisher noch nicht feststeht. Auch der Kaufpreis ist noch unbekannt. Über den Verkauf von weiteren Staatsbetrieben wird noch verhandelt.

Bei dem verkauften Produktionsbesitz handelt es sich zum größten Teil um Betriebe, die in den 80er Jahren den volkseigenen Wirtschaftsbereich (APP) bildeten. Diese oft entkapitalisierten und zerstörten Betriebe waren von den Belegschaften mit viel »Schweiß und Opfern« wieder in Gang gebracht worden.

Der Wirtschaftsberater der sandinistischen ArbeiterInnenfront (FNT), Felix Contreras, warnte: »Wenn natürlich alle (GewerkschafterInnen) jetzt anfangen, wie UnternehmerInnen zu denken, dann wird es eine Fahnenflucht im Kampf für die Besitzlosen geben.« Contreras forderte die Arbeiter-AktionärInnen auf, »die Betriebsführung mit dem Kampf der armen Bevölkerung zu verbinden« und eine angemessene gewerkschaftliche Strategie zu entwickeln. Der Klassencharakter der Machtfrage würde sich durch die Unterschrift unter die Privatisierungsvereinbarungen nicht ändern: »unser Recht auf Eigentum muß erst noch verwirklicht werden, denn die Regierung betreibt eine Wirtschaftspolitik zu Gunsten einer kleinen Minderheit«, gab Contreras zu bedenken.

Der Produktionsbesitz der ArbeiterInnen stellt zweifelsohne den größten Besitzblock am gesamten Produktionsbesitz in Nicaragua dar. Dem Bestreben nach Einheit muß nach Meinung des FNT-Führers Rolando Membrẽo ein wichtiger Platz eingeräumt werden, denn »auch wenn die Betriebe zugunsten einer bestimmten Gruppe ArbeiterInnen privatisiert wurden, so handelt es sich doch um ein Klassenprojekt, das entwickelt und gefestigt werden muß.« Die Gewerkschaften müßten jetzt für die »Ausbildung in der Selbstverwaltung dieses Eigentums und eine positive Lösung der Widersprüche« arbeiten. Auch die Arbeitslosen sollen Nutzen von dem ArbeiterInnenbesitz haben: »Gedacht ist an die Gründung eines Sozialfonds für die Arbeitslosen und die Schaffung von Arbeitsplätzen.« Jose Adán Rivera, Führungsmitglied der LandarbeiterInnengewerkschaft ATC und Direktionsmitglied der arbeiterInnen-eigenen Agrarbetriebe, sorgt sich um die Finanzierung und den Arbeitsplatzerhalt: »Der ArbeiterInnenbesitz in der Landwirtschaft umfaßt 41 Aktiengesellschaften, der 18.437 Arbeiter-AktionärInnen gehört. Von diesen können nur 75% ständig beschäftigt werden. Die meisten dieser Betriebe erzielen nicht genügend Einnahmen, um Eigentumssteuern, Produktionsinvestitionen und Betriebskapital finanzieren zu können. So können wir also noch keine ausreichende Wertschöpfung tätigen, um unseren Zahlungsverpflichtungen zu genügen und den AktionärInnen Dividenden zu zahlen.« Dennoch ist Rivera überzeugt, jährlich in diesen Betrieben 20.000 und bei ausreichender Finanzkraft sogar 30.000 Arbeitsplätze anbieten zu können. »Der arbeiterInnen-eigene Bereich hat gute Perspektiven, vorausgesetzt, wir bekommen Finanzmittel und schaffen es, die Produktionskosten zu senken.«

Der Journalist und Gewerkschaftsveteran Onofre Guevara äußerte hingegen Skepsis, die auch bei einigen GewerkschafterInnen festzustellen ist: »In den Medien wird von einem Sieg der ArbeiterInnenklasse gesprochen. Ich glaube nicht, daß es ein Sieg war. Ich glaube, ein Teil der ArbeiterInnen hat gewonnen, aber nicht die ArbeiterInnenklasse an sich. Diese wird ganz im Gegenteil dadurch geschwächt, daß sich gut organisierte und kampferfahrene Kollektive anderen Aktivitäten mit anderen Interessen zuwenden. Auch wenn die ArbeiterInnen weiter ihre angestammten Arbeiten verrichten, entsteht eine soziale Zweideutigkeit, die sich auf ihr Bewußtsein auswirken wird. Zuerst muß das Überleben der Betriebe erreicht werden, wozu Anstrengungen und Zeit für typisch kapitalistische Ziele aufgewendet werden müssen: Finanzierung, technologische Verbesserungen, Marktstrategien, Überprüfung des technischen Niveaus der Produktion und der Arbeitskraft. Sicher werden nicht alle ArbeiterInnen unternehmerische Verwaltungsarbeiten übernehmen. Aber es wird sich unvermeidlich eine Führungsschicht herausbilden, die eine schnelle Metamorphose erleben wird. Wir werden auf alle Fälle das Vergnügen haben, unsere ArbeiterInnenaristokratie kennenzulernen.« ●

Auszug aus ANN, Agencia de Noticias de Nicaragua

PRIVATISIERUNG:

Allianzen mit progressivem Kapital

Interview mit Lucío Jiménez (Industriegewerkschaft CST)

Frage: Wodurch wurde der kürzliche Verhandlungsabschluß über die Beteiligung der ArbeiterInnen an der Privatisierung möglich?

Lucío Jiménez: Das wichtigste war, daß die ArbeiterInnen einen geschlossenen Vorschlag unterstützten. Anfangs war das schwierig. Offensichtlich werden wir von einigen Compäeros/as kritisiert werden. (Aber) bei allen Verhandlungen müssen Zugeständnisse gemacht werden. Wir müssen gerechterweise die großen Anstrengungen der Compäeros/as in den Regionen anerkennen. In Managua gab es wenig politische Unterstützung, aber die Unterstützung durch die SandinistInnen in den Regionen war sehr stark. Diese Unterstützung wird entscheidend sein bei der Konsolidierung der Betriebe. Ich glaube, wir haben die Grundlage geschaffen für einen Wirtschaftssektor, der zumindest mit einem Teil des aufsteigenden wilden Kapitalismus konkurrieren kann, der sich mit einer Arbeitslosigkeit von 60% in Nicaragua installieren will. Was wir erreichen wollen, ist dafür zu sorgen, daß eine wirtschaftliche Wiederbelebung mit ausländischen Kapitalinvestitionen nicht an den Gewerkschaften vorbei und außerhalb ihres Einflusses stattfindet. Wenn der arbeiterInnen-eigene Produktionsbesitz für das Auslandskapital attraktiv ist, dann können wir Spielregeln festlegen, die das Überleben der Gewerkschaftsbewegung ermöglichen. Wir gehen große Risiken ein, das ist richtig. Die Geschichte wird entscheiden, ob wir einen schlimmen Fehler begingen oder nicht. Wir sind verpflichtet, eine neue Führung hervorzubringen, die sich mit den Problemen der Gewerkschaftsbewegung und der Unternehmen befassen muß. Dabei muß sie erfolgreich sein. Für mich ist wichtig, daß es eine Generation ehrlicher FührerInnen ist. Und mein gegenwärtiges Problem ist, daß alles, was wir bisher getan haben, nicht in unvorbereitete Hände fällt. Wir stehen vor riesigen Aufgaben, denn es könnte eine Offensive der Korruption geben. Der Somozismus ist dafür ein Experte, und wir müssen die Reihen schließen.

Wie wird die Führung der ArbeiterInnen-Betriebe organisiert werden?

Wir brauchen einen neuen »Mittelpunkt«, der die ArbeiterInnenbetriebe zusammenbindet und organisiert. Dabei gibt es natürlich viele Probleme. Die Leute fürchten die Entstehung eines Monstrums, das die Mittel der Betriebe verschlingt. Betriebe stehen vor zwei Problemen: entweder schließen sie sich der Industriekammer und dem ultrarechten Unternehmerverband COSEP an oder gründen eine eigene Kammer. Diese Kammer wäre der einende »Mittelpunkt«, der einen ganzen Wirtschaftsbereich verteidigt. Wir brauchen eine Kammer der ArbeiterInnen, um die Einheit zu bewahren.

Wie soll das Problem der Schulden (für den Kauf des Produktionsbesitzes) gelöst werden und welche Fremdfinanzierung steht zur Verfügung?

Es gibt ausländische Investorengruppen, die uns aufsuchen und mit denen wir zusammenarbeiten. Wir können Kapital aufbringen. Wir können attraktiv sein für das Kapital, zum Teil, weil wir Stabilität geben können. Wenn du weißt, wie du einen Streik machen kannst, dann weißt du auch, wie du ihn verhindern kannst. Das ist die Logik der Investoren. Außerdem gibt es eine Privatisierungswelle in der ganzen Welt. Ich weiß, daß die skandinavischen Länder, vor allem Schweden, aus Freundschaft mit den SandinistInnen in der Vergangenheit Programme im Bildungswesen unterstützt haben. Jetzt, unter einer konservativen Regierung, fördern sie die Privatisierung. So könnten sie also die Kapitalisierung der ArbeiterInnenbetriebe unterstützen. Aber das ist nicht meine Prämisse. Ich gehe vielmehr davon aus, daß wir eine Allianz eingehen mit einheimischen progressiven Wirtschaftskreisen. Wenn es uns schlecht geht, wird die Last verteilt werden. Die Auslandsinvestitionen erwähnte ich, weil wir das nicht ausschließen.

Welche Haltung nahm die Regierung bei den Verhandlungen ein?

Die Regierung versuchte, uns bestimmte Grenzen zu setzen. Einerseits bei den Zahlungsfristen, und andererseits bei den Teilzahlungen. Die Regierung will monatlich fünf Prozent der Lohnzahlungen haben. Wenn wir so nicht in zehn Jahren den Betrieb bezahlen können, dann nehmen sie ihn uns sofort wieder weg. Weiterhin wollen sie uns darauf festnageln, bei der Privatisierung von Dienstleistungsbetrieben keine Anteile erwerben zu können. Wir sind gegen die Privatisierung von TELCOR (Post- und Fernmeldewesen) und INE (Strom- und Energieversorgung). Aber das nimmt uns nicht das Recht, bei einer zukünftigen Privatisierung einen Anteil an diesen Betrieben zu erwerben. Die Regierung will auch, daß wir die Entscheidungen der Nationalen Revisionskommission für Konfiszierungen anerkennen. Das werden wir ausräumen. Denn wenn wir z.B. einen Anteil von 40% an dem während der sandinistischen Regierung enteigneten Chemiebetrieb SOLKA erwerben, dann will die Regierung sich das Recht vorbehalten, mit dem Rest tun zu können, was sie will. Die Konzertierungsabkommen besagen, daß alle von den Dekreten 3 und 38 betroffenen Besitztümer (Enteignung des Somozaclans) nicht zurückgegeben werden, ausgenommen in entsprechend gerechtfertigten Fällen. So will die Regierung uns also einen politischen Vertrag abringen, damit sie die (von diesen Dekreten betroffenen) Betriebe zurückgeben kann, besonders die auf dem Land, aber auch die in der Stadt. Das hat sie bereits getan, erinnern wir uns nur an die Betriebe El Eskimo, La Perfecta, und Camas Luna.

Welche Alternativen gibt es zur Privatisierung der Dienstleistungsbetriebe?

In den Verhandlungsvereinbarungen könnte eine Klausel eingeschlossen werden, die besagt, daß bestimmte Bereiche nicht privatisiert werden oder aber nur mit Beteiligung der Beschäftigten. Aber das wäre bereits Altpapier, denn die Regierung würde sagen, die Verhandlungen seien bereits abgeschlossen. Erst in der letzten Verhandlungsrunde hat sie zugestimmt, daß die ArbeiterInnen eine Beteiligung an den Hafengesellschaften bekommen, aber nicht an anderen Dienstleistungsbetrieben. So müssen wir uns also beeilen, und einen Abschluß tätigen, wie er jetzt möglich ist, und anschließend ein letztes Höchstziel anstreben. Wir haben nicht viel Zeit. Wir wollen durch die Wiederbelebung der Betriebe zur Stabilität des Landes beitragen. ●

DELEGATIONSREISE GEPLANT

Um den Erfahrungsaustausch zu vertiefen, plant das Informationsbüro Nicaragua vom 24.4. bis 22.5.1994 eine Delegationsreise mit ca. 15 bis 20 Personen nach Nicaragua. Den Text der Reise-Ausschreibung werden wir in der nächsten Ausgabe abdrucken. Interessierte wenden sich an die u.a. Anschrift des Informationsbüros.

FORTSETZUNG DER SERIE:

Ergebnisse einer ArbeiterInnenbefragung zu ihrer neuen »UnternehmerInnenrolle«; Interview zur Bewertung aus Sicht der Landarbeitergewerkschaft.

Zum Weiterlesen:
Der Arbeitereigentumsektor und die Landfrage in Nicaragua (Darstellung des APT und Diskussion in der BRD), 36 S. Der APT: Soziales Eigentum für Nicaraguas ArbeiterInnen? (Zusammenstellung von Originaltexten), Okt. 1993. Beides zu beziehen bei Informationsbüro Nicaragua, Postfach 101320, 42013 Wuppertal.

NACHRICHTENAGENTUR POONAL:

Bei POONAL schreiben LateinamerikanerInnen über Lateinamerika

Naturkatastrophen, Militärputsche, Cholera, Armut – sie prägen das Bild von Lateinamerika in den bürgerlichen Medien. Nur selten werden die dahinterliegenden Ursachen und Mechanismen bloßgelegt, wird über die Versuche der Menschen berichtet, sich gegen die alltägliche Misere zur Wehr zu setzen. Bruchstück- und klischeehaft bleibt deshalb oft das Abbild des Kontinents in den Köpfen. Abhilfe verspricht ein Nachrichtendienst: POONAL.

Redaktion Heidelberg ● Seit November 1991 liefert der »Pool de Nuevas Agencias de America Latina« jeweils montags aktuelle Nachrichten, Berichte, Reportagen und Interviews in deutscher Sprache. Die Bilanz ist aus der Sicht der InitiatorInnen positiv. Ein fester Stamm von 200 AbonnentInnen trägt mittlerweile den wöchentlichen Informationsdienst: Institutionen, Medien, Verbände, Stiftungen, kirchliche Gruppen. 500 weitere Exemplare gehen in die Solidaritätsbewegung. Über die Multiplikatoren hoffen die Berliner OrganisatorInnen, ein breites Publikum zu erreichen. War es doch ein Hauptanliegen bei der Gründung, daß die Artikel über den Kreis der LateinamerikaKennerInnen hinaus LeserInnen finden.

Gegründet wurde POONAL 1988 in Mexiko-Stadt. Heute gehören dem Verbund elf lateinamerikanische Nachrichtenagenturen an. Gemeinsam ist ihnen die Nähe zu Basisgruppen und Volksorganisationen. Ging es zunächst vor allem darum, einen besseren Austausch von Informationen zu gewährleisten und durch gemeinsam genutzte Technik die Kosten zu verringern, so verfolgt die deutsche Ausgabe von Anfang an ein anderes Ziel: Sie soll mit Hintergrundartikeln und Informationen über wirtschaftliche und politische Entwicklungen die Lücke in der Berichterstattung der bundesrepublikanischen Medien über diesen Teil der sogenanten »Dritten Welt« verringern. Diese ist mit den politischen Umwälzungen in Osteuropa noch breiter geworden.

Gleichzeitig erhält die Diskussion um eine neue internationale Informationsordnung, die in den 70er und 80er Jahren die Gemüter bewegte, mit POONAL eine praktische Dimension: Zumindest in einem kleinen Bereich werden die Probleme des Südens nicht länger aus dem Blickwinkel des Nordens beleuchtet, stattdessen schreiben LateinamerikanerInnen über Lateinamerika. Und das gerade auch für LeserInnen in den kapitalistischen Metropolen. Ein kleiner Schritt, das Meinungsmonopol des Nordens zu brechen.

Ganz in diesem Sinne berichtet POONAL dann auch über jene Themen, die die großen westlichen Agenturen häufig für unwichtig halten: Über den Kampf der brasilianischen LandarbeiterInnen um Land und höhere Löhne, die Rückkehr guatemaltekischer Flüchtlinge, die Auswirkungen des nordamerikanischen Freihandelsabkommens in Mexiko, den Widerstand gegen das Putschistenregime auf Haiti oder die Versuche der indigenen Völker, sich gegen Rassismus und Ausbeutung zu wehren.

Die Artikel für den deutschsprachigen Raum werden in Mexiko ausgewählt und übersetzt, und anschließend per Datennetz nach Deutschland weitergeleitet. Falls erforderlich, überarbeiten sie hier JournalistInnen noch einmal. Dieser Aufgabe angenommen hat sich der Verein »Nachrichtenpool e.V.«. Er residiert in Berlin unter dem Dach des FDCL, des Forschungs- und Dokumentationszentrums Lateinamerika.

POONAL kann gedruckt durch die Post, aber auch per Telefax oder als electronic mail bezogen werden. Die Adresse: Nachrichtenpool Lateinamerika, c/o FDCL, Gneisenaustr. 2, 10961 Berlin. Der Preis: vierteljährlich 35 DM (Institutionen) und 25 DM (Individuen). ●

Norbert Glaser

Aus: Publizistik & Kunst, Zeitschrift der IG Medien, Nr. 10, 10/93

WOHNEN

WOHNUNGSGENOSSENSCHAFT »MAXHÜTTE«

Geschafft: Modellprojekt für eine genossenschaftliche Privatisierung

Seit dem 5. August dieses Jahres ist die Wohnungsgenossenschaft Maxhütte eingetragen. Viele Gespräche mit den MieterInnen der Werkswohnungen einer ehemaligen Stahl»hütte« gingen diesem ersten gelungenen Beispiel einer genossenschaftlichen Neugründung voraus.

Thomas Schaefers, Redaktion Genossenschaften ● Im Mai 1993 wurde die »Wohnungsgenossenschaft Maxhütte« gegründet, um den Werkswohnungsbestand des »Stahlwerkes Maxhütte GmbH i.L.« in Unterwellenborn/Saalfeld zu übernehmen. Dies stellt die erste große Neugründung einer Wohnungsgenossenschaft in den neuen Ländern dar. Wohnungsbestandsübernahmen der vorliegenden Größenordnung in der Rechtsform der Genossenschaft sind nicht einfach. Sie erfordern einen Beratungsaufwand, der sicherstellt, daß ein möglichst hoher Konsens in der bisherigen BewohnerInnenschaft über die gemeinsamen Ziele und Zukunftsplanungen entstehen kann.

Im Falle der Maxhütte handelt es sich um insgesamt 1.410 Werkswohnungen an drei Standorten in der Nähe des Stahlwerks. Das Eigentum der Genossenschaft an Grund und Boden beträgt knapp 300.000 qm. Die Wohnungen selber sind durchschnittlich 62 qm groß. Sie stammen überwiegend aus den 50er Jahren und sind meist noch ofenbeheizt. Die Hälfte aller Wohnungen – ca. 700 WE – besteht aus drei Räumen. Darüber hinaus gibt es noch etwa 500 Wohnungen mit zwei und 200 Wohnungen mit vier Räumen. Plattenbauten gibt es nur wenige Blöcke an einem der Standorte.

Das Traditionsstahlwerk Maxhütte befindet sich in der Liquidation und zählt zum Eigentum der Treuhandanstalt. Ursprünglich waren in der Maxhütte bis zu 6.500 MitarbeiterInnen beschäftigt. Nach Verkauf der modernen Formstahlstraße an ARBED (Luxemburg) und dem Erhalt von ca. 620 Arbeitsplätzen haben die meisten MitarbeiterInnen ihre Arbeitsplätze verloren. Etwa 600 Mitarbeiter haben noch befristete Arbeitsplätze in der abzuwickelnden Restgesellschaft Maxhütte GmbH in Liquidation, die Eigentümerin des gesamten ehemaligen Werkwohnungsbestandes blieb.

Auch die Wohnungsbaugenossenschaft »Rheinpreussensiedlung« in Duisburg konnte nach langem Kampf und zähen Verhandlungen selbstverwalteten und billigen Wohnraum sichern. Foto: Urs Karpf

AUFWENDIGE VERHANDLUNGEN

Durch Vorstandsbeschluß der Treuhandanstalt wurde grünes Licht für die Erprobung eines Modellprojektes gegeben. Dieses soll als Beispiel für die sozialverträgliche Privatisierung in genossenschaftlicher Rechtsform dienen. Das auch deshalb, weil sich bei einer unverbindlichen Vorbefragung bis auf zwanzig Haushalte alle für eine genossenschaftliche Lösung aussprachen (98 Prozent – 1.280 Haushalte). In enger Kooperation fanden die entscheidenden Gespräche zwischen den Vertretern der Treuhandliegenschaftsgesellschaft (TLG), der Maxhütten-Geschäftsführung, dem Betriebsrat des Unternehmens und dem Gesamtverband der Wohnungswirtschaft e.V. (GdW) statt. In zum Teil mehrtägigen Verhandlungen wurde um die Eckwerte der inhaltlichen Konzeption, den Kaufpreis und die Höhe der Genossenschaftsanteile gerungen, um realistische Bedingungen für das Modellprojekt herzustellen und langfristig zu sichern.

Der Verkaufspreis für die Siedlung sollte ursprünglich 40 Millionen DM betragen. Dieser Betrag war durch ausführliche Gutachten ermittelt worden. Auf die (umsanierte) Wohnungseinheit der Siedlung umgerechnet bedeutete dies einen durchschnittichen Betrag von rund 28.000 DM je WE. Die Treuhandliegenschaftsgesellschaft erklärte sich bereit, auf diesen gutachterlich ermittelten Kaufpreis einen Abschlag zu gewähren. Der Verkauf an eine zu gründende Bewohnergenossenschaft läßt sich mit einem Globalverkauf vergleichen, der hohe Vertriebs- und Overheadkosten bei der Einzelprivatisierungslösung einsparen hilft. Auf diese Weise kommt für die unsanierte Einzelwohnung ein Verkaufspreis von durchschnittlich unter 20.000 DM zustande.

KAPITALBETEILIGUNG DER MIETERINNEN

Das erforderliche Eigenkapital für die Aufbringung dieses Kaufpreises muß die Bewohnergenossenschaft durch Genossenschaftsanteile ihrer Mitglieder aufbringen. Das ausgearbeitete betriebswirtschaftliche Konzept der Genossenschaft umschließt die Veränderung der Faktoren Miete incl. Modernisierungszuschläge, Fremdkapitalkosten, Verwaltungskosten, Instandhaltungskosten, Instandsetzungs- und Modernisierungsrückstaukosten für einen Zeitraum von insgesamt 25 Jahren.

Die entscheidenden Jahre der Genossenschaft werden dabei die ersten acht sein, in denen auch der Instandsetzungs- und Modernisierungsrückstau abgearbeitet wird. In der ausgearbeiteten Modellrechnung bleibt die Miete der BewohnerInnen in den ersten fünf Jahren des Bestehens stabil, sie steigert sich nur maßvoll durch Modernisierungszuschläge von 1994 – 4,28 DM auf 5,40 DM je Quadratmeter. Nach zehn Jahren – im Jahre 2004 – soll die Miete laut Modellrechnung 7,78 DM pro Quadratmeter betragen. Sie wird damit immer noch unter dem Satz liegen, der heute schon vielfach für Sozialwohnungen in den alten Bundesländern üblich ist. Für den Abbau des Instandhaltungs- und Modernisierungsrückstaus wurden insgesamt 50 Millionen DM angesetzt. Dies bedeutet einen durchschnittlichen Betrag von 35.000 DM je Wohnung.

Das betriebswirtschaftliche Konzept wurde vom zuständigen genossenschaftlichen Prüfungsverband begutachtet. Er stellte vorab für eine Gründung der Genossenschaft auf der Grundlage dieser Daten ein Testat zur Eintragung in das Genossenschaftsregister in Aussicht. In der Hauptsache bedingt durch den Kaufpreis ergab sich die Notwendigkeit, ca. neun Millionen DM Eigenkapital und neunzehn Millionen DM Fremdkapital aufzubringen. Das Fremdkapital wird finanziert durch die Berliner Bank AG. Das Eigenkapital muß die Genossenschaft durch Genossenschaftsanteile aufbringen.

BREITE ZUSTIMMUNG ERFORDERLICH

Durchschnittliche Genossenschaftsanteile von 7.000 DM je Wohnung sind die Folge. Diese Höhe stellen für bestehende Genossenschaften durchaus ungewöhnliche Beträge dar. Beträgt doch das durchschnittliche Geschäftsguthaben bei den Genossenschaften in den alten Ländern je Mitglied nur 1.500 DM. Erschwerend kam hinzu, daß das erforderliche Eigenkapital der Genossenschaft nur aufgebracht werden kann, wenn die außerordentlich hohe Zeichnungsquote von 90 Prozent aller Mieterhaushalte erreicht wird.

Das hohe Geschäftsguthaben von durchschnittlich 7.000 DM je Wohnung und die Notwendigkeit, mit 90 Prozent fast alle Mieterhaushalte zu erfassen, waren ein Problem. Beide Bedingungen zusammen stimmte die Beteiligten unsicher, ob sich das Projekt realisieren lasse. Daher wurde beschlossen, ein umfangreiches Kommunikationskonzept zu erarbeiten. Mit diesem sollten die Mieterhaushalte vor Ort überzeugt werden, dieses außerordentlich hohe finanzielle und persönliche Engagement einzugehen. Die erforderliche Zustimmungsquote von 90 Prozent aller Mieterhaushalte würde bedeuten – sofern erreichbar – daß das Projekt mit breitester Mitwirkung und nach demokratischen Gesichtspunkten mit hoher Legitimation starten könnte. Der Gründungsfahrplan sah vor, im März und April 1993 die Mieterschaft schriftlich zu informieren und Mieterversammlugen persönlich anzusprechen.

ÜBERWÄLTIGENDE GRÜNDUNGSVERSAMMLUNG

Für den 25. März 1993 war die Gründungsversammlung terminiert. Mitte Mai hatten bereits – oder auch erst – 75 Prozent der MieterInnen ihren Beitritt zur Wohnungsgenossenschaft Maxhütte erklärt. Bis zum Vortage der Gründungsversammlung trugen sich 1.180 Mieterhaushalte (von 1.410) ein. Dies bedeutete eine Zeichnungsquote von ca. 85 Prozent. Bereits damit war das Projekt auf der genossenschaftlich und finanziell sicheren Seite, da zusätzlich über 100 Nichtmieterhaushalte ihren Eintritt erklärt hatten. Mit der Zeichnung eines Geschäftsanteiles in Höhe von 700 DM bildeten sie den Grundstock der zukünftigen Warteliste. Auch die Kommunen, in denen die Wohnungsbestände liegen, hatten die Zeichnung von 250 Genossenschaftsanteilen in Aussicht gestellt. Immerhin ergibt das zusätzliche Beträge von 300.000 DM Gründungskapital oder umgerechnet etwa drei Prozent der Zeichnungsquote.

Für den Tag der genossenschaftlichen Gründungsversammlung wurde mit ca. 1.000 TeilnehmerInnen gerechnet. Entsprechend waren zwei große Säle im Kulturhaus der Maxhütte in Unterwellenborn hergerichtet. Als Festredner hatte sich u.a. der Staatssekretär im Bundesbauministerium, Günther, angemeldet. Die OrganisatorInnen waren überwältigt vom Interesse und Andrang der Mieter/Genossenschaftsmitglieder. Nach realistischer Schätzung nahmen etwa 1.800 Menschen an der Gründungsveranstaltung teil. Die Satzungsberatung konnte nur mit den in den beiden Sälen Platz findenden 1.000 TeilnehmerInnen durchgeführt werden. Der vorgelegte Satzungsentwurf wurde einstimmig verabschiedet. Anschließend unterschrieben 1.500 Personen als Gründungsmitglieder diese Satzung: ein überwältigender Erfolg für das Konzept des Modellprojektes, den zugrundeliegenden Genossenschaftsgedanken und seinen Grundwert der Selbsthilfe.

MODELL FÜR VERÄUSSERUNGSAUFTRAG

Die Wohnungsgenossenschaft Maxhütte ist damit ein Beispiel, nicht nur, aber besonders für die neuen Länder, das zur Nachahmung auffordert, das Mut macht und Zuversicht ausstrahlt. Die Erfahrungen des Modellprojektes Maxhütte und des zugrundeliegenden Konzeptes lassen sich übertragen auf andere Werkswohnungsbestände, in denen die Mieterschaft eine solche Lösung anstreben will. Ein zweites Projekt befindet sich bereits in der Realisierungsphase. Der Werkswohnungsbestand der Gröditzer Stahlwerke mit 1.100 Wohnungen soll ebenfalls von einer in Kürze zu gründenden Bewohnergenossenschaft übernommen werden. Dieses Projekt zeigt, daß die Wohnungsgenossenschaft als Rechtsform aktuell und modern ist. Eine solche Werkswohnungsübernahme erweist sich als Variante der Privatisierung mit einer besonderen Form des Miteigentums, das gemeinschaftlich verwaltet wird. Gleichzeitig läßt sich aufzeigen, daß die Forderung nach Privatisierung des bestehenden genossenschaftlichen Wohnungsbestandes über die Köpfe der Mitglieder hinweg abwegig ist: Auf der einen Seite werden neue Wohnungsgenossenschaften gegründet, um sozialverträglich Wohnungsbestände zu privatisieren, parallel dazu verlangt der Gesetzgeber im Rahmen der Solidarpaktbegleitgesetze, daß die bestehenden Wohnungsgenossenschaften 15 Prozent ihrer Bestände veräußern müssen. Nur so kommen sie in den Genuß der Altschuldenkappung. Im Zweifel darf dies nicht über die Köpfe der eigenen Mitglieder hinweg an dritte Investoren vollzogen werden. Denn dies wäre ein klarer Verstoß gegen das in § 1 des Genossenschaftsgesetzes festgelegte wirtschaftliche Förderprinzip für die Mitglieder der Genossenschaften. Es würde einen enteignungsgleichen Vorgang darstellen. Der Privatisierungs- bzw. Veräußerungsauftrag der bestehenden Wohnungsgenossenschaften an Dritte vernachlässigt die Rechtsformbesonderheiten der Genossenschaften. Mit und nach der Erfahrung der Wohnungsgenossenschaft Maxhütte und Folgeprojekten wird deshalb vom GdW vorgeschlagen, daß kommunale Wohnungsgesellschaften ihrer Privatisierungsverpflichtung im Sinne der Altschuldenregelung auch mit der Bildung von weiteren Bewohnergenossenschaften aus ihren Beständen nachkommen können. ●

BUCHTIPS: GENOSSENSCHAFTLICH WOHNEN

GEMEINSAM UND SELBSTBESTIMMMT

Schon etwas älter ist der Leitfaden für gemeinschaftliche Wohnprojekte mit dem Titel »Gemeinsam und selbstbestimmt«. Insofern sind einige wichtige Veränderungen und Neuerungen der letzten Jahre nicht enthalten. Dennoch ist es eines der wenigen Plädoyers für die Genossenschaft. D.h. im Anhang werden zehn wichtige Argumente wie Wohnsicherheit, stabile Mieten, Mitbestimmung, gebrauchswertorientiert, kein sozialer Verschleiß, Mitwirkung bei Bewohnerauswahl usw. aufgeführt und erläutert. Genossenschaftssatzung, Rechtsformenvergleich, Ratschläge für die Baufinanzierung und mehrere bekannte Fallbeispiele machen das Buch für Initiativgruppen im Wohnbereich noch immer lesenswert. Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V. / Wohnbund e.V. (Hg.): Gemeinsam und selbstbestimmt. Leitfaden für gemeinschaftliche Wohnprojekte, Darmstadt (Verlag für wissenschaftliche Publikationen) 1988, DM 16,80.

BESTANDSSICHERUNG DURCH KOOPERATION

Grundsätzlich sind neue kleine Wohnungsgenossenschaften, wenn sie selbst bauen, überfordert. Das Autorenteam Bärsch, Cremer, Novy entwickeln deshalb das Modell einer zweistufigen Projektbetreuung mit Findungs-, Realisierungs- und Nutzungsphase, in der ein gemeinnütziger Träger eine Kooperation mit traditionellen gemeinnützigen Wohnungsunternehmen herstellt. Zuvor werden drei Kooperationsvarianten ausführlich mit Beispielen beschrieben: das Integrationsmodell, der Betreuungsansatz und das Verbundmodell. Beim Integrationsmodell erwirbt eine bestehende Genossenschaft ein neues »Objekt« und bindet es in ihren eigenen Bestand ein. Beim zweiten Ansatz übernimmt eine bestehende Wohnungsbaugenossenschaft für eine selbstnutzende Gemeinschaft die wirtschaftlichen und technischen Betreuungsleistungen und eventuell auch die Verwaltungsaufgaben, ohne daß die Gruppe zwingend der Genossenschaft beitritt. Das Verbundmodell weist drei Varianten auf. Entweder die direkte dauerhafte Beteiligung der Altgenossenschaft an dem neuen Projekt, die Vergabe langfristiger Nutzungsrechte von alt an neu durch Erbbaurecht bzw. vergleichbare Formen oder eine temporäre Hilfestellung z.B. bei Krediten, Zwischenfinanzierung usw. Das Buch ist, obwohl schon älter, gedanklich eines der innovativsten der letzten Jahre, um die Überforderung neuer selbstnutzender Gemeinschaften gezielt abzubauen.

Jürgen Bärsch, Cornelia Cremer, Klaus Novy: Neue Wohnprojekte, alte Genossenschaften. Kooperationsformen zur Bestandssicherung im Wohnungssektor, Darmstadt (Verlag für wissenschaftliche Publikationen) 1989, DM 26,00.

BEDINGUNGEN FÜR STEUERFREIHEIT

Genossenschaften haben bei der sogenannten Vermietungsgenossenschaft die Chance, die steuerliche Behandlung mitzugestalten. In einer 250-seitigen Schrift des Gesamtverbandes der Wohnungswirtschaft werden die Voraussetzungen und Bestimmungen hierfür ausführlich erläutert. Steuerliche Alternativen, Betrieb von Gemeinschaftsanlagen, Bereithalten liquider Mittel, Betriebsvermögen, Gewinnermittlung, Gewerbe- und Vermögensbesteuerung sowie die Rückvergütung sind dabei einige der zentralen Themen. GenossenschaftsgründerInnen sollten sich auf jeden Fall mit diesem Buch »schlau machen«, um steuerlich nicht in irgendwelchen »Fettnäpfchen« steckenzubleiben. GdW (Hg.): Die Vermietungsgenossenschaft, Köln 1992 (kostenlos (?) beziehbar über den Gesamtverband der Wohnungswirtschaft e.V., Bismarkstr. 7, 50672 Köln).

MIET- UND NUTZUNGSVERTRÄGE

Wohnungsgesellschaften und -genossenschaften entscheiden seit dem Wegfall des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes selbst, ob und welche Vertragsmuster sie anwenden und gestalten. Hilfreich dafür sind auf jeden Fall erläuterte Vorlagen, die dann nach eigenen politischen und sonstigen Beweggründen abgeändert werden können. GdW (Hg.): Miet- und Nutzungsverträge, Texte und Erläuterungen, Materialien 26 (beziehbar über den Gesamtverband der Wohnungswirtschaft e.V., Bismarkstr. 7, 50672 Köln).

UMFASSENDER LITERATURÜBERBLICK

Literaturrecherchen zum Thema Wohnungsbaugenossenschaften können beim IRB (Informationszentrum Raum und Bau der Fraunhofer-Gesellschaft, Nobelstr. 12, 70504 Stuttgart) in Auftrag gegeben werden. Beipiele für Stichworte: Perspektiven des Genossenschaftswesens und Zukunft der genossenschaftlichen Idee im Bereich des Wohnens; Einzel- und Großprojekte, Experimente, Modelle; Fragen der Gemeinnützigkeit und der Finanzierung; neue Aufgaben – sich wandelnde Wohnbedürfnisse, sich ändernde Rahmenbedingungen; statistische Daten zum Genossenschaftswesen, wirtschaftliche Stellung. Da eine Recherche preislich schnell über 200,– DM liegen kann, sollte vorab Kontakt wegen der Kosten und des gewünschten Umfangs aufgenommen werden.

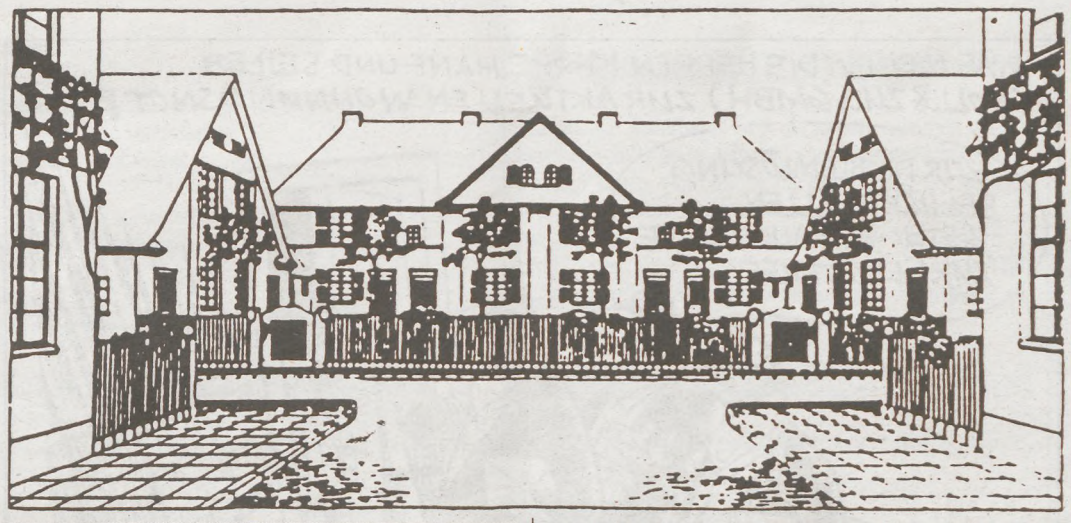
Burghard Flieger

GESCHICHTEN AUS DER GESCHICHTE

WOHNEN

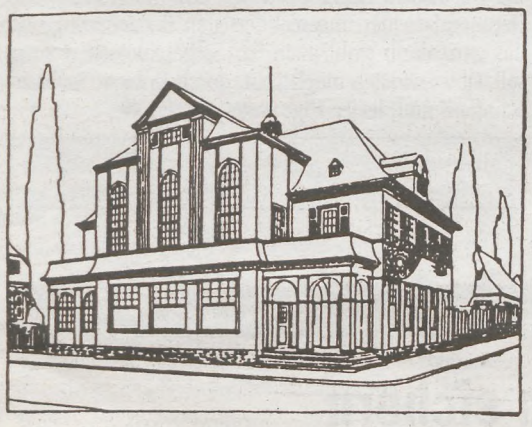
Genossenschaftlich Wohnen mit der Gartenstadt-Bewegung

Anfang dieses Jahrhunderts verwirklichte die Gemeinnützige Baugenossenschaft Gartenvorstadt in Freiburg das Konzept der Reihenbebauung mit Kleinhäusern. Sie konnte sich damit gegen vorherrschende Meinungen so mancher Bauräte durchsetzen.



Die Hüttenau bei Hattingen ist die bedeutenste Gartenstadtsiedlung vor dem 1. Weltkrieg in Rheinland-Westfalen. Bis 1914 konnten hier mehr als 300 Häuser für 1.400 EinwohnerInnen mit Unterstützung des Amtes Blankenstein und der Gemeinde Welper errichtet werden. Anlaß der Gründung war die Errichtung der Henrichshütte in Welper, die ihre Belegschaft innerhalb weniger Jahre mehr als verdoppelte. Straßenansichten zeigen unsere Grafiken in der Mitte und unten, sowie die links unten das Gasthaus.

Wolfgang Hug, Redaktion Genossenschaften ● Minderbemittelten Familien oder Personen gesunde und zweckmäßige Wohnungen zu billigen Preisen zu (ver)schaffen: Zu diesem Zweck gründeten Freiburger BürgerInnen vor 80 Jahren – im Sommer 1913 – die »Gemeinnützige Baugenossenschaft Gartenvorstadt Freiburg i.Br.«. Die Wohnungsnot hatte sich vor dem ersten Weltkrieg in Freiburg dramatisch verschärft. Im Lauf eines Jahrhunderts war die Einwohnerzahl der Stadt auf das Siebenfache gestiegen. Allein innerhalb einer Generation hatte sie sich bis 1913 weit mehr als verdoppelt. Im gleichen Zeitraum, während der Jahrzehnte um die Jahrhundertwende, hatte die Stadt ihre moderne Infrastruktur geschaffen: Wasser- und Abwasserentsorgung, Strom- und Elektrizitätswerke, Kirchen und Krankenhäuser und natürlich das neue Rathaus. Das alles sind Leistungen jener Ära, die mit dem Namen Winterer verbunden sind.



Gasthaus der Gartenstadt Hüttenau

Winterer übernahm im Aufsichtsrat der neuen Baugenossenschaft den Vorsitz, nachdem er eben das Amt des Oberbürgermeisters an Emil Thoma abgetreten hatte. Treibende Kraft der gemeinnützigen Unternehmung war Wilhelm Engler, SPD-Stadtrat und langjähriger Bezirksvorsitzender der Partei in Südbaden. Hinzu kamen Joseph Wirth vom Zentrum sowie Anton Retzbach, Domkustos und Präses des Kolpingvereins, ferner eine Reihe von sozialpolitisch engagierten Bürgern aus der Stadt. Insgesamt kamen rund 100 Gründungsmitglieder zusammen.

MUSTERSIEDLUNG IN KARLSRUHE

Anders als bei dem 1872 gegründeten Bauverein, der sich auf die Errichtung großer Mietshäuser beschränkte, vertrat die neue Baugenossenschaft städtebaulich ein neues, attraktives Konzept: das der Gartenstadt. Die Gartenstadt-Bewegung war um die Jahrhundertwende enstanden. Karlsruhe-Rüppur erhielt 1907 eine erste Mustersiedlung dieser Art. Mannheim und Rastatt folgten, und nun kam 1913 die Gartenstadt Freiburg-Haslach. Die Eingemeindungen um 1900 (Haslach, Günterstal, Zähringen, Betzenhausen, Littenweiler) haben nicht nur die Gemarkung der Stadt erweitert. Sie zwangen auch dazu, städtisches und dörfliches Bauen und Wohnen miteinander in Verbindung zu bringen. Urbane Strukturen überformten das Land mehr und mehr, und doch blieb der Traum vom »Wohnen im Grünen« wirksam. Betuchte Leute schufen sich Villen (»Landhäuser«), und so meinten manche damals, Freiburg habe sich durch seine Villenviertel bereits zu einer Gartenstadt entwickelt. Das mußte für Minderbemittelte zynisch klingen. Und so setzten sich Engler und seine Mitstreiter für einen sozialen Wohnungsbau ein, der auch dem/der ArbeiterIn die Miete, einfachen Angestellten sogar den Erwerb eines kleinen Einfamilienhauses erschwinglich machte.

ZAHLBARE MIETEN

Nach zähen Verhandlungen konnte die Genossenschaft von der Stiftungsverwaltung der Stadt Baugelände an der Gutleutestraße bekommen, rund 15.000 Quadratmeter zum Preis von 4,50 Mark pro Quadratmeter. Der Erbbauzins wurde mit acht Pfennig pro Jahr und Quadratmeter berechnet. Gegen die Vorstellungen mancher Bauräte setzte die Genossenschaft mit dem Architekten Mallebrein das Konzept der Reihenbebauung mit Kleinhäusern durch. Das Normalhaus erhielt im Erdgeschoß ein Zimmer und die Küche, im Obergeschoß zwei Zimmer und im Dachgeschoß zwei weitere Räume. So konnte ein Mietpreis von 375 Mark im Jahr oder 32 Mark Monatsmiete kalkuliert werden für solche Familien, die als Genossenschaftsmitglieder nicht Eigentümerinnen werden konnten. Nachdem die Finanzierungsfragen geklärt waren (ein Baukredit war mit sechs Prozent zu verzinsen), wurde mit der Errichtung der ersten 20 Häuser begonnen.

MODELL FÜR SOZIALEN WOHNUNGSBAU

Der Kriegsbeginn stellte das ganze Projekt in Frage. Auf den 1. Oktober 1914 war die Fertigstellung geplant. Aber die Handwerker wurden zu Militärbauten beordert. »In jenen Monaten«, so erinnerte sich Engler später, »habe ich die ersten grauen Haare erhalten.« Dennoch waren am 1. April 1915 schließlich alle Wohnungen bezogen. Die Gartenstadt Freiburg-Haslach wurde in den 1920er Jahren weiter ausgebaut. Christoph Ruch hat die Entwicklung in seinem Beitrag zu dem Band »Haslemer erzählen« dargestellt. Die Gartenstadt wurde eine Mustersiedlung und kann auch heute noch als Modell gelten für einen sozialen Wohungsbau mit humaner Qualität. ●

Ansicht einer Hausgruppe des Gemeinnützigen Bauvereins Hütten

GENOSSENSCHAFT LUISENSTADT EG, BERLIN

Die Häuser gehören denen, die darin wohnen !

Über die Aneignung von Räumen am Beispiel der Genossenschaft Luisenstadt eG in Berlin-Kreuzberg. Ein Beitrag von Gertrud Trisolini, Ex-Hausbesetzerin und geschäftsführender Vorstand der Genossenschaft Luisenstadt eG. Zur speziellen Situation von Berlin-Kreuzberg seit der Wende – plötzlich Stadtmitte und nicht mehr Nische, explodierender Mieten usw. – ist ein eigener Beitrag in Vorbereitung, den wir in einer der nächsten Ausgaben veröffentlichen werden.

1970

Kreuzberg 36,
ein scheinbar von allen guten Geistern verlassener Bezirk. Kaputtsaniert. Blockweise muß die Altbausubstanz der Abrißbirne weichen. Die »alteingesessenen KreuzbergerInnen« werden in Neubauviertel umgesetzt. Lediglich die alten, störrischen BewohnerInnen bleiben, für die Kreuzberg dennoch »Heimat« bedeutet. Die Gewerbetreibenden geben auf. Eine Autobahn, wartend auf die Wiedervereinigung, soll auf den freigemachten Flächen gebaut werden, so die Parole der offiziellen Baupolitik.

Die Bevölkerungsgruppen, welche in den nahezu verlassenen Bezirk einziehen, haben eines gemeinsam: ihre relative Armut. StudentInnen, ArbeitnehmerInnen, Arbeitslose, Auszubildende und KünstlerInnen ziehen in die leerstehenden Fabriketagen ein.

1981

Kreuzberg 36
Die leerstehenden Häuser werden besetzt. Der Staat hat mit seiner Sanierungspolitik versagt. Eigentum verpflichtet, die EigentümerInnen haben ihr Recht auf Eigentum verwirkt. Die Parole der HausbesetzerInnen lautet: »Lieber instandbesetzen, als kaputtbesitzen.«

Innerhalb von drei Monaten werden in Berlin 180 Häuser besetzt. In Kreuzberg ist das Zentrum der HausbesetzerInnen. Hier tagt der BesetzerInnenrat. Ein Bauhof wird eingerichtet, um die notwendigsten Instandsetzungsarbeiten erledigen zu können. Politik zum Anfassen und sich wohlfühlen. Bilder von brennenden Barrikaden geistern durch die Presse. »Berlin wird von Chaoten regiert,« lautet die Parole der Springer-Presse. Die Justiz reagiert mit einer Flut von Verurteilungen wegen Hausfriedensbruch und schwerem Landesfriedensbruch. Die Häuser werden auf der Straße verteidigt.

Die ausländischen MitbewohnerInnen sind zurückhaltend, was die Besetzungen betrifft. Sie können ausgewiesen werden bei Durchsuchungen des besetzten Hauses.

Die Besetzungen sind begleitet von solidarischen Unterstützungsaktionen der Bevölkerung. Patenschaften werden für die Häuser von Personen und Gruppen des »öffenlichen Lebens« übernommen.

Nach drei Jahren Häuserkampf werden insgesamt 60 Häuser legalisiert. In guten Wohngegenden, wie z.B. in Schöneberg, werden die Häuser aus sozialhygienischen Gründen geräumt. In Kreuzberg werden die meisten Häuser legalisert. Zum einen, weil dieser Bezirk für »relevante Bevölkerungsschichten« sowieso nicht attraktiv sei, zum anderen weil die Häuser zum überwiegenden Teil in städtischem Besitz waren.

Über die Patenbewegung wird die Stattbau GmbH gegründet. Ein treuhänderischer Sanierungsträger des Landes Berlin, welcher zusammen mit den BesetzerInnen nach deren Vorstellungen die Sanierung in Angriff nehmen soll. Die Hauskonzepte werden mit ArchitektInnen des Vertrauens entwickelt. Die Privatisierung der Häuser soll über die BewohnerInnen organisiert werden. Mit Modellmittelgeldern des Bundes und des Landes Berlin werden die Häuser saniert. Der experimentelle Wohnungsbau beinhaltet Ökomaßnahmen wie umweltfreundliche Heizungsanlagen, Stromerzeugung über Solarzellen, Wassersparen durch Grauwasserreinigung, umweltverträgliche Baumaterialien, Begrünungsmaßnahmen, Müllvermeidung und Recycling.

1986

Engagierte BewohnerInnen gründen die Genossenschaft Luisenstadt. Die Genossenschaftliche Form wird aus folgenden Gründen gewählt:

- jedes Mitglied kann mitbestimmen
- Bodenspekulation wird verhindert
- Betreibung eines Energieversorungsunternehmens; die Genossenschaft verkauft Strom und Wärme an ihre BewohnerInnen

Die Genossenschaft als BewohnerInnenorganisation vergibt Selbstverwaltungsverträge an die Hausvereine. Die Hausvereine geben sich Namen, welche dem Lebensgefühl ihrer Gruppe entsprechen, wie:

- Manteuffel Cooperative e.V.,
- Verein zur Förderung des Wohlbefindens der Bewohner des Hauses Oranienstr. 5,
- I.P.A.D. e.V. Interdisziplinäres Projekt für angewandte Daseinsforschung,
- Marianne Teuffel e.V.,
- Trittbrettfahrer e.V.,
- Schöner Wohnen e.V.,
- Oral e.V.,
- Trend e.V., Strategien für Jugend, oder aber schlicht: Manteuffelstr. 42 e.V.

Als Miete ist die Bewirtschaftungskostenmiete zu bezahlen. D.h.: alle Kosten, die verbrauchsabhängig anfallen, müssen von den BewohnerInnen getragen werden. Lediglich die fällig werdenden Kapitalzinsen werden für alle Häuser im Mittel errechnet und auf alle gleichmäßig verteilt. Die Genossenschaft übernimmt 13 Häuser in Erbpacht, d.h: das Haus wird für 60 Jahre gekauft. Der Boden gehört weiterhin dem Land Berlin. Weitere Häuser übernimmt die Genossenschaft im Eigentum, d.h: nicht nur das Haus, sondern auch der Grund- und Boden gehört der Genossenschaft. In diesen Fällen waren die Voreigentümer nicht bereit, einer Erbbaulösung zuzustimmen.

Die Genossenschaft organisiert die Mitglieder, diskutiert und beschließt die möglichen Formen der Verwaltung und betreibt die ökologischen Anlagen.. Monatlich tagt der Aufsichtsrat, welcher aus gewählten Vertrauensleuten der MieterInnen besteht. Auf diesem Gremium wird die Geschäftspolitik der Genossenschaft beschlossen.

Jährlich findet eine Generalversammlung statt, auf welcher alle Mitglieder über die Bilanz sowie über die Geschäfte der Genossenschaft informiert werden. Die VertreterInnen der Genossenschaft werden auf dieser Versammlung gewählt.

1992

Durch die Maueröffnung hat sich die Nische Kreuzberg 36 grundsätzlich verändert. Das Angrenzen an Berlin-Mitte hat die Bodenpreise verdreifacht. Die MieterInnen haben Angst, vertrieben zu werden; davon sind besonders die ärmeren Schichten betroffen sowie die türkischen MitbewohnerInnen, welche um ihre Bleibesicherheit fürchten. Die ortsübliche Gewerbemiete liegt bei 20 DM pro qm. Diese Miete ist für viele Gewerbetreibende nicht bezahlbar. Für die Wohnraummieten gilt noch Mietpreisbindung, da das Viertel mit öffentlichen Mitteln saniert wurde. Kreuzberg ist ein attraktiver Bezirk geworden. Der dichtbesiedelste Bezirk Berlins überzeugt durch seine Toleranz, welche allen Gruppen und Schichten hier entgegengebracht wird.

Innerhalb der Genossenschaft sind mittlerweile 400 MieterInnen organisiert. Die Genossenschaft ist durch ihre Entstehungsgeschichte geprägt von polarisierten Gruppen, die komplette Häuser bewohnen. Punks, jugendliche Arbeitslose, AkademikerInnen und die türkischen KreuzbergerInnen versuchen sich hier im Miteinander. Die Auseinandersetzungen sind nicht immer einfach, der soziale Sprengstoff, bedingt durch Arbeitslosigkeit, Drogen und Wohnungsnot, ist enorm. Die Genossenschaft wird überschüttet mit Anfragen zur Hausübernahme von Ost- und WestberlinerInnen, weil sie den Ruf hat, den BewohnerInnen Mitbestimmung und bezahlbare Kosten ohne Gewinnmaximierung zu gewährleisten. Die Auseinandersetzungen über »Miete«, deren Zusammensetzung und Sinnfälligkeit sind schwierig und nichts desto trotz notwendig und werden deshalb immer wieder geführt. Die türkischen Landsleute stehen der Genossenschaft zurückhaltend gegenüber. In aller Regel würden sie lieber vererbbares Wohnungseigentum erwerben. Da sie die Kosten des Erwerbs und der Sanierung aber nicht bezahlen können, sind wir sozusagen eine Zweckgemeinschaft eingegangen. Bedauerlicherweise ist auch schon bei manchem/r Ex-BesetzerIn vorgekommen, daß er/sie »aus steuerlichen Gründen« den Versuch unternommen hat, aus seiner sich angeeigneten Wohnung Kapital zu schlagen, indem er sie versucht hat zu kaufen. Die Genossenschaft ist jedoch eine sichere Sache, wenn es darum geht, den Begehrlichkeiten des individuellen Eigentums in der Wohnungsfrage Einhalt zu gebieten.

Die Häuser gehören denen, die darin wohnen.

Lang lebe die Genossenschaft!!! ●

Gertrud Trisolini, Ex-Hausbesetzerin und geschäftsführender Vorstand der Genossenschaft Luisenstadt eG

DAS ALTSCHULDENHILFEGESETZ MIT MASSIVEN AUSWIRKUNGEN

WOHNEN

Durch Unrecht Recht schaffen

Das im März 1993 beschlossene Altschuldenhilfegesetz war wohl nichts anderes als ein Stillhalteabkommen zur Rettung des Solidarpakts. Die vorgesehene Privatisierung von 15% des Wohnungsbestandes ist wohnungspolitisch zumindest fragwürdig, außerdem ist ungeklärt, ob das Gesetz nicht gegen Genossenschaftsrecht und allenfalls Grundgesetz verstößt. Weitere Argumente zur Diskussion sind auch im Beitrag zur Maxhütte Wohnungsbaugenossenschaft (Seite 6) enthalten.

Andreas Kruse, Redaktion Heidelberg ● Als sich die Vertreter von Bund, Ländern und Parteien im Rahmen des Solidarpaktes im März 1993 auf den Altschuldenkompromiß einigten, glaubten sie vielleicht sogar selbst, einen gangbaren Weg im Umgang mit den politisch und rechtlich umstrittenen sogenannten Altschulden aus dem Wohnungsbau der ehemaligen DDR gefunden zu haben. Doch wie so oft hatten sich die politisch Verantwortlichen um eine wirkliche Lösung herumgemogelt und lediglich ein Stillhalteabkommen geschlossen, um den Solidarpakt nicht zu gefährden und gemeinsam politische Handlungsfähigkeit zu demonstrieren. Obwohl die Frage, ob es sich bei den zu DDR-Zeiten ausgeteilten Krediten – die einerseits von den Wohnungswirtschaftsbetrieben und Genossenschaften nicht eigenständig aufgenommen sondern über den staatlichen Plan genauso zugewiesen wurden wie die staatlichen Gelder für Zinsen und Tilgungen – um Kredite im marktwirtschaftlichen Sinne handelt, von Rechts- und Fachgutachten negativ beantwortet wurde, schaffte das Bundesbauministerium mit dem Altschuldenhilfegesetz ein Regelwerk, mit dem die ostdeutschen Kommunen und die Genossenschaften zur Schuldanerkennung gezwungen werden. Doch allein die im Gesetz verlangte Anerkennung der Schulden zeigt, daß die Kreditbank AG und die Bundesregierung nicht von herkömmlichen Kreditforderungen ausgehen, die niemand verlangen würde anzuerkennen. Die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften und die Genossenschaften, die ohne Klärung der Altschuldenfrage von anderen Banken keine Kredite für notwendige Investitionen erhalten und damit wirtschaftlich und finanziell nahezu handlungsunfähig sind, sollen gezwungen werden, den trockenen Keks Teilentschuldung und die bittere Pille Wohnungsprivatisierung zu schlucken.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

MIETERiNNEN OHNE LOBBY

Da selbst der Deutsche Städtetag – wohl mit Blick auf die andernfalls vor allem von den westdeutschen Kommunen zu tragenden Kosten (z.B. bei Umwandlung der Altschulden in Fördermittel) – die Schuldanerkennung und Inanspruchnahme der Altschuldenhilfe empfahl, stehen die ostdeutschen Kommunen, Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften und vor allem die ostdeutschen MieterInnen ohne nennenswerte Lobby allein. Doch angesichts der Folgen werden sich viele MieterInnen den Widerstand ihrer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft oder Genossenschaft wünschen. Denn mit der Anerkennung der Altschulden bezahlen die MieterInnen den Wohnungsbau der DDR, den sie mit niedrigen Löhnen, schlechten Wohnverhältnissen und Konsumverzicht schon einmal finanzierten, ein zweites Mal.

Desweitern droht ihnen spätestens ab 1995 mit Auslaufen der Mietpreisbindung in Ostdeutschland eine Mieterhöhung von mindestens 1 DM/qm, wenn die Gesellschaften und Genossenschaften den Kapitaldienst für die nach der Kappung verbliebenen 150 DM/qm auf die Miete umlegen. Gewaltige Sprünge bei den Mieten bereits gewöhnt, sehen jedoch viele der Privatisierung von mindestens 15% des Wohnungsbestandes mit wesentlich größerem Unbehagen entgegen. Auch wenn das Altschuldenhilfegesetz den MieterInnen den Vorrang beim Kauf ihrer Wohnung einräumt, schließt es Dritte nicht aus. Da ersten Umfragen zufolge und bei einem Blick auf die wirtschaftliche Situation in Ostdeutschland von einem Kaufinteresse weit unter 15% auszugehen ist, wird den Genossenschaften und kommunalen Gesellschaften (da sie bei Inanspruchnahme der Altschulden-hilfe privatisieren müssen, auch wenn sie verkünden, das nicht tun zu wollen) nichts weiter übrigbleiben, als an Dritte zu verkaufen. Zuvor müssen die zu verkaufenden Wohnungen jedoch instandgesetzt oder modernisiert werden. Die dafür investierten Mittel, die aus dem Gesamtbestand erwirtschaftet werden müssen, fehlen dann bei der Instandsetzung des verbleibenden Wohnungsbestandes.

WOHNUNGSPOLITISCH FRAGWÜRDIG

Das Altschuldenhilfegesetz mit seiner Privatisierungspflicht ist nicht nur wohnungspolitisch äußerst fragwürdig, wenn vor allem in größeren Städten kommunaler Wohnraum verlorengeht, der dann durch teuren Sozialwohnungsbau ersetzt werden muß. Im Bereich der Genossenschaften treibt das Gesetz besondere Blüten, denn Wohnungsgenossenschaften, die Wohnungen an ihre Mitglieder veräußern, verkaufen jemand etwas, das ihm (genossenschafts-)anteilig bereits gehört. Würden Wohnungen gar an Dritte veräußert, widerspräche das dem Sinn einer Genossenschaft und vor allem deren Satzung.

Wie gesagt, ist das Problem der Altschulden mit dem Altschuldenhilfegesetz nur scheinbar gelöst. Zwar müssen kommunale Wohnungsbaugesellschaften und Wohnungsgenossenschaften die Altschulden bis spätestens 31.12.1993 anerkannt und einen Antrag auf Altschuldenhilfe gestellt haben, so daß ihnen vorher keine Zeit für eine gerichtliche Klärung verbleibt und die Vertreter der Landesregierungen haben erheblichen Druck ausgeübt, damit dies auch geschieht. Doch haben dies letztendlich nur jene getan, für die eine Nichtanerkennung und der Rechtsstreit ein erhebliches Risiko darstellen, da die Altschulden weit über 150 DM/qm hinausgehen und im Falle eines Scheiterns durch die Übernahme der Schulden in voller Höhe der Bankrott droht. Unter denen, die das nicht betrifft, hat sich bisher die Dresdner Wohnungsgenossenschaft Johannstadt gefunden, die eine Feststellungsklage eingereicht hat. Zwar hat das Landgericht Dresden der Klage, keine Schulden gegenüber der Kreditbank AG zu haben, nicht stattgegeben, doch ist damit zu rechnen, daß der Fall mit Zustimmung beider Parteien über die Sprungrevision direkt zum Bundesgerichtshof geht. Wenn bei der gegenwärtigen Rechtssprechung der obersten Bundesgerichte von einem vollen Erfolg kaum auszugehen ist, so sind Teilerfolge wahrscheinlich und würden weitere Klagen nach sich ziehen. Da die Wohnungswirtschaftsbetriebe zu DDR-Zeiten anders als die Genossenschaften sowohl die Mittel für die 4% Zinsen als auch für die einprozentige Tilgung aus dem Staatshaushalt zugewiesen bekamen, sind die Erfolgsaussichten noch größer.

Zu guter Letzt ist sogar damit zu rechnen, daß das Altschuldenhilfegesetz selbst Gegenstand einer Verfassungsklage wird, da der Veräußerungszwang für Genossenschafter dem gewährleisteten Grundrecht auf Eigentum (Art.14 I GG) widerspricht. Dem Gesetzgeber war dies offensichtlich bewußt, weshalb mit der Inanspruchnahme der Altschuldenhilfe die im BGB festgeschriebene Herausgabe einer ungerechtfertigten Bereicherung, die das ganz dann wohl auch ist, ausgeschlossen werden soll. Ob es wirklich möglich ist, durch Unrecht Recht zu schaffen, muß leider abgewartet werden. ●

DISKUSSIONSPAPIER:

Auszug aus dem Sofortprogramm für eine soziale Politik

-Zur Sicherung der Lebensinteressen der Bevölkerung brauchen wir eine andere, eine soziale Politik. Dafür hält das NEUE FORUM folgende Eckpunkte für notwendig:

... 6. Grund und Boden sind wesentliche Grundlage eines funktionsfähigen Gemeinwesens und gehören in die Verfügungsgewalt der öffentliche Hand. Deshalb muß jeder Verkauf von kommunalem, landes-und bundeseigenem Boden eingestellt werden. Besonders die Notverkäufe zur kurzfristigen Stabilisierung der kommunalen Haushalte, die oft unter dem Druck von Investoren und Banken erfolgen, sind zu stoppen und rückgängig zu machen. Dabei sind die Möglichkeiten zur Enteignung und Sozialisierung zu nutzen (Grundgesetz, Baugesetzbuch).

Grund und Boden sind durch die Kommunen ausschließlich in Erbpacht als umfassendes boden- und haushaltspolitisches Instrument zu vergeben.

Die Planungshoheit der Kommunen muß erhalten bleiben und ist nach sozialen und ökologischen Erfordernissen auszuüben. Für alle Immobilienverkäufe ist ein Vorkaufsrecht der Kommunen durchzusetzen.

7. Wohnen ist als Grundrecht anzuerkennen. Jede Wohnungspolitik muß deshalb den Charakter öffentlicher Dienstleistung tragen. Damit menschenwürdiges Wohnen für alle bezahlbar wird, ist Wohnraum vor Spekulation, Eigentums- und Kapitalmißbrauch wirksam zu schützen. Jegliche Privatisierung des kommunalen Wohnungsbestandes muß verhindert werden. Alle Sozialbindungen des Mietwohnungsbestandes bedürfen einer dauerhaften Sicherung.

Notwendig ist die Beibehaltung der Mietpreisbindung im Osten über das Jahr 1994 hinaus und deren Wiedereinführung im Westen. Mietpreiserhöhungen bei Neuvermietungen sind zu verbieten. Eine Zweckentfremdung von Wohnraum ist wirksam zu verhindern. Wohnungsnotstand und Obdachlosigkeit müssen durch soziale Wohnungsbauprogramme beseitigt werden. Dafür sind die bisherigen Steuergeschenke an den privaten Wohnungsbau umzuschichten. In städtischen Wohngebieten ist die notwendige Sanierung mit Bundes- und Landesmitteln, unabhängig von Eigentumsvorbehalten, durchzusetzen. Eine umfassende Beteiligung der MieterInnen ist zu verwirklichen. ...- ●

400.000 WOHNUNGEN GEFÄHRDET

Bezahlbaren Wohnraum sichern

Der Einigungsvertrag verhindert eine eigenständige Wohnungspolitik im Osten Deutschlands. Nach einem kurzen Blick in die Geschichte des ostdeutschen Wohnungswesens leitet der Autor Minimalforderungen ab, um die akut gefährdeten Wohnungen vor Spekulation zu retten.

Die Sorge um die bezahlbare Wohnung ist neben der Gefährdung der Arbeitsplätze und der Massenarbeitslosigkeit zu einem existentiellen Grundproblem geworden. Daß die Miet- und Wohnungspolitik ganze Bevölkerungsschichten bedroht und zunehmend ins soziale Abseits drängt, wird zwar viel diskutiert, aber Massenproteste wie in der Tarif- und Beschäftigungspolitik kommen nur selten zustande. Den Tücken und Ungerechtigkeiten des bundesdeutschen Rechtssystems – vor allem mit seinen gewalttätigen Eigentumsansprüchen – und der zwangsweisen Anpassung des ostdeutschen Wohnungswesens an die kapitalistische Immobilienpraxis stehen die MieterInnen vereinzelt und hilflos gegenüber.

GNADENLOSES EXPERIMENT

Das marktwirtschaftliche Experiment ist inzwischen in der gnadenlosen Wirklichkeit angekommen: Die MieterInnen befinden sich in Abhängigkeit von Wohngeld und Sozialhilfe, in Angst vor der nächsten Mieterhöhung und in Ohnmacht vor dem bürokratischen Apparat und ständig neuen Rechtsunsicherheiten.

BANKROTTPOLITIK DER DDR

Jahrzehntelang hat die SED-Propaganda verlautbart, die -Wohnungsfrage als soziale Frage- bis 1990 zu lösen. Entstanden sind die Schlafstädte in der bekannten Plattenbauweise, wie zum Beispiel in Berlin-Marzahn oder Rostock-Lichtenhagen. Kritik an dieser ökonomisch, sozial und ökologisch verfehlten Wohnungspolitik, die die schlimmsten Sünden bundesdeutscher Bauweise mit zehnjähriger Verspätung wiederholte, wurde als staatsfeindlich gebrandmarkt. Konsequenz dieses inzwischen erneut sanierungsbedürftigen Bauens auf der grünen Wiese, war die massenhafte Vernichtung von Wohnraum in den Innenstädten durch Leerstand, Verfall und Abriß. Gerade dagegen hatte sich seit Mitte der 80er Jahre Widerstand aus der Bevölkerung in Initiativen und Aktionen entwickelt. Deshalb verband sich auch mit der Revolution im Herbst 1989 die Forderung und Hoffnung nach einer von den Menschen ausgehenden und von den BewohnerInnen mitbestimmten Wohnungspolitik.

FOLGEN DES EINIGUNGSVERTRAGES

Stattdessen kam durch das Prinzip -Rückgabe vor Entschädigung- der quälende und absurde Prozeß zur Wiederherstellung der Eigentumsverhältnisse wie vor 1945, der die Gerichte bis ins Jahr 2020 beschäftigen wird. Statt Aufbau sind Stagnation und Chaos die unmittelbaren Folgen. Andererseits beschloß die Bundesregierung in zwei Schritten Mieterhöhungen um etwa 700 Prozent, mit denen die Grenzen der sozialen Belastbarkeit erreicht oder sogar überschritten wurden.

KONSTRUIERTE ALTSCHULDEN

Die im Einigungsvertrag konstruierten Altschulden brachten die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften um ihre Kreditwürdigkeit. Damit wurden notwendige Investitionen für Sanierung und Instandsetzung verhindert und der öffentliche Wohnungssektor vom privaten Kapitalmarkt abhängig.
Ergebnisse dieser Politik:

- Westmieten bei Oststandard und Osteinkommen sowie ständig neue Mietforderungen;
- weiterer Verfall von Wohnraum, bei gleichzeitiger Bedrohung durch private Luxusmodernisierung;
- Zusammenbruch des ostdeutschen Wohnungsbaus durch den fast vollständigen Rückzug der Öffentlichen Hand.

Die BürgerInnen Ostdeutschlands müssen auf diese Weise für den Zustand der Wohnungen und Häuser zum zweiten Mal zahlen: vor 89 mit niedrigerem Lebensstandard, heute an die Eigentümer und Banken.

Mit den Beschlüssen der SPD, der CDU und der FDP sowie aller Landesregierungen zum -Solidarpakt- wurde der ostdeutschen Wohnungspolitik ein erneuter schwerer Schlag versetzt.

IM INTERESSE DER SPEKULANTEN

Die Bundes- und Landesregierungen folgten offenbar dem Druck der Lobby von Spekulanten, Banken und Immobilienmaklern. Die -Teil-Entschuldung- der kommunalen Wohnungsgesellschaften wurde an die Bedingung der Privatisierung von 15 Prozent des kommunalen Wohnungsbestandes geknüpft. Weit über 400.000 Wohnungen wären von dieser Privatisierungswelle betroffen. Eine weitere Vernichtung von bezahlbarem Wohnraum und allgemeine Mietsprünge wären die unmittelbaren Folgen. Außerdem verlangen die -Restschulden- eine zusätzliche Mieterhöhung von einer Mark pro Quadratmeter spätestens ab 1995 – oder die notwendigen Sanierungsarbeiten bleiben weiter auf der Strecke.

FORDERUNGEN:

Jede Wohnungspolitik muß an folgende Forderungen anknüpfen:

- Beibehaltung der Mietpreisbindung im Osten über das Jahr 1994 hinaus und keine weiteren Beschaffenheitszuschläge 94;
- dauerhafte Sicherung des kommunalen Wohnungsbestandes und der Belegungsrechte
- keine weitere Privatisierung von Mietwohnungen;
- Weigerung der Kommunen, Zwangsprivatisierungen durchzuführen;
- bundes- und landesfinanzierte Programme zur Sanierung der innerstädtischen Wohnungsgebiete, unabhängig von Eigentumsvorbehalten;
- Verbot des Kaufs und Verkaufs von Rückübertragungsansprüchen als eines der perversesten Auswüchse des Eigentumsrechts;
- Wohnungsbauprogramme im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus. ●

Roland Baron
NEUES FORUM Berlin

BEGINENHOF GMBH: WOHNRAUM FÜR FRAUEN IN BERLIN

WOHNEN

...dort soll die Frauenstadt...

...auf einem fetten und fruchtbaren Boden errichtet werden, dort, wo alle Früchte wachsen, sanfte Flüsse fließen und die Erde überreich ist an Dingen jeglicher Art.. (Christine de Pizan)
Im letzten CONTRASTE-Schwerpunkt »Wohnen« haben wir das damalige Beginenwerk in Berlin vorgestellt, das eine Wohnungsbaugesellschaft für Frauen plante. Nach verschiedenen Diskussionen hat sich die Beginenhof GmbH gebildet, die nun ihr konkretes Konzept vorstellt.

Ricarda Buch, Redaktion Frauen ● Zweifellos hat es die von Christine de Pizan im Jahre 1405 im »Livre de la Cité des Dames« beschriebene Frauenstadt nicht gegeben. Die Autorin schildert die Frauenstadt vielmehr als fiktiven Zufluchtsort zahlreicher tugendsamer, berühmter, vornehmer und kluger Frauen aus Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Möglicherweise kannte sie jedoch die von den Beginen, einer weltlichen Ordensgemeinschaft von Frauen errichteten Höfe, die noch heute in Flandern zu sehen sind. Die Beginen waren eine religiöse Frauenbewegung im Mittelalter, deren Anhängerinnen in ganz Europa zu finden waren. Sie übten vor allem karitative Tätigkeiten aus, entwickelten im Gegensatz zu dem von der (männlichen) Kirche propagierten Bild des Gottvaters eine eigene frauenspezifische Gotterfahrung und lebten wirtschaftlich autonom in Hofgemeinschaften zusammen. Diese Höfe – meist um einen Innenhof angeordnete Reihenhäuser standen alleinstehenden Frauen aller Altersgruppen und Frauen mit Kindern offen und waren zum Schutz der Bewohnerinnen häufig mit Mauern umgeben. Oft waren die Einzelwohnungen nur vom Innenhof aus zugänglich. Die Stadt Köln besaß im Jahre 1320 89 Beginenhöfe – und wo sind sie heute?

Die Beginenhof GmbH – Wohnungs- und Siedlungsbau für Frauen – wurde Ende des letzten Jahres von 11 Frauen aus unterschiedlichen Bereichen in Berlin gegründet, um die Wohnsituation von Frauen in Berlin und Umland zu verbessern. Ursprünglich sollte mit dem Verein Beginenwerk kooperiert werden. Leider ließ sich dies nicht verwirklichen, da unterschiedliche Auffassungen über die Vorgehensweise beim Aufbau einer Frauen-Wohnungsbaugesellschaft bestanden. Mittlerweile ist die Beginenhof GmbH eingetragen und stellt im folgenden ihr Konzept auf der Suche nach Anlegerinnen vor.

BEREITSTELLEN VON WOHNRAUM

Die Beginenhof GmbH beabsichtigt in ihrem ersten Vorhaben den Bau von 30 – 50 Eigentumswohnungen ab 50 qm (förderfähiger) Wohnfläche in einem Wohnhof innerstädtischer Lage sowie deren Veräußerung an alleinstehende und alleinerziehende Frauen.

Langfristig wird der Bau von Sozialwohnungen für Frauen mit niedrigen Einkommen angestrebt. Voraussetzung zum Erhalt von Fördermitteln für den Bau von Sozialwohnungen ist ein Eigenanteil am Bauvolumen in Höhe von 15% – eine beträchtliche Summe beim Wohnungsbau. Dies muß die Beginenhof GmbH erst einmal erwirtschaften. Eventuelle Gewinne sollen hierzu verwendet werden. Die Beginenhof GmbH plant zunächst den Bau von preisgünstigen Eigentumswohnungen für Durchschnittsverdienerinnen mit Nettoeinkommen ab 2.200 DM.

SICHERUNG VON WOHNRAUM FÜR FRAUEN

Es sollen keine Eigentumswohnungen für spekulative Zwekke geschaffen, sondern den Bewohnerinnen langfristige Wohnsicherheit geboten werden. Dies setzt vertraglich abgesicherte Mitsprache aller Bewohnerinnen bei der Verwaltung und Weiterveräußerung voraus. Bedingung für den Wohnungserwerb wird deshalb der Beitritt zur Liegenschaftsgenossenschaft oder Eigentümerinnengemeinschaft der Hofbewohnerinnen sein. Die Ausgestaltung der Bindung untereinander soll mit den Erwerberinnen gemeinsam entwickelt werden.

STEIGERUNG DER WOHNQUALITÄT VON FRAUEN

Es soll Frauen eine Form von Wohnen ermöglicht werden, in dem sie ihre sozialen und kommunikativen Bedürfnisse entfalten können. Dabei wird bei der Planung der Wohnungen und des Wohnumfelds von den Wünschen der zukünftigen Bewohnerinnen ausgegangen. Entsprechend den individuellen Vorstellungen der Bewohnerinnen soll der Wohnhof die baulichen Voraussetzungen für neue Wohn- und Lebensformen schaffen. In diesem Zusammenhang wird an die Entwicklung von Gemeinschaftseinrichtungen und/oder Ansiedlung wohnbezogener Dienstleistungen, die auch kommerziell ausbaufähig sind, gedacht. Solche Gemeinschaftseinrichtungen/Dienstleistungen könnten sein:

- Werkstätten
- Ateliers
- Spiel-, Kultur- und Sport-möglichkeiten
- Altenbetreuung mit Gemeinschaftsküche
- Gebäudereinigung
- Café
- Sauna
- zentrale Waschküche
- gemeinsame Vorratskeller
- Gemüse- und Kräutergarten
- ....

Die erste Wohnhofkonzeption wird in Form von Planspielen mit zukünftigen Erwerberinnen derzeit entwickelt.

UMWELTFREUNDLICHES BAUEN UND WOHNEN

Ökologische Baumaßnahmen sind eine Kostenfrage. Dennoch sollen die Wohnungen unter Einbeziehung umweltfreundlicher Bautechniken und -materialien gebaut werden, z.B. Wärmedämmung durch Fenstergewächshäuser und Isolierverglasungen, Verwendung von Recycling-Baumaterialien sowie Ökofarben und -lacke, Warmwasserbereitung durch Sonnenkollektoren, Wassersparmaßnahmen, (wie Grauwasserrecycling und eine Regenwassersammelanlage) und die Verwendung von Solarzellen bzw. Wärmekraftkopplungsanlage zur Stromgewinnung/-ausnutzung. Zusammen mit den Bewohnerinnen soll ein Müllvermeidungs- und -recyclingkonzept entwickelt und umgesetzt werden. Je nach Standort des Wohnhofs soll ein umweltfreundliches und sicheres Verkehrskonzept entstehen (Nutzung von Fahrrädern, gemeinsame Autos, nächtlicher Transportdienst). Auch das nähere Wohnumfeld soll nach umweltfreundlichen Gesichtspunkten gestaltet werden.

WOHNBEZOGENE ERWERBSMÖGLICHKEITEN

Die Wohnhofkonzeption sieht die Entwicklung und/oder Ansiedlung von wohnbezogenen Dienstleistungen z.B. Betreuungsdienste für ältere Bewohnerinnen oder Kinder vor. Je nach den Wünschen und Ideen der Nutzerinnen lassen sich nachbarschaftliche Dienste auch zu einem kommerziellen Angebot für die nähere Umgebung ausbauen, z.B. kann aus gemeinsamen Einkauf und der Lagerung von Ökoprodukten aus dem Berliner Umland der Naturkostladen im Wohnhof entstehen, aus der nachbarschaftlichen Kinderbetreuung der Kinderladen. Hier sind der Phantasie keine Grenzen gesetzt und es wird auf die Initiative der Bewohnerinnen gesetzt.

NUTZUNG VORHANDENER WOHNUNGSBAUFÖRDERMITTEL

Frauen, die Wohnungen von der GmbH erwerben wollen, können – solange sie innerhalb bestimmter Einkommensgrenzen liegen – Wohnungsbaufördermittel für selbstgenutztes Eigentum oder für den integrierten Mietwohnungsbau beantragen. Auskünfte hierzu erteilt die Investitions Bank Berlin. Neben zinsverbilligten Darlehen können beim Erwerb von Eigentumswohnungen auch Steuererleichterungen geltend gemacht werden.

GESCHÄTZTER FINANZBEDARF

Benötigt wird ein Baugrundstück von ca. 4.000 qm Fläche, dessen Preis 10 bis 20% über dem Verkehrswert liegen darf. Diese Preise sind in innerstädtischen Lagen nur noch bei landeseigenen oder Treuhand-Grundstücken zu haben.

Eine 50 qm Wohnung könnte bei einem Grundstückspreis von 500 DM/qm 265.000 DM kosten. Dies ist allerdings eher niedrig angesetzt, da die durchschnittlichen Baukosten in Berlin derzeit bei 5.450 DM liegen. In diesem Fall würde eine 50 qm Wohnung bei einem Grundstückspreis von 500 DM/qm 312.000 DM kosten.

SCHAFFUNG VON ANLAGEMÖGLICHKEITEN

Die Beginenhof GmbH – Wohnungs- und Siedlungsbau für Frauen – bietet folgende Investitionsmöglichkeiten an:

1. **Zukünftige Erwerberinnen** können sich bereits jetzt am Grunderwerb beteiligen, indem sie mindestens 10.000 DM auf das Sonderkonto der Beginenhof GmbH bei der Ökobank e.G. einzahlen. Sollte bis zum 1.5.94 kein Grundstück erworben sein, bekommen die Erwerberinnen ihr Geld in voller Höhe, jedoch ohne Zinsen zurück. Es wird vertraglich abgesichert, daß die einbezahlte Summe nur zum Grunderwerb für das erste Vorhaben dient.
2. **Stille Gesellschaft** (für Erwerberinnen nicht möglich): Frauen können sich als stille Gesellschafterin mit mindestens 5.000 DM an der Beginenhof GmbH beteiligen. In diesem Fall handelt es sich um eine Teilnahme am Gewinn und Verlust der GmbH. Da das Unternehmen in der Aufbauphase ist, beteiligt sich die stille Gesellschafterin auch am unternehmerischen Risiko. Bis zur Veräußerung der Wohnungen werden Verluste gemacht, so daß die stillen Gesellschafterinnen in dieser Phase eine Verlustzuweisung erhalten, die als Werbungskosten steuerlich geltend gemacht werden können. Derzeit wird diskutiert, ob auch Männer stille Gesellschafter werden können.
3. **Private Darlehen:** Die Beginenhof GmbH nimmt auch private Darlehen in Höhe von mindestens 1.000 DM entgegen. Die Darlehen werden entsprechend einer Wertgleitklausel von 1% über der jährlichen Inflationsrate verzinst. Das heißt: Beträgt die Inflationsrate im Jahresdurchschnitt 7%, wird das Darlehen zu 8% p.a. verzinst.
4. **Bürgschaften:** Es können auch Bürgschaften in Höhe von mindestens 5.000 DM übernommen werden, um dadurch bei der Aufnahme von Krediten behilflich zu sein. Der Name der Bürgin wird zum Dank für ihr Vertrauen in den Grundstein des Beginenhofs eingemeißelt werden.

ZUM RISIKO

Wie bei jedem Wirtschaftsunternehmen, ist eine Anlage auch bei der Beginenhof GmbH mit einem Risiko verbunden. Im Wohnungsbau werden aber auch langfristige Werte geschaffen, die eine sichere Kapitalanlage ermöglichen. Dies trifft besonders für das selbstgenutzte Wohneigentum zu.

Der Beginenhof GmbH werden natürlich in der Anfangs- und Aufbauphase hohe Kosten entstehen, die nur zum Teil über Bankkredite finanziert werden können. Ist ein Grundstück erworben, entstehen weitere beträchtliche Kosten durch die eigentliche Bautätigkeit. Deshalb soll erst mit dem Bau begonnen werden, wenn 80% der geplanten Wohnungen bereits verkauft sind. Grunderwerbskosten, Erschließungs- und Planungskosten, Betriebskosten der GmbH, Kapitaldienst und Baukosten bestimmen letzlich die Höhe des zu zahlenden qm-Preises der zu erwerbenden Wohnung.

Um die Kosten kalkulierbar zu halten, soll ein Generalunternehmer mit der Durchführung der Bautätigkeit beauftragt und ein fester Preis dafür vereinbart werden.

Unmittelbar nach dem Erwerb des Grundstücks und der Fertigstellung des baulichen Konzepts wird mit der Veräußerung der Wohnungen begonnen. Nach einem halben Jahre sollen diese verkauft sein. Dann beginnt die Bauphase und nach 24 Monaten sollen die Wohnungen bezugsfertig sein. ●

Weitere Auskünfte sind erhältlich bei:
Beginenhof GmbH
Wohnungs-und Siedlungsbau für Frauen
Friedrichstr.165, 10117 Berlin
☎ (030) 229 17 58

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

BUCHBESPRECHUNG

Die eigenen vier Wände

»Wohnen kann den Wahnsinn oder die Langeweile der erotischen Biografie streifen. Es ist das irrationale und teuerste Ereignis von Dauer im Leben. Wenn es ans Begründen dieser Performance des Ich geht, versagt meist die Sprache, das heißt, die Wunschbilder, die geheimen Erfahrungen und die Leidenschaften werden wortreich zugedeckt. Die Verschwiegenheit eines Ortes zum Wohnen ist jenes unbeschreibliche Vertrautsein, das wir mit ihm teilen«.

Der dies schreibt heißt Gert Selle und bekleidet eine Professur für Kunstpädagogik an der Uni Oldenburg. Obwohl exponiert im Bereich der Design-Geschichte, greift er hier zurück auf Mythen, Psychoanalyse und Menschheitsgeschichte. Und so beantwortet er Fragen wie: »Was nützen Gardinen im 13.Stock«, oder, »warum gilt heute nur vor dem Kaminfeuer Schweigen nicht als peinlich?« Er beschäftigt sich mit allen Details einer Wohnung, eines Hauses und geht ihrer Bedeutung auf den Grund. »Schwelle«, »Fenster«, »Tafel«, »Kasten«, aber auch »kollektivem Gedächtnis des Wohnens« sind seine Kapitel gewidmet und der Leser oder die Leserin erfahren, aus welcher Sichtweise auch immer interessiert, erstaunliches. Modernes Wohnen z.B., so der Autor, sei an den Werten gemessen konstant konservativ. So liest das Buch sich viel eher wie ein geschichtlicher Streifzug denn ein Sachbuch zum Wohnen. Nur leider: die Illustrationen, schwarz/weiß, sind teilweise so dunkel ausgefallen, daß sich die Frage stellt, ob das Bild mit modern gestalteter Kochstelle und Namen des Elektrogeräteherstellers für ein evtl. gewünschtes Sponsoring die ausreichende Qualität gehabt hat. Aber auch wesentlichere Bilder verlieren deutlich. Hier wäre die sonst angenehm vermißte Technizität des Buches in Sachen Bilderdruckqualität durchaus wünschenswert gewesen.

küma

Die eigenen vier Wände – zur Verborgenen Geschichte des Wohnens
1993, 224 Seiten, 34,– DM, Campus

NIE WIEDER FLEISCH !

Für eine vegetarische Revolution

Die Freiheit des Einen ist nur möglich in der Freiheit des Anderen. Das Glück des Einen ist unmöglich durch das Unglück anderer. Dies gilt, wenn Freiheit und Glück ein dauerhaftes Gut und nicht die Illusion des Augenblicks ist. Mancher glaubt sich glücklich mit dem, was er anderen gestohlen hat, aber solches Glück ist von der Angst eigener Unterlegenheit überschattet. So ist es auch mit der Freiheit, weil die Angst vor der Rache der Unfreien die Freude am Genuß der Freiheit verdirbt.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Die Hamburger-Farm-Musikanten, Redaktion Naturkost ● Glück und Freiheit haben immer etwas erweiterndes, selbstloses, bekehrendes und explosives an sich. Sie wollen nie bei einem Einzelnen verweilen, sondern sich sogleich auf alle und alles ausbreiten. Sie bleiben nicht bei einem Menschen stehen, sondern wollen auch seine Familie und Nachbarn beglücken und dann auch gleich die ganze Menschheit befreien. Aber die Menschheit fühlt sich nicht frei, solange die Natur geschändet und die Tiere versklavt werden. Das ist der einfache und einzige Grund der vegetarischen und friedlichen Ernährung und Lebensweise. Freiheit für die Tiere! Nie wieder Fleisch! Wie fangen wir das an?

Es ist eine grundlegende Änderung der Verhältnisse in Kultur, Wirtschaft, Militär- und Staatspolitik erforderlich. Jene Umstellung, die die Menschen vor 6.000 Jahren in unserm Land vollzogen, indem sie vom Sammeln und Jagen auf den Ackerbau übergingen, wird die Jungsteinzeitliche Revolution genannt. Diese, besser gesagt, landwirtschaftliche Revolution ist in ihrem Ausmaß höchstens vergleichbar mit der industriellen Revolution. Das Wort Revolution wird oft in der Begeisterung für einen Tyrannensturz als ein recht vordergründiges Ereignis mißverstanden – und, oh Wunder, hernach zeigt sich dieselbe Sorte Mensch an der Macht. Nur enorme gesellschaftliche Veränderungen sind Revolutionen und werden nach den wichtigsten Merkmalen der Veränderung benannt. Die Hinwendung zu pflanzlicher Ernährung wäre ohne Zweifel eine vegetarische oder ökologische Revolution. Übrigens wissen spätere Generationen unsere Ziele immer besser in Worte zu fassen als wir, die wir noch danach suchen.

Dieses kriegerische Jahrhundert muß am Ende einer Entwicklung stehen, deren wichtigstes Merkmal das Gegeneinander war. Es muß eine Epoche der Kooperation folgen, denn so wie wir in ökonomischer Hinsicht an die Grenzen des Wachstums gestoßen sind, so sind wir auch an die Grenze der Führbarkeit von Kriegen gestoßen. Das sind unbedingte Grenzen, innerhalb derer keine Entwicklung mehr möglich ist. Diese Grenzen überwinden wir nur durch einen Ausstieg aus dem System der Konfrontation, durch einen Umstieg in friedliche Lebenszusammenhänge der Zusammenarbeit – welche übrigens bei hochentwickelten Völkern wie InderInnen und ChinesInnen schon eine lange Tradition besitzt. Nun muß diese Lebensweise globalen Umfang annehmen, allerdings ohne Kastenwesen und hydrologischer Despotie (chinesischer Wasserwirtschaft). Statt dessen muß das westliche egalitäre Prinzip (Egalité = Gleichheit, eine der drei Grundforderungen der französischen Revolution) mit dem friedlichen Vegetarismus der InderInnen und ChinesInnen verbinden, samt einem modernen ökologischen Bewußtsein von den gegenseitigen, komplexen Abhängigkeiten allen Lebens. Die Propheten der Zukunft werden Gandhi, Tolstoi, Schopenhauer und Martin Luther King heißen!

Mit dem Ziel einer vegetarischen Revolution müssen wir das Politisieren aufgeben, jenes politische Spekulieren und Kalkulieren, das sich an Regierungen, Parteien und Bürokraten wendet in der Erwartung, daß jene mit Hilfe von Gesetzen und sonstigen staatlichen Maßnahmen die gewünschten politischen Veränderungen einleiten. Das ist die bequeme Vorstellung einer Revolution von oben, die alle müden RevolutionärInnen, ob PazifistInnen, Hippies oder VegetarierInnen, überkommt (die nach der Niederschlagung der Pariser Kommune auch Marx überkommen ist, nicht aber Bakunin!).

Ist die pazifistische Protestgeneration gegen den amerikanischen Golfkrieg eine späte Frucht der Hippie-Blumenkinder? Waren es die zu LehrerInnen und PädagogInnen etablierten Ex-Hippies, die der heutigen Jugend die Sorge und regelrechte Angst um die Umwelt, um Armut, Hunger und Weltfrieden eingegeben haben? Ein Teil der seinerzeit ebenfalls ungeduldigen Jugend hatte geglaubt, die politisch Verantwortlichen zur Umkehr bewegen zu müssen. Sie war jedoch resigniert angesichts der Borniertheit der Alten. Ihr Politisieren, Reformieren und Parlamentarisieren hat die restaurativen Phasen des deutschen Herbstes, der Freßwelle, der Genußwelle, der Terrorismushetze usw. nicht überstanden. Hingegen die Zivilcourage eines einzelnen Schulmeisterleins, das lebendige Beispiel alternativer Aussteiger, der Mut einzelner Bauern zur Umstellung auf Bioanbau, sie überstehen die Anfechtungen der Reaktion besser und überzeugen tiefer als das Geschrei der Tagespresse.

RELIGIÖSER UND ETHISCHER VEGETARISMUS

Kritik an der Ernährung mit Fleisch gab es schon immer. Die ältesten Zeugnisse dieser Kritik sind religiöser Art. Aus den alten Hochkulturen Chinas, Indiens, Griechenlands und Italiens sind auch schon ethische Kritiken bekannt, die heute erstaunlich aktuell klingen. Eine andere Art der Kritik, auf die wir später eingehen, zeichnet sich dadurch aus, daß sie nicht an religiöse und ethische Gefühle appelliert, sondern in materialistischer Art vorrechnet, daß Fleisch essen Ausbeutung, Armut und Reichtum bedingt und daß der Hunger in der Dritten Welt durch die Futtermittelimporte für unser Vieh verursacht wird. Es ist ganz richtig, nicht nur spirituell zu argumentieren, sonst wird alles heilig und Glaubenssache und bald kommt's gar nicht mehr drauf an, ob du es auch einsiehst. Daß die Bischöfe hingegen das feinste Geflügel und zarteste Kalbfleisch vertilgen, hat schon viele vom Glauben abgebracht.

Vielen ist bekannt, daß die Vorschriften der Religionen zum Fleischverzicht einen sehr praktischen Grund haben. In den heißen Ländern, wo der Islam verbreitet ist, ist es sehr gefährlich, Schweinefleisch zu essen, weil es besonders schnell verdirbt. Zu der Zeit, wo jenes Gebot in Kraft trat, waren die hygienischen Bedingungen schlechter als heute bei uns. Das religiöse Gebot war also von hygienischem Nutzen für das Volk. Im dicht besiedelten Indien würde Viehzucht die Ernährung der Menschen gefährden, denn das Vieh frißt sieben mal so viel Pflanzennahrung, wie es der Mensch in Form von Fleisch erhält. Da die Kühe heilig sind, dürfen sie nicht geschlachtet werden. Die Heiligsprechung der Kuh bewirkt, daß die InderInnen fast ausschließlich Vegetarier sind.

Der Hinduismus lehrt den schönen Gedanken, daß alles Eins sei, in allem sei Gott oder die All-Seele Brahman. Diese gemeinsame große Seele sei in den nur scheinbar getrennten Einzelwesen (Atman) vorhanden und kehre nach dem Tod jedes Einzelwesens zur All-Seele zurück. Darum heißt es: was der Mensch irgendeinem andern Wesen antut, das tue er sich selbst an. Die höchste Forderung für einen Hindu ist das Ahimsa, das Nichttöten, Nichtverletzen und Nichtschädigen. Mahatma Gandhi hat diese Lehre des Hinduismus in überzeugender Weise vorgelebt und verbreitet.

Ein beliebter Irrtum hat sich im Christentum gehalten, wonach Jesus am -Abendmahl- vor seiner Kreuzigung das Osterlamm gegessen habe. Der wahrscheinlich zuverlässigste Bericht von Johannes (13,1,ff) bekundet, daß die Kreuzigung einen Tag vor Passah stattfand. Auch waren die Gemeinden der UrchristInnen für ihren Vegetarismus und Antialkoholismus bekannt. Im Essener Johannisevangelium ist Jesus Lehre so überliefert: -Wer tötet, der tötet sich selbst. Und das Fleisch der geschlachteten Tiere wird in seinem Leibe zu seinem eigenen Grab werden.- Bekanntlich hat die wesentlich später gegründete römische Kirche viele Änderungen und Anpassungen hingenommen, was immer wieder zu theologischen und sozialen Auseinandersetzungen führte.

Ist es religiös oder philosophisch, wenn **Schopenhauer** sagt: -Die Menschen sind der Teufel auf der Erde und die Tiere die geplagten Seelen- ?

Wilhelm Busch, ja, auch er ein Philosoph, sagte: -Wahre Kultur gibt es erst, wenn nicht nur die Menschenfresserei, sondern jeder Fleischgenuß als Kannibalismus gilt.-

Herbert Marcuse, einer der wichtigsten Aufwiegler der Studentenrevolte 1968, sagte: -Was der Mensch dem Menschen und der Natur angetan hat, muß aufhören, radikal aufhören, und dann erst und dann allein können die Freiheit und die Gerechtigkeit anfangen.-

Leo Tolstoi: -So lange es noch Schlachthäuser gibt, so lange wird es auch Schlachtfelder geben.-

Gandhi: -Wer seine Ernährung auf Tiermord aufbaut, dem mangelt es an der Feinfühligkeit des Gewissens und der verbaut sich die höchsten Möglichkeiten innerer Entfaltung.-

Schließlich noch **Albert Schweitzer**: -Die Ethik der Ehrfurcht vor dem Leben macht den Unterschied zwischen höherem und niederem, zwischen wertvollerem und weniger wertvollem Leben nicht. Wer von uns weiß, was das andere Lebewesen an sich und in dem Weltganzen für eine Bedeutung hat?-

MATERIALISTINNEN GEGEN FLEISCHKONSUM

Im Gegensatz zu ethischen und religiösen Argumenten gegen den Fleischverzehr stehen die des materialistischen Lagers. Das sind die SozialistInnen und KommunistInnen. Und natürlich können auch MaterialistInnen westlich kapitalistischer Prägung rein empirisch und medizinisch argumentieren. Ethik und Religion lehnen sie als Einbildung ab und wollen sich nur auf das verlassen, was materiell vorhanden und beweisbar ist, also was sich in Zahlen ausdrücken läßt. (Selbstverständlich gibt es zwischen Idealismus und Materialismus Überschneidungen. Aber die Gegensätze, die den großen Widerspruch in der Geschichte seit 200 Jahren ausmachen, müssen wir deutlich sehen.)

Die SozialistInnen erklären alle Probleme mit der gesellschaftlichen Ungleichheit, mit der ungerechten Verteilung der Güter und mit der Ausbeutung der Armen durch die Reichen. Die Grenze zwischen arm und reich wird in diesem Fall zwischen den Industrieländern und den Hungerländern der 3. Welt gesehen. Dieser neue Kolonialismus, genannt Imperialismus, wird unter dem, verschiedene Strömungen des Sozialismus einigenden, Begriff des Antiimperialismus bekämpft. Die größte Schwäche des Antiimperialismus ist, daß keinesfalls ein Konsumverzicht von Fleisch und dergleichen gefordert wird. Ebenso wie man mit teuren Autos zu den häufigen Demos gegen Energiekonzerne fährt. Die geringe Bereitschaft der SozialistInnen, ihre Ziele im eigenen Leben zu verwirklichen und sie statt dessen vom Staat zu fordern, macht sie höchst unglaubwürdig. Darum bleiben auch die politischen Forderungen der AntiimperialistInnen seltsam abstrakt. Man hat oft den Eindruck, als erheben sie immer noch dieselben Forderungen wie zu Zeiten Stalins. Neu in ihrer Argumentation sind lediglich die Wirtschaftszahlen, mit deren Hilfe sie die Ungerechtigkeit, den Hunger in der 3. Welt, der hauptsächlich durch unsern Fleischkonsum verursacht wird, beweisen. Das ist auch wirklich ein Verdienst, mit welcher Sorgfalt immer wieder von Neuem die Ungerechtigkeit in der Welt vorgerechnet wird. Der übermäßige Fleischverzehr in den Industrieländern wird vehement angeklagt. Es wird das Wirtschaftssystem angeprangert, das bei uns Überfluß und in der 3. Welt Hunger bewirkt. Und es wird zum Boykott der Fleischindustrie aufgerufen, welche auf dem Futtermittelimport aus Hungerländern basiert. Von der Kritik ausgenommen wird allerdings die fleischerzeugenden kleinbäuerliche Landwirtschaft, vor allem wenn sie biologisch Fleisch erzeugt.

Aber einmal an die Macht gekommen, zeigten sich die MaterialistInnen in der Ernährungspolitik fast immer skrupellos. Sowie eine sozialistische Befreiungsbewegung in einem Land an die Macht gekommen war, begann sie mit der Befreiung von oben und verordnete eine sozialistische Zwangsgerechtigkeit. Sie griff zu einer dirigistischen Wirtschaftpolitik und steuerte die Preise, Wechselkurse und Zinsen. In der verordneten Wirtschaft wurde nicht mehr und auch nicht genug für die Armen produziert und mangels Privatinteresse verkamen die Produktionseinrichtungen. Vetternwirtschaft, Korruption, gigantische Haushaltsdefizite und Geldentwertung waren die Folge. In Osteuropa ist der Fleischkonsum gewaltig. ProletarierInnen ohne tägliche Fleischration wurden von sozalistischen SchriftstellerInnen mit Vorliebe als bemitleidenswerte Hungerleider dargestellt. Die politisch Verantwortlichen hielten es für eine Prestigeangelegenheit, in diesem Punkt nicht nur westliches Niveau zu erreichen, sondern es zu übertreffen. Dabei waren Qualitätsfragen von geringer Bedeutung. In der auf vordergründige Zahlen angelegten östlichen Planwirtschaft zählten nur Kilos und Preise. Die ganze Landwirtschaft wurde als ein betriebswirtschaftliches Rechenexempel betrachtet, in dem nur Flächen, Arbeitszeit und Ertrag zählten. Tierschutz.B.ewegungen gegen Massentierhaltung konnte es dort nie geben, sie paßten einfach nicht in ein System, das sich in seiner materialistischen Betrachtungsweise erschöpfte.

Anstatt die Vorschläge der kapitalistischen Wirtschaft konstruktiv aufzugreifen und die vorrangigen ökologischen Probleme anzupacken, bleiben die AntiimperialistInnen in ihrem ideologischen Gestern hängen. Angesichts der heutigen Weltmarktlage die Autarkie der afrikanischen Länder zu fordern, ist verfehlt, weil die Bevölkerung selbst nach den Segnungen der Industrieländer verlangt. Zurück geht es nicht. Vorwärts hieße aber einen Schritt weiter zu gehen als Weltbank und IWF und zusätzlich zur Weltmarktpreisanpassung eine Umweltpreisanpassung zu fordern. Die volkswirtschaftliche Mitberechnung des Umweltpreises ist unter ÖkologInnen in Europa und Nordamerika schon lange im Gespräch. Doch die AntiimperialistInnen, so jung sie sich auch vorkommen, bleiben den Ideen des alten dirigistischen Sozialismus verhaftet. Vielleicht steckt auch nur eine utopische Träumerei von den unberührten Naturvölkern dahinter, die uns wahrlich viel lehren könnten über den ökologischen Umgang mit der Natur. Aber in die Zukunft müssen die Konzepte dennoch führen. Es reicht nicht, sich an der Vergangenheit zu berauschen, und dann die Neue Welt am Schreibtisch zu konstruieren. Die Veränderer müssen täglich an und in dieser Welt mitarbeiten, und möglichst nicht nur Feierabends, sondern auch am Tag auf dem Acker oder in einem Ökobetrieb.

AKTIVER VEGETARISMUS

Bloß keine Sekten bilden!

Religiös-ethisch begründeter Vegetarismus und sozialistisch-materialistisch begründeter Fleischverzicht sind zwei Pole des Vegetarismus, wo sich die Geister scheiden. Letzterer ist oft Theorie, ersterer begnügt sich oft in egoistischer Weise mit dem eigenen Bauch. Häufig wissen Gruppen der einen Richtung nichts von dem, was die andern tun. Obwohl die Grundforderung dieselbe ist, leistet man sich den Luxus der Sektenbildung. Vielfach wenden sich auch die Argumente der einen gegen die andern, sodaß sie sich gegenseitig herabsetzen, anstatt gemeinsam stärker zu handeln. Gewiß gibt es viele gute Gründe, sich auch über Nebensächlichkeiten zu streiten, wenn man in der Hauptsache einer Meinung ist. Aber man darf sich ja grade nicht aus dem Weg gehen, um jene feineren Unterschiede kennen zu lernen. Dieser Hang zur Bildung kleiner Sekten ist vielleicht nur eine Art, wirklich konsequenten Handlungen aus dem Weg zu gehen.

Alle Sekten zeichen sich durch Rechthaberei und mangelndes Auseinandersetzungsvermögen aus. Man hört Andersdenkenden nicht zu und nimmt sie höchstens noch als Bekehrungsobjekte wahr. Offene Augen, Unvoreingenommenheit und die Bereitschaft, sich mit gegensätzlichen Anschauungen zu befassen, sind ihnen verloren gegangen. Klar, Sekten können auch Massen ergreifen, wie der Stalinismus und der Hitlerismus, aber klein sind und bleiben sie – geistig! In der Enge ist kein Platz für die Vielfältigkeit des Lebens. Da sind z.B. VegetarierInnen seit zwei Jahren auf dem Salattrip und gebärden sich so selbstgerecht, als könnten sie nie mehr rückfällig werden. Solcher Dogmatismus wird bei der nächstbesten Niederlage in einen alles verachtenden Zynismus umschlagen, wie man ihn von den AnhängerInnen besonders brutaler Sekten kennt (Mun, Scientology, Crowley ...). Die zahmeren Sekten erweisen sich nur als Einstiegsdroge der verunsicherten, sinnsuchenden Menschen. Bei jeder inneren Krise wird die Sekte gewechselt, bis der autoritätsfixierte Mensch in einem wirklich unentrinnbaren Käfig der FreimaurerInnen, StalinistInnen, Sanyassins oder Nazis (jawohl, richtig gelesen!) landet. Mit 20 sieht die Welt ja noch so bunt und unverfänglich aus. Aber man sehe sich mal die 40-50-jährigen an, die alle Stationen des Psychoterrors und der Politcliquen durchlaufen haben! ... das blüht jedem/r, der sich länger auf Cliquenwirtschaft einläßt. Der Vegetarismus der Vergangenheit ist häufig von solchen Sekten heimgesucht worden. Man hüte sich vor den Diamonds (-Sonnenkost-Therapie-)! Auch die Bruker-AnhängerInnen weisen teilweise das Erscheinungsbild einer Sekte auf, die sich weniger durch eine neue Idee als durch ihren Guru miteinander verbunden fühlen.

Fortsetzung nächste Seite

FORTSETZUNG VON SEITE 10

Jede soziale Bewegung kann zur Sektiererei werden, wenn die anfängliche Abenteuerlust der Vernunft und dem Realismus des wirklich Machbaren weicht. Der kühne Entwurf einer alles neu ordnenden Weltanschauung versinkt im Sumpf alltäglicher Kleinigkeit. So wollen kleinmütige Biohausfrauen nur noch mit dem Kochbuch die Welt verändern und ihre Männer, oder neudeutsch: Lebensgefährten, spitzen die Bleistifte für die Grüne Partei und andere engstirnige Ökovereine. Wirklich machbar erscheint nur, was sich in Regeln fassen läßt, alles was sich eingrenzen, beengen und disziplinieren läßt. Das Ungeplante, Spontane, Phantastische ist unmachbar für alle, die meinen, eine Veränderung unseres Lebens durch Verordnungen herbeiführen zu können. Daß die -Realos- in so einer Mißkonstruktion wie der Grünen Partei ans Ruder kamen, war vorhersehbar. Im Vegetarismus wäre so eine bürokratische Erstarrung nicht nötig gewesen, in der Naturkost noch weniger. Zwar wird der Vegetarismus schon seit 100 Jahren von den Vereinsmeiern unterwandert, aber es ist immer noch ein unauslöschbarer und sich stets erneuernder Rest Bewegung vorhanden. Man beachte nur die erfolglosen Disziplinierungsversuche verschiedener lokaler Tierschutz-Vegetariergruppen durch den Vegetarierbund.

Die Naturkost scheint die Jahrhundertkrankheit des Totalitarismus ereilt zu haben. Je dogmatischer, desto gründlicher ging sie kaputt. Aus der Utopie wurde Kräuterquark. Dr. Brukers Zuckersyndrom wurde ganz zwangsläufig zu Biogummibärchen. Der kühne Entwurf wich der Engstirnigkeit ökologischer SpezialistInnen, die in Medien wie -Ökotest- alles und nichts beweisen. Eine Utopie braucht keine Beweise, denn dann sinkt sie auf das Niveau von Robespierre und Stalin, der Guillotinisten der Revolution. Es ist ganz klar, daß ein/e VegetarierIn den Verzehr von Fleisch- , Milch- und Eierzeugnissen meidet. Aber nicht wegen seines Bauches, sondern um das Schicksal dieses Planeten willen. Und falls er doch einmal merkt, wie gut ihm ein Lammspieß mit Ziegenkäse, Torte aus Weißzucker und Sahne oder Kaffee und Alkohol schmecken, dann braucht er damit nicht heimlich tun. Wer in Askese flüchtet, hat die menschliche Natur nicht begriffen und verleugnet seine eigene. Wer hysterisch reagiert, wird beim nächsten Mal umfallen wie ein egoistischer Sanyassin. Wir wollen diese Welt ändern. Aber wir sind ein Teil von ihr und die Welt will auch uns ändern. Die Achtung vor den Mitmenschen und die Liebe zu dieser Welt und der Kultur ist die Ursache dafür, daß wir uns nie völlig distanzieren können und immer wieder eingeholt werden.

Wenn aber derart vor der Gefahr der Sektenbildung gewarnt wurde, muß doch auch auf die befruchtende Kraft solcher Gruppen hingewiesen werden. Denn solche Zusammenschlüsse entstehen immer erst, wenn in der Gesellschaft ein Mangel besteht, der durch diese Gruppen teilweise aufgedeckt wird. Und der streitbare Eifer um der Sache einer vegetarischen Ernährung willen ist unbedingt notwendig. Nur sollte der Eifer um einer Sache willen nicht umschlagen in den Eifer um einer Partei oder Sekte willen.

ALLMÄHLICHER KULTUR- UND BEWUSSTSEINSWANDEL

Revolutionäre Ungeduld kann zwar viele Menschen zur Begeisterung hinreißen und scheinbar das Unterste nach oben kehren, aber sie verstellt auch den Blick für die Allmählichkeit gesellschaftlicher Prozesse. Wie in der Evolution gibt es auch in der Gesellschaft 1. sprunghafte und 2. allmähliche Veränderungen. Darüber hinaus ergeben alle sprunghaften Veränderungen in ihrer Summe auch nur ein allmählich verändertes Gesamtbild. Unsere Begeisterungen für plötzliche Erfolge rührt von unserer mikroskopischen Wahrnehmungsweise her, mit der wir die Gegenwart, den einzelnen Tag erleben. Wir Eintagsfliegen halten uns gerne für den Mittelpunkt von Raum

und Zeit. Den eifrigen Flugblättern und Handzetteln vieler TierschützerInnen merkt man die Übereile an, als hätten sie noch nicht mal Zeit zum Nachdenken. Statt Hysterie brauchen wir Liebe, Geduld und Einfühlungsvermögen. Diese hohen menschlichen Eigenschaften werden uns schon durch das Ziel des friedlichen Miteinanders von Mensch und Tier aufgegeben. Haß gegen jüdische Pelzhändler und Anspielungen auf KZ's sind genauso abwegig wie die Gleichsetzung von Jägerei und Faschismus oder Vergewaltigung und Tierzucht.

Jean-Jacques Rousseau, der so klar wie keiner zuvor die Menschheit auf ihren Lebenssinn im Einklang mit der Natur hingewiesen hat, bezeichnete die Mitleidsfähigkeit als die eigentliche Fähigkeit, die den Menschen zum Menschen macht. Schopenhauer, der Philosoph und Fürsprecher der vom Menschen gequälten Tiere, hielt das Mitleid für die alleinige moralische Triebfeder, welche bei den Menschen weiter gebildet werden muß, um sie aus der gegenwärtigen Barbarei herauszuführen. Die verschiedenen Völker dieser Erde rücken schneller zusammen, als sie ihre Verschiedenheit begreifen können. Diese Überforderung führt zu Abgrenzungen und Fremdenhaß. Die Sklaverei beruhte auch auf der Geringschätzung Fremder, und nur langsam gelangt aufgrund von Einfühlungsvermögen und Mitleid die Erkenntnis ins allgemeine Bewußtsein, daß Fremde nicht minderwertig sind. In Bezug auf die Tiere muß dasselbe geschehen und geschieht ja auch schon. Um das Einfühlungsvermögen in das Wesen der Tiere, in ihre Seele und Leidensfähigkeit zu fördern, müssen wir unsern Mitmenschen diese Tiere näher bringen. Es wird allerdings nicht so leicht sein, einen ernsthaften Bewußtseinswandel zu erreichen, weil die Menschen heute immer weniger Wirklichkeit erleben, weil die technisierte Umwelt ihnen nur noch Plüschtierchen, Zoo und Ersatzabenteuer im Fernsehen zu bieten hat. Die Verlockung, mit spektakulären Aktionen in die Presse und ins TV zu kommen, ist auch zu groß. So macht's Green Peace, aber das ist Schauspielerei, sie bringen sich ins Gerede und pflegen ihr Image. Welche Schritte wir auch unternehmen, um das allgemeine Bewußtsein zu fördern, wir müssen uns darüber klar sein, daß es darum geht, eine ganze Kultur zu ändern. Wirklich hat sich das Bewußtsein erst geändert, wenn es ein Kulturgut geworden ist, wie etwa die Ablehnung der Todesstrafe. Und daß Kultur auch verfallen kann, das dürfen wir nicht übersehen. Die Barbarei des Dritten Reiches etwa ist ein schlimmes Beispiel von Kulturverfall. Aber auch für den Kulturverfall gilt die Notwendigkeit historischer Prozesse, die auf den Trümmern Besseres wachsen läßt.

DIE NEUE ETHIK

Kein Fleisch zu essen ist keine neue Idee. Und die Religionen und Philosophien, die zum Vegetarismus raten, sind auch nicht neu. Wer unsere heutigen Sorgen mit Marx- oder Jesus-Zitaten bedienen will, erntet zwar einige Überraschung, aber ein unangenehmes Gefühl bleibt, daß einem irgendwie über den Mund gefahren worden sei. Alte Ideen auszupacken ist immer unglaubwürdig, denn es müssen vor allem Antworten auf die Fragen der Gegenwart gefunden werden. Wohlgemerkt, die alten Religionen und Weisen geben wertvolle Erklärungen, aber sie haben auf damalige Fragen geantwortet und wir können ihre Antworten bestenfalls in die heutigen Verhältnisse übersetzen.

Jede Zeit braucht ihre eigenen Antworten. Die alten Religionen kannten die industriell-technische Revolution nicht und konnten keine Vorstellung von der engen weltwirtschaftlichen Verbindung aller Länder und Völker haben. Es müssen daher Anworten gefunden werden, die alle Religionen und Völker übergreifen. Schopenhauer hat unter anderm aus dem Studium der indischen Religion allgemeine Lehren aufgestellt, die sowohl vom Christentum als auch vom Hinduismus und Buddhismus vertreten werden können. So muß es weiter gehen. Wir brauchen eine alle Menschen, Tiere und die ganze Natur einschließende Ethik. Eine Ethik, die allem Leben ein Lebensrecht zugesteht. Und dies nicht als unverbindliches Wischiwaschi, etwa als new-age-mäßige zärtliche Umarmung des Globus, sondern in genauer Kenntnis der Lebenszusammenhänge, der Ökologie dieses Planeten Erde.

Es scheint gewissermaßen ein Naturgesetz zu sein, daß Revolutionen nur der Jugend vorbehalten sind. Die Jugend war schon immer das revolutionäre Subjekt, egal ob es um bürgerliche, proletarische oder antiimperialistische Umwälzungen ging. Die unter ihnen vertretenen Älteren und Alten lassen sich von dem Schwung der Jugend fortreißen, und finden sogar bisweilen, wie Klopstock, bei der Jugend Gehör. Bis auf solche Ausnahmen aber keinen Kompromiß mit dem System der Alten, mit ihrer Fernseh-Kultur, Massenkonsum-, Wirtschaft und Supermarkt-Politik! Das alles hängt zusammen und ist ein und dasselbe System der Entfremdung vom Menschen, von der Menschlichkeit und von der Natur.

Josef Beuys hat einmal eine Rentnergruppe stundenlang durch seine Ausstellung in Kassel geführt und ihnen ausführlich seine revolutionären Kunstbegriffe erklärt. Als man ihn nachher fragte, warum er sich solche Mühe gegeben habe, sagte er: das sei doch die Generation, der die Zukunft gehöre, und die die Revolution machen werde. Wir wollen die Alten nicht mißachten und die Gesellschaft spalten, aber die zukunftsweisenden Veränderungen erwarten wir von der Jugend und wie Beuys von einigen innerlich jung und aufmüpfig gebliebenen Älteren. Nur sie sind die beweglichen Teile der Gesellschaft, der Rest ist erstarrt in Institutionen, Parteien, Vereinen, Bürokratien und in ihrem materialistischen Konsumalltag! Gewiß sollen auch ihnen solche Veränderungen zugute kommen, wie allen der Abbau der Atomwirtschaft zugute kommt, die doch nur von den radikalen ökologischen Antiatomgruppen erstritten wurde. Jugend kann, muß aber nicht, revolutionär sein. Was ist von den Wohlstandskiddies, von der

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

mit Schokolade und Zuckerwatte großgezogenen autonomen und Punk-Jugend zu erwarten? Die Jugend des untergehenden Roms konnte auch nur noch saufen und unverschämt sein. Man darf sich nicht verwirren lassen und Großspurigkeit für umwälzend halten. Ihr Charakter ist nicht Willensstärke sondern Eigenwillen, also Selbstsucht, ein Unterschied, der oft übersehen wird. Nicht nur im Zusammenhang mit den Frankfurter Startbahnprozessen, auch bei vielen andern Gelegenheiten konnte man sich nur wundern, wie schnell die Aussagewilligen aus der Untersuchungshaft entlassen wurden. Im Gegensatz zu anderen Strömungen galt weder den Autonomen und noch weniger den stalinistischen Antiimps Selbstdisziplin und Wohlstandsverzicht als Tugend. Tugenden waren überhaupt nicht Gegenstand ihrer Forderungen.

POLITIK DER STRASSE

Eine revolutionäre Generation aber braucht Tugenden und Willensstärke, sonst sind es Waschlappen. Gesellschaftliche Änderungen mit einem primitiven Anspruchsdenken zu fordern, so wie es oft die Linken und SozialistInnen taten, ist grundverkehrt. Wer andere zur Umkehr bewegen will, muß die Ideale vorleben, muß ein Beispiel des Vegetarismus geben.

Aller gesellschaftlicher Druck, der allein politische Änderungen bewirkt, kann nur von unten kommen. Politik wird nur auf der Straße, das heißt, in der lebendigen gesellschaftlichen Öffentlichkeit gemacht. Die Politik der Regierungen besteht nur darin, entweder alles abzuwürgen oder aber dem Druck der Straße zu folgen. Deshalb: anstatt die Schaffung entsprechender Gesetze bezüglich Tierschutz, Rüstung oder Lebensmittel zu feiern, sollten wir einzig und allein die Anstrengungen der außerparlamentarischen Bewegungen würdigen.

Die Staatssekretäre und gewichtigen Minister sind Trittbrettfahrer unseres politischen Willens. Man kann bildlich sagen: so wie sie Sklaven der Schwerkraft ihrer Bäuche sind, so gehorchen sie auch dem äußeren politischen Druck, je nach ihrem Vorteil. Aber daß sie in allem ihren eigenen Vorteil suchen, führt auch zu der immer wieder beklagten Kompromißlerei. Zudem gibt man den PolitikerInnen die Gelegenheit, sich am Ende als die eigentlichen Akteure hinzustellen. Deshalb dürfen wir uns unsere Sache nicht aus der Hand nehmen lassen. Und ein Gesetz bedeutet noch gar nichts, wenn es nicht im Bewußtsein der Menschen zu einem Gesetz, zu einem Kulturgut geworden ist. Konkret, was sollen wir mit den PolitikerInnen über die Tierquälerei der Legehühner in den Käfigen diskutieren? Gewiß, jeder soll es einmal selbst versuchen um zu merken, wie wertlos ein Politikerwort ist, wie sie sich aalglatt aus allem herauswinden – aber immer schön geputzte Schuhe und Schlips. Das sind Aushängeschilder der Macht und keine Menschen. Hinter ihnen verbirgt sich die korrupte Macht der Mäc Donalds und Bayer Leverkusen.

ALTERNATIVEN ALS KRITIK

Mehr als Gesetze und mehr als politischer Kampf gegen ... gegen ... hat der KAMPF FÜR etwas bewirkt! Der Einsatz der so oft verspotteten MüslianhängerInnen vor allem in den euphorischen 70iger Jahren hat den Grund gelegt für den Bioboom der 80iger (auch für die AbsahnerInnen natürlich). Darauf kommt es also eigentlich an, auf unsere Begeisterung für das, was wir aufbauen wollen. Darum müssen wir NUR in der Gesellschaft wirken, unter den Menschen, mit den Mitteln, die von Mensch zu Mensch wirksam sind. Das einfachste Mittel ist das Gespräch, sodann unser eigenes Verhalten gegenüber den Tieren und den Fragen der Ernährung. Weiterhin wirken wir durch unsere Medien, wohlgemerkt UNSERE Medien, nicht die der Bertelsmänner und Springer. Denn die kapitalistischen Medien haben nur eine Überzeugung: den Profit! Heute verkaufen sie einen Tierquälerskandal, morgen Terrorismushetze gegen Tierbefreier und übermorgen machen sie Reklame für Mäc Donalds. Aktiver Vegetarismus begnügt sich nicht mit Reformhauslatscherei und einem Stelldichein in der gestylten Bioboutique. Aktiver Vegetarismus ist äußerst kritisch gegenüber der Vermarktung seiner Ideen. Vegetarische Verbrauchercoops sind vielleicht ebenso nützlich wie ein Bioladen, aber der Egoismus des gesunden Bauches kann auch hier regieren. Des weiteren sind die Biobauern, sowie Anbauverbände und überhaupt alle damit befaßten Institutionen aufmerksam zu beachten. Einzelne aktive VegetarierInnen werden zwar kaum das breite Spektrum aller ökologischen Initiativen beurteilen können, aber deshalb soll man sich noch lange nicht bequem auf seine egoistische Gesundheit konzentrieren. Der aktive Vegetarismus muß sich auf alle ökologischen Gebiete erstrecken.

Die Biowelle, schon der Name sagt, daß es inzwischen mehr Mode als eine aktive ökologische Gestaltung der Umwelt ist, die Biowelle verebbt bereits. Das merken vor allem diejenigen Biobauern und Bioläden empfindlich, die seit 10-15 Jahren dabei sind. Heute lohnt sich die Umstellung auf Bio nur noch für den, der eine gute Kapitalsausstattung mitbringt. Und wer es in den 10-15 Jahren nicht verstanden hat, erheblich Kapital abzuschöpfen, der sieht sich nahe am Abgrund. Nur mit wesentlich erhöhtem Kapitaleinsatz, ähnlich wie bei der Massentierhaltung, läßt sich heute noch ein Einkommen erwirtschaften. So hat der herrschende Kapitalismus sich in die Ökoalternativen hineingekauft! Gleichzeitig sinkt die Einsatz.B.ereitschaft für ökologische Ziele, denn es wird mehr und mehr am Geld gemessen. Die 90iger Jahre brauchen eine radikalökologische Umgestaltung!

UND NICHT ZULETZT: GESCHICHTSBEWUSSTSEIN

Aktiver Vegetarismus muß sich außerdem mit seiner politischen Vergangenheit auseinander setzen. Jener Vegetarismus, der in Deutschland das Dritte Reich überlebt hat, war gleichgeschaltet. Daher kommt es, daß uns heute noch der offizielle Vegetarierverein und sein ganzes Umfeld sowie die übriggebliebenen Reste der Lebensreform so verdächtig konservativ vorkommen. Hitler war auch Vegetarier – eine in jeder Diskussion verfängliche Feststellung! Sie deutet mehr an als sie aussagt. Sie deutet ein politisches Mißtrauen gegen jene an, die nie so ganz mit der Sprache herauswollen. Immerhin ist auch erstaunlich, mit welcher Liebe die konservativen Vegetarier und Naturbrüder das Andenken derer pflegen, die zur Zeit des Dritten Reiches zu Ansehen gekommen sind. Und wie konsequent sie z.B. die revolutionären Vegetarier von 1848 (Struve, Baltzer, Hahn) vergessen. Gustav Struve wird im Lehrbuch für ReformhausverkäuferInnen, Kapitel -Vorläufer-, mit zwei Zeilen bedacht, während Are Waerland zweier voller Seiten würdig ist. Und was ist mit Kollath und Bircher-Benner, die zu einer Kooperation mit dem nationalsozialistischen Gesundheitswesen bereit waren? Oder gar, woran immer wieder erinnert werden muß: wie konnte es geschehen, daß Eden-Honig im KZ Dachau produziert wurde?! ●

(Lesehinweis: Es lebe das Vegetariat! über die Geschichte des Vegetarismus in Deutschland, auch während des 3. Reiches, 8,00 DM, Packpapier Verlag, Postfach 1811, 49008 Osnabrück)

obiger Text von der Autorengruppe "Hamburger-Farm-Musikanten" wurde entnommen aus folgender Schrift:

NIE WIEDER FLEISCH!
80 Seiten, illustriert, 6,-

Ein vegetarisches Pamphlet gegen besinnungslosen Konsum und unverantwortliche Produktion. Fundierte Informationen über Gesundheitsrisiken der Fleisch-Ernährung und ihrer ökologischen Folgen.

===> PACKPAPIER VERLAG, POSTFACH 1811
49008 OSNABRÜCK

INDIEN UND BANGLADESH

Sondernummer der Heidelberger Zweimonatsschrift »Brennpunkte«

Während die bundesdeutschen PolitikerInnen offensichtlich bestimmte asiatische Staaten als potentielle Absatzmärkte und aufstrebende Industrienationen erkannt haben – Kohl war im letzten Jahr in Indien und anderen asiatischen Ländern, von Weizsäcker gerade eben in Thailand, diverse andere Politiker von Rexrodt bis Gysi in China – gibt es seitens der verbliebenen Linken offensichtlich nur wenig Interesse, sich intensiver und fundierter mit den Entwicklungen in Indien und Bangladesh auseinanderzusetzen. Jedenfalls liegt dieser Schluß nahe, wenn man linke Zeitungen und Zeitschriften durchblättert. Vorbei ist die Zeit, als mit dem »Gandhi-Boom« Anfang der 80er Jahre und in Zusammenhang mit den gewaltfreien Aktionen der Friedensbewegung auch Teile der indischen Geschichte in der linken Diskussion aktuell waren.

Umso erstaunlicher ist es, daß die Redaktion der kleinen Heidelberger Zweimonatsschrift »Brennpunkte«, die als »alternative Lokalzeitung« bisher hauptsächlich im Rhein-Neckar-Raum gelesen wurde, nun den Versuch unternommen hat, in einer Sondernummer über weniger bekannte Seiten dieser Länder – in denen immerhin fast eine Milliarde Menschen leben – zu informieren. Anlaß war eine dreimonatige Reise eines Redaktionsmitglieds nach Südasien. Die Eindrücke von dieser Reise und die dort geführten Interviews bilden die Grundlage für diese »Brennpunkte«-Ausgabe. Aber auch die örtliche Nähe zum Südasien-Institut der Universität Heidelberg und die sich daraus ergebenden persönlichen Kontakte stellten sich als günstig heraus für die inhaltliche Zusammenstellung der Broschüre.

Erklärtes Ziel der Sondernummer ist es, »gesellschaftliche Bewegungen lebendig werden zu lassen, die von den vorherrschenden Medien hierzulande ignoriert oder in verzerrter Form dargestellt werden.« Den Schwerpunkt des Heftes bilden deshalb Informationen über die vielfältigen emanzipatorischen Bewegungen und Gruppen, die in allen Teilen des indischen Subkontinents zu finden sind. Dabei geht es vor allem um die sozialrevolutionäre Naxalitenbewegung und um die autonome Frauenbewegung in Indien.

Die militanten naxalitischen Gruppen sind inzwischen so stark geworden, daß sie auch in den bürgerlichen BRD-Medien immer häufiger erwähnt werden. Authentische Informationen über diese Bewegungen sind in der BRD jedoch äußerst schwer erhältlich. Deshalb fand ich das Interview mit dem Journalisten Sumanta Banerjee und den Bericht über naxalitische Aktivitäten in einem indischen Dorf sehr lesenswert. Die beiden Beiträge zeigen, wieviel die Naxalitenbewegung seit Ende der 60er Jahre bewirkt hat, vor allem in Hinblick auf die politische Kultur, machen gleichzeitig aber auch deutlich, wie weit Indien von einer grundlegenden Veränderung der sozialen Verhältnisse entfernt ist.

Wie die Naxalitenbewegung, so hat auch die Frauenbewegung in den letzten 20 Jahren viel in Bewegung gesetzt. Gut gefallen hat mir der Überblick über die Geschichte der autonomen Frauenbewegung und die Originalbeiträge von engagierte Aktivistinnen. So kritisierte z.B.: Madhu Kishwar, die Herausgeberin der Frauenzeitschrift »Manushi«, scharf die in Europa verbreiteten Klischeevorstellungen über die Frauen in Indien. Bei Begegnungen mit Menschen aus Europa mußte sie immer wieder feststellen, daß sich diese Leute mehr für Extremfälle wie z.B. Witwenverbrennungen als für das alltägliche Leben der Inderinnen interessieren. Madhu Kishwar ist der Meinung, daß durch die einseitige Berichterstattung der westlichen Medien ein schiefes Bild vom Leben der Frauen in Indien entsteht.

Einen weiteren Schwerpunkt bilden Informationen über die Adivasi, die indischen UreinwohnerInnen. Aus Anlaß des von der UNO erklärten »Jahres der indigenen Völker« finden auch in der BRD in diesem Jahr Veranstaltungen über und mit Adivasi statt. Beide Texte – der eine wurde erstmalig aus dem Hindi übersetzt, bei dem anderen handelt sich um ein Interview mit einem Ethnologen und einer Indologin von der Universität Heidelberg, die längere Zeit bei den Jenu-Kurumba in Südindien gelebt haben – vermitteln aufgrund ihrer profunden Kenntnisse dieser mir bisher nicht bekannten Sammlergesellschaft einen tiefen Einblick in die Adivasi-Gemeinschaften und darauf, wie sie sich gegen die Zerstörung ihrer Kultur zur Wehr setzen.

Schließlich finden sich in der Broschüre auch Beiträge über die Bedeutung politischer Literatur und des politischen Theaters in Südasien. Der in der Nähe von Heidelberg lebende Dichter Alokeranjan Dasgupta vergleicht dabei die unterschiedliche Einstellung der Menschen in Indien und Europa zu Kunst und Kultur und kritisiert die eurozentristische Orientierung des bundesdeutschen Kulturbetriebs.

Leider sind die aktuellen politischen Veränderungen und ihre Hintergründe ein wenig kurz weggekommen. Zwar wird in zwei Interviews – Sujit Chowdhury stellt dabei die Einstellung der wichtigen politischen Parteien in Indien und Bangladesh zum religiösen »Fundamentalismus« dar, während Vathsala Aithal den Zusammenhang zwischen religiösem Fanatismus und kapitalistischer Modernisierung thematisiert – versucht, zu verstehen, warum religiöse fanatische Gruppen in Südasien immer mehr Einfluß gewinnen. Allerdings wird das Ausmaß des ökonomischen Moderisierungsprozesses und seine Bedeutung für die gesellschaftlichen Veränderungen nur am Rande gestreift. Interessant hätte ich es auch gefunden, etwas mehr über die deutschen politischen und ökonomischen Interessen in Südasien und ihre bereits erfolgte Realisierung zu erfahren.

Insgesamt finde ich die Zusammenstellung der Broschüre – für mich als Indien-Unkundigen – recht gut gelungen und ich habe die verschiedenen Beiträge mit großem Interesse gelesen. Gewünscht hätte ich mir, daß ich am Anfang der Broschüre ein wenig mehr allgemeines Wissen über Indiens Geschichte, Wirtschaft und Kultur gefunden hätte. So mußte ich wieder auf die herrschenden Medien – in diesem Fall eine Sondernummer der Zeitschrift »Parlament« ausweichen – um dieses Manko auszugleichen. ●

Wilfried Wagner, Heidelberg

DIE GRAMEEN-BANK IN BANGLADESH – EIN ZUKUNFTSMODELL ?

Entwicklungshilfe ist Bakschisch für die Reichen

Über Entwicklungsländer wie Bangladesh wird bei uns wegen der Dominanz von westlich geprägten Medien sehr einseitig berichtet. Dank einer kürzlichen dreimonatigen Reise unseres Autors mit verschiedenen interessanten Kontakten können wir die basisorientierte Grameen-Bank für Frauen detaillierter vorstellen. Die 98 Prozent der pünktlich zurückgezahlten Kredite sind auf Bankkreise ein ungewöhnlich guter Leistungsausweis.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Günter Haverkamp, Redaktion Heidelberg ● Die Reichen des Landes haben eine Zahlungsmoral, die ihresgleichen wohl weltweit sucht. Auf dem Industriesektor werden nur 10-20 Prozent der aufgenommenen Kredite an die staatlichen Banken zurückgezahlt. Außerdem investieren die Reichen das Geld nicht in die vereinbarten Projekte. Ausgleichen muß der Staat und das natürlich mit Entwicklungshilfe. Denn die Armen können keine Steuern zahlen, und die Reichen haben Möglichkeiten genug, keine zu entrichten.

Wir lernen jedoch in Barisal, 100 km südlich von Dhaka, eine pharmazeutische Fabrik kennen, die mit modernsten Geräten ausgerüstet ist und den MitarbeiterInnen ein relativ gutes, festgefügtes Lohnsystem bietet. Sie stellt seit fast vierzig Jahren Medikamente sowohl für den Export nach Europa, als auch für das eigene Land her. Der Unternehmer investiert sein Geld ausschließlich in diese und andere Firmen im Lande. Er versucht vergebens, andere Geschäftsleute von der Richtigkeit solchen Handelns zu überzeugen. Statt dessen blüht das Importgeschäft. Wir sehen überall im Land schwer mit Kokusnüssen beladene Palmen. Doch Kokusnußöl und -milch werden importiert. Der Import ist fest in »Black-Money-Hands«.

70 Prozent der Staatsausgaben verschlingen Militär und die paramilitärischen Truppen, die schwerbewaffnet eine permanente Gefahr für die noch junge Demokratie darstellen und übelste Geschäfte unterstützen.

Anfang dieses Jahres fiel eine Marineeinheit in die Hafenstadt Chittagong ein, verwüstete mit Brandsätzen ein ganzes Viertel und tötete mehr als 100 Menschen. Der Grund? Ein Marinesoldat hatte nach der versuchten Vergewaltigung einer jungen Frau eine Anzeige der Familie nicht akzeptieren wollen. Die Demokratie hatte den Test nicht bestanden: Die Regierung griff nicht ein – die Verantwortlichen blieben unbestraft. Nach unserer Rückkehr aus Bangladesh mußten wir feststellen, daß dieser Vorgang hier völlig unbekannt geblieben ist. Entwicklungshilfe kann tödlich sein...

»Sweet money«, wie ein Gesprächspartner die Entwicklungshilfe benennt, hat die Oberschicht träge gemacht. Ohne wirtschaftliches Handeln kommt sie zu Reichtum. Einzig der Schmuggel (Waren aus Indien, Drogen aus verschiedenen Ländern), weitgehend gedeckt und gefördert von Militär und Regierung, kann als gleichwertige Einnahmequelle angesehen werden.

BANK DER FRAUEN

Gerade stehen die Frauen. Selbstbewußt und neugierig sehen sie uns in die Augen. Sie grüßen halbmilitärisch und setzen sich, fünf nebeneinander, auf den festgestampften Lehmboden. Die 35 Frauen in dem viel zu kleinen Raum des selbstgebauten Versammlungshauses wirken konzentriert, ernst, wie eine kleine Verschwörung: Wir sind in einem Ortszentrum der Grameen-Bank auf dem Lande. Grameen steht für Graswurzel.

An die Wurzel der Armut geht diese Bank tatsächlich. Offiziell als solche erst seit 10 Jahren anerkannt, hat sie bereits über 1,3 Millionen KreditnehmerInnen, davon 92 Prozent Frauen. Dies ist in einem muslimischen Land, in dem Frauen kaum Geld in die Hand bekommen, höchst ungewöhnlich.

Die Grameen-Bank lehnt Entwicklungshilfegelder strikt ab. Yunus weiß um die zerstörerische Kraft, die fremdes Geld in seinem Land anrichtet.

WIE ES BEGANN

Je länger wir uns mit dieser Bank beschäftigen, desto größer unser Staunen. Da verstand 1971 der in Harvard geschulte Wirtschaftsprofessor Mohammad Yunus den Zusammenhang zwischen Erlerntem und Wirklichkeit nicht mehr. Mit seinen StudentInnen von der Universität Chittagong besuchte er die Nichtshabenden und ging auf deren Wirtschaftsalltag ein:

Eine Frau stellte Körbe her. Sie kaufte, da ihr Kapital fehlte, die Rohstoffe teuer bei dem Händler, der ihr die fertigen Körbe für Spottpreise abnahm. Yunus gab ihr umgerechnet 10 Franken, die er in Monatsraten zurückbekam. Die Frau aber konnte an der preisgünstigsten Stelle kaufen und ohne Zwischenhandel am Markt mehr erzielen. Seine StudentInnen und er waren überrascht, wie wenig Hilfe zur Selbsthilfe die Menschen benötigten.

Prof. Yunus: »Wenn man in Bangladesh lebt, wird man sehr leicht frustiert. Und die Frustation wird übermächtig, wenn man die vor Hunger sterbenden Menschen sieht. (Große Hungerkatastrophe 1971 in Bangladesh, d.Verf.) Dann fragt man sich selbst, welche Art Ökonomie man eigentlich unterrichtet. So schien es mir, es stimmt etwas nicht, was ich aus den Büchern gelernt habe. Ich versuchte von den Menschen, die in den Dörfern um Chittagong leben, zu lernen. Ich habe viel gelernt.«

Bald zwang der Umfang der Geldgeschäfte zu Gesprächen mit den staatlichen Banken, die jedoch abwinkten – ohne Sicherheit kein Kredit, auch nicht den kleinsten. Yunus bürgte, die Banken gaben Kredite. Doch bald ließen sich die Banken auch damit nicht mehr locken. Mit diesen kleinen Beträgen könne man keine großen Gewinne machen. Sie sind an den Reichen interessiert, bestenfalls an einer mit Sicherheiten ausgestatteten Mittelklasse.

Der mutige Schritt vom Wirtschaftsprofessor zum Bankgründer gelang durch die entschlossene Mitarbeit ehemaliger StudentInnen. Fragt man den Direktor dieser Un-Bank, kommen einleuchtende Antworten. Nicht er, Yunus oder seine StudentInnen, sondern die Menschen selbst sind die Bank und bestimmen die Regeln.

DIE BANK GEHT ZU DEN MENSCHEN

Nicht die Kreditwünsche gehen zur Bank, die Bank geht zu den Menschen. Soll eine Bezirksbank eröffnet werden, gehen die Bankangestellten auf den Marktplatz, wo sie die Männer ansprechen. Die islamische Gesellschaftsordnung verbietet fremden Männern, direkt zu den Frauen zu gehen. Die Männer wissen, daß die Selbständigkeit ihrer Frauen Konflikte birgt, jedoch auch, daß sie die Lebenssituation der ganzen Familie verbessert.

Die muslimische Frau grüßt mit gesenktem Kopf, die hohle Hand ehrerbietig an die Stirn gehoben, den Blick auf den Boden geheftet. Die ersten Kreditgruppen vor 16 Jahren veränderten diesen Ritus: Die Hand ist gestreckt, wie auch der Arm, die Haltung ist gerade, dem Gegenüber wird in die Augen geblickt. Die fünf geraden Finger bedeuten nun: fünf Frauen in einer Gruppe.

Beeindruckend, mit welchem Stolz Frauen berichten, wie sich ihr Leben verändert hat. Die von ihrem Mann Verlassene hat inzwischen den sechsten Kredit, darüber zwei Kühe, ein hübsches Bambushüttchen und ein Gärtchen, erworben. In Bangladesh sind verlassene Frauen immer schuldig, bleiben daher, abseits der Gesellschaft, allein. Doch Besitz bringt Anerkennung, auch dieser Frau.

DAS BANKSYSTEM

Alles basiert auf einem sehr einfachen System. Die fast durchweg des Lesens und Schreibens unkundigen Kreditnehmerinnen lernen die Regeln auswendig. Sie sind organisiert in Fünfer-Gruppen, wählen selbst den »Chairman«, natürlich eine Frau, und die Stellvertreterin. Beide sitzen im Versammlungshaus links außen, stehen auf, wenn Auskunft über ihre Gruppe erfragt ist und geben in strammer Haltung Rapport.

Das Militärische ist unverkennbar und zunächst unangenehm. Doch wir haben in den vergangenen Monaten die normale Lebenssituation der Frauen auf dem Lande gesehen: Das Kämpferische ist eher ermutigend, sieht man die Probleme, vor denen dieses Land steht.

Prof. Yunus: »Es gibt zwei Arten von Krediten. Der Einstiegskredit ist auf ein Jahr angelegt und wird in wöchentlichen Abständen zurückgezahlt, bei einem Zins von etwa 10 Prozent. Dann gibt es einen Baukredit. Wir geben ungefähr 300 Dollar, um ein Haus zu bauen, mit einem Blechdach und verstärkten Wänden. Dieses Haus ist für sie fast ein Palast im Vergleich zu den Hütten, in denen sie leben. Für den Baukredit ist die Rückzahlungsdauer zwischen zehn und zwölf Jahren und der Zins 8 Prozent.«

Es mag erstaunen, daß die Zinslast europäischen Maßstäben vergleichbar ist: Bei den geringen Darlehen und der wöchentlichen Rückzahlung der Raten fallen diese Beträge jedoch nicht ins Gewicht. Die Bank andererseits bemüht sich, unabhängig von Fremdgeldern zu werden, eröffnet neue Niederlassungen und zahlt mit den Zinsen sämtliche Seminare und Trainingszentren.

Das Training für die Kreditnehmerinnen ist umfangreich: Hygiene, Landwirtschaft, Viehzucht, Hausbau, wirtschaftliches Handeln. Geld gibt es erst, wenn das Vorhaben einer Frau von der Fünfer-Gruppe unterstützt und von der Bank geprüft wird. Die anderen vier sind mitverantwortlich für den Kredit, wie Bürgen. Sie sind dementsprechend interessiert am Gelingen.

Bekommt eine Frau einen Kredit bewilligt, ist sie und nicht ihr Mann dafür verantwortlich. Sie hat inzwischen gelernt, wie man das Geld einteilt und muß es nun vor den eventuellen Ansprüchen des Ehemannes verteidigen. Offensichtlich funktioniert es, denn 98 Prozent der Kredite werden zurückgezahlt, und die Frauen haben den starken Rückhalt der anderen Frauen und der Bank – die Frauengemeinschaft als Hoffnungsträger.

Die Fünfergemeinschaft bleibt über lange Zeit zusammen. Ist ein Kredit abgezahlt, ist in der Regel der nächste bereits vorbereitet und abgesprochen, so daß bis zur wirtschaftlichen Unabhängigkeit gemeinsam geplant und gehandelt wird.

GESELLSCHAFTLICHE STELLUNG

Die Frau zeigt uns die Früchte der fünf Kredite: Den intensiv genutzen Gemüsegarten erreichen wir durch eine grüne Laube in der dicke Zucchini hängen, dahinter die beiden gesunden Kühe und im Haus bewundern wir die neue Kochstelle. Prangen auf dem Haus das Zeichen der Grameen-Bank, ein stilisiertes Häuschen. Der Hausbau selbst unterscheidet sich eindrücklich vom bisher gesehenen. Ein solides Fundament aus Lehm, einen halben Meter über das Landniveau ragend, ist schon eine Seltenheit in Bangladesh und bietet Schutz bei Überschwemmungen. Selbst die Bambusaufbauten zeugen von einer Investition, wie sie bei den Armen meist nicht zu finden ist. Die Augen der Besitzerin leuchten bei der Anerkennung, die wir gern zollen.

Wir besuchen einen Workshop im Bezirkszentrum. Die Gruppenvertreterinnen aus 20 Dorfbanken, etwa 40 Frauen, folgen konzentriert dem Vortrag. Zwischendurch singt eine ihr Lied über das Gelernte vor. Helle Begeisterung bei den anderen. Sie wollen es lernen. Lieder und Gedichte sind wichtige Formen politischer Kultur in Bangladesh.

Unsere Begleiterin, Frau Jannat, ist eine Frau der ersten Stunde. Seit über 15 Jahren arbeitet sie für die Idee und seit 10 Jahren für die Bank. Sie selbst ist für internationale Kontakte der Grameen-Bank zuständig. Im Workshop treffen wir eine Bengalin, aufgewachsen in Amerika. Sie schreibt ihre Doktorarbeit über die Grameen-Bank. Eine jüdische Amerikanerin, die wir ebenfalls dort treffen, will die Grameen-Bank in Ägypten einführen! Weltweit gibt es bereits zahllose Versuche, das Konzept der Grameen-Bank zu übertragen – nicht nur in sogenannte Dritte-Welt-Länder. So hat Bill Clinton als Gouverneur von Arkansas bereits vor 7 Jahren ähnliche Projekte in diesem Bundesstaat gefördert und vor der Wahl die Ausweitung auf ganz Amerika angekündigt.

GRAMEEN-BANK IN DEUTSCHLAND?

Als wir nach Bangladesh flogen, im Oktober 1992, trieb Deutschland einem Höhepunkt rassistischer Übergriffe auf AusländerInnen entgegen. Wir machten uns oft in Bangladesh Gedanken darüber, wie der Perspektivlosigkeit, die oft auch den Boden für Rassismus bereitet, begegnet werden könnte. Die Einführung der Grameen-Bank-Idee in Deutschland wäre eine Möglichkeit, zumindest dem auf Zukunftangst beruhenden Rassismus zu begegnen. Arbeitslose können durch den gemeinschaftlichen Aufbau von selbständigem »Small-Business« neue Hoffnung schöpfen. ●

DIE REISE – DOKUMENTIERT

Von Oktober 1992 bis Januar 1993 besuchten wir, meine Freundin Myriam Thyes und ich, Bangladesh. Durch unseren bengalischen Freund, der als Flüchtling nach Deutschland kam, hatten wir bereits vorab Kontakte dort. In seiner Familie in Dhaka lebten wir. Seine Freunde waren es auch, die uns Bangladesh zeigten – aus ihrer Sicht, nicht aus unserer. Wir lernten viel und brachten 30 Stunden Videomaterial und ebensoviel Audiomaterial mit. Daraus haben wir nun einen Dokumentarfilm geschnitten – 60 Minuten – der am 18.10. erstmals während der »Dritte-Welt«-Tage Düsseldorf aufgeführt wurde. Er kann als VHS-Kopie bei uns bezogen werden.

Günter Haverkamp
Böhlerweg 56 · 40549 Düsseldorf

Da müssen wir durch:

Treuhand zahlt für Kali-Kumpel.

Manche lesen die taz, weil es ihre „Traumzeitung" ist. Andere, weil sie zu ihrer Lokalzeitung noch ein Gegengift brauchen. Oder weil sie wissen, daß die taz ihrer Zeit immer ein wenig voraus ist. Und sie garantiert eine kritische Stimme gegen den herrschenden Trend zu großen Koalitionen, gerade im kommenden „Superwahljahr". Die taz hat Zukunft, aber nicht mit 60.000 verkauften Exemplaren täglich. Im Klartext: Wir suchen in diesem Jahr noch 5.000 neue AbonnentInnen. Und während überall von Entsolidarisierung in der Gesellschaft die Rede ist, will die taz durch Umverteilen mehr Menschen ein Abo ermöglichen. Dafür gibt es jetzt den **tazSolidarpakt** mit drei verschiedenen Abopreisen. Ein Großteil unserer AbonnentInnen hat sich schon bereiterklärt, den **PolitischenPreis** der taz zu zahlen (monatlich DM 49,50). Dadurch können wir das Abo jetzt auch zum **SolidarPreis** von DM 29,50 anbieten - für Niedrigverdienende & Neugierige. Daneben gibt es noch den **LeiderLeiderPreis** (DM 39,50) für diejenigen, die uns gerne mit dem PolitischenPreis unterstützen würden, es aber leider derzeit nicht können. Alles freiwillig. Vertrauen gegen Vertrauen und tazAbos für alle.

Ich mache mit beim tazSolidarpakt und abonniere: Name _____

Straße _____ PLZ/Ort _____

O zum PolitischenPreis von 49,50 monatlich (damit die taz leben kann)
O zum LeiderLeiderPreis von 39,50 monatlich (für alle, die's knapp haben)
O zum SoliPreis von 29,50 monatl. (für Neugierige und für die, die sich sonst kein Abo leisten könnten)

Zahlungsart: O gegen Rechnung O per Einzugsermächtigung (siehe unten)

Zahlungszeitraum: O vierteljährlich O halbjährlich O jährlich

Inclusive Inlandsporto. Das Abo verlängert sich um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, wenn ich nicht 3 Wochen vor Ablauf schriftlich kündige.

Datum, Unterschrift: _____

Einzugsermächtigung: Geldinstitut _____ BLZ _____

Konto-Nr. _____ KontoinhaberIn _____

Widerrufsgarantie: Die Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen (Poststempel) schriftlich widerrufen werden bei: tazAbo, PF 610229, 10923 Berlin. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum, Unterschrift _____

Den ausgefüllten Coupon schicken an: tazAboabteilung, Postfach 610229, 10923 Berlin. 806

taz, die tageszeitung.

Anzeige

ökowerk

Unser Konzept für Ihre Altersversorgung

★ Wir kümmern uns um Ihre Rente!
★ Wir versichern Sie gegen Berufsunfähigkeit!
★ Wir informieren Sie regelmäßig über wichtige Änderungen im betrieblichen Bereich!

Öko-Versorgungswerk
Fichtenstr. 42 • 4000 D'dorf 1 • 0211 – 9737151

e.V. Interessengemeinschaft ökologisch orientierter Betriebe und Selbständiger

KURZES AUS DEM GENOSSENSCHAFTSSEKTOR

Behindert

Integration in die Arbeitwelt

Vorbereitet wird für die CONTRASTE zur Zeit ein Themenschwerpunkt über Behinderte in der Arbeitswelt. Verschiedene Beispiele über persönliche Erfahrungen von Behinderten und sowie positive betriebliche Ansätze liegen bereits vor. Gesucht werden noch ein oder zwei Artikel für die Einbindung von Behinderten in genossenschaftliche Unternehmen. Bei Hinweisen, Tips oder Artikeln bitte wenden an NETZ Baden-Württemberg, Erwinstr. 29, 79102 Freiburg, Tel.: 0761/709023.

Assistenzgenossenschaft Bremen

MitarbeiterIn gesucht

Die Assistenzgenossenschaft in Bremen ist eine Genossenschaft gegründet von Menschen mit Beeinträchtigungen. Sie will Männern und Frauen, die Hilfen im täglichen Leben benötigen (Assistenz), bei der selbstbestimmten Organisation dieser Hilfen unterstützen. Zum schnellstmöglichen Zeitpunkt wird in diesem Zusammenhang ein/e behinderte/r MitarbeiterIn gesucht mit EDV-Kenntnissen und betriebswirtschaftlicher Ausbildung. Teamerfahrungen und Erfahrungen mit Bilanzbuchhaltung sind erwünscht. Die Bezahlung erfolgt nach BAT IVb. Bewerbungen sofort richten an: Assistenzgenossenschaft Bremen, Philosophenweg 17, 28203 Bremen.

Bochumer Bankeinrichtungen

Entschließung zur Selbstverwaltung

Am 8./9. Oktober 93 fand in Alfter die Vertreterversammlung der GLS Gemeinschaftsbank eG, der Gemeinnützigen KreditGarantiegenossenschaft eG und der Gemeinnützigen Treuhandstelle e.V. statt. In einer dort gemeinsam verabschiedeten Entschließung heißt es u.a.: »Vorstände und Aufsichtsrat werden aufgefordert und ermutigt, alle Maßnahmen, die der Selbstverwaltung – innerbetrieblich und zwischen den Mitgliedern bzw. Kunden – dienlich sind, zu fördern und zu unterstützen....In diesem Sinne werden begrüßt: a) Die Zusammenarbeit und weitere Regionalisierung der drei Einrichtungen durch die Begründung und Weiterentwicklung von in eigener Verantwortung tätigen Informations-, Beratungs- und Regionalstellen. b) Die Begründung und Weiterentwicklung des Ausgleichs- und Sicherungsfonds und des Solidaritätsfonds der MitarbeiterInnen, sowie die dafür im Jahre 1992 gebildeten Rückstellungen.«

Mit dem Wohnsparbrief »Forum Kreuzberg« eröffnet die GLS-Gemeinschaftsbank neben dem Wind- und Wasserkraftfonds eine weitere Anlageform. Mit dem Sparbrief soll ein Darlehen von 1,56 Mio. DM für ein Bauvorhaben in Kreuzberg zinsgünstig verwirklicht werden.

Winzergenossenschaften im Dreiländereck

Erste grenzüberschreitende Kooperation

Als erste Winzergenossenschaften im Dreiländereck (Schweiz, Baden und Elsaß) schlossen die Kooperativen aus dem badischen Bickensohl und dem elsässischen Ribauvillé ein Partnerschaftsabkommen ab. Unter anderem soll ein regelmäßiger Erfahrungsaustausch der doch sehr unterschiedlichen Weinbaumethoden angegangen werden. Treffen zwischen den Winzern aus dem Elsaß und aus Baden stehen auf dem »Programm«. Themen sind dabei der Rebschnitt und ökologische Schädlingsbekämpfung. Bei der elsässischen Kooperative sind 38 Vollerwerbswinzer beteiligt, bei der badischen rund 80. Hoffnung besteht, durch diese Zusammenarbeit auch für die Vermarktung längerfristig Erfolge zu erzielen.

Ökobank eG., Frankfurt

Ökorrespondenz mit neuem Gesicht

Die Ökobank will ihre KundInnen- und Mitgliederzeitung inhaltlich und formal neu gestalten. Anlaß sind nicht zuletzt verschiedene Kritikpunkte, die seit nunmehr fast sechs Jahren formuliert werden: Die Berichterstattung über die Bank sei zu positiv, es würden zu wenig gesellschaftspolitische Themen aufgegriffen und die Zeitung sei unleserlich aufgemacht. Aus Kostengründen wird auch überlegt, nur noch zwei Ausgaben pro Jahr zu erstellen und verstärkt bezahlte Anzeigen hereinzunehmen.

Das anvisierte Ziel der Ökobank, 1993 ein Bilanzvolumen von 205 bis 210 Mio. DM zu erreichen, kann nicht aufrechterhalten werden. Nach den gegenwärtigen Trends wird zum Jahresende das Bilanzvolumen zwischen 195 und 200 Mio. liegen. Das »Weihnachtsgeschäft« könnte hier allerdings noch eine positive Wende bringen. Auch hofft die Bank, daß der Förderbereich sich weiter ausdehnt. Alternativen zum Autoverkehr sollen zu einem wichtigen Bestandteil gemacht werden. Sie werden aus dem Förder-Sparbrief »Umwelt« zinsgünstig kreditiert.

FRANKFURTER BUCHMESSE:

Rechtsextremes und Obskures

Einen neuen Höhepunkt setzte die 45. Buchmesse in Frankfurt. 8.463 Verlage aus 96 Ländern präsentierten rund 349.000 Buchtitel, darunter 101.000 Neuerscheinungen.

Anton Mägerle, Redaktion Heidelberg ● Viele Messebesucher kamen jedoch nicht wegen des niederländischen Sprachgebiets, das den diesjährigen Schwerpunkt der Buchmesse bildete, nach Frankfurt. Im Mittelpunkt ihres Interesses lag das Fachgebiet »Neues Denken und Handeln«, das die Themenbereiche Esoterik und Okkultismus, eingeschlossen Runenmagie, Theosophie, Reinkarnation, Satanismus, sexualmagische Lehren, Hexenkult, kosmische Kräfte und Ufo-Glaube umfaßt. Esoterische und okkultische Vorstellungen erfahren seit Beginn der 80er Jahre eine Renaissance, die bisher ungebrochen ist und nun dazu führte, daß auf der diesjährigen Buchmesse der übersinnliche Hokuspokus so breit wie niemals zuvor vertreten war.

Inmitten dieser absonderlichen Gedankenwelt waren in Frankfurt auch Verlage zugegen, deren offene antidemokratische Strukturen in der Öffentlichkeit bekannt sind.

Ungeniert warb beispielsweise die »NEW ERA PUBLICATION GmbH«, das Verlagsnetz des Psycho-Multi »Scientology«, für ihren abstrusen »Dianetik«-Schmöcker, ein pseudowissenschaftliches Werk, das 15 Millionen Leser in 22 Sprachen und 90 Ländern erreicht haben soll. Im vergangenen Sommer wurde »Scientology« massiv vom »Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund« und der »Liga gegen Rassismus und Antisemitismus« kritisiert. In der Schrift »Hass und Propaganda«, die u.a. in der Bundesrepublik und der Schweiz verteilt wurde, unternahmen die Scientologen den Versuch, Parallelen zwischen der antisemitischen Propaganda in Nazi-Publikationen und den kritischen Berichten über die Scientology Organisation, die heute in der Presse erscheinen, aufzuzeigen. Sich selbst sehen die Scientologen in der Haut der Opfer und vergleichen ihre Lage mit jener der Juden und anderer relgiösen Minderheiten unter Hitler.

Mit dabei in Frankfurt war auch das Magazin »Osho Times« (Untertitel: »Osho und seiner Visionen gewidmet«), das 14tägig gleichzeitig in Indien, der Bundesrepublik, USA, Australien, Italien, Großbritannien, Japan, Brasilien, Polen und Jugoslawien erscheint. Hinter »Osho Times« steht die Sannyasin-Sekte des Philosophen Shree Rajneesh, von seiner Gefolgschaft ehrfürchtig Bhagwan (= Herr) genannt, bis sich der Meister 1989 den japanischen Namen »Osho« (= »der Gesegnete«) gab. Im Impressum von »Osho Times« wird den Jüngern des am 19.Januar 1990 verstorbenen Sektenführers, der ehemals Gruppensex zum non plus ultra erhob, heute mitgeteilt: »Wer die Osho Commune International besuchen möchte, muß einen negativen Aids-Test vorlegen, auf bürgerlichen Namen ausgestellt und nicht älter als einen Monat. Bei allen Aids-Tests muß der Negativ-Nachweis sowohl für HIV-1 wie HIV-2 erbracht werden.«

Nicht zu übersehen war auf der Buchmesse der militant antiklerikale »Ahriman-Verlag« (auch bekannt als »Bund gegen Anpassung« oder »Bund zur Verbreitung unerwünschter Einsichten«) aus dem südbadischen Freiburg, dessen Aufkleber »Fünf Milliarden sind vier zu viel. Bevölkerungsreduktion ist der beste Umweltschutz. Gilt auch für Europa« für sich selbst spricht. Im Angebot des im Frühjahr 1983 gegründeten Verlages, der schon zur Wahl der selbsternannten »Republikaner« aufrief, sind u.a. die »Ketzerbriefe. Flaschenpost für unangepaßte Gedanken«. In einer der letzten Ausgaben der »Ketzerbriefe« (»Nichtantwort beweist NATO-Postzensur«) werden darin die Scientologen bemitleidet (»Vernichtung einer religiösen Minderheit«) und die angebliche »Pogromstimmung der Bevölkerung« gegenüber dieser bejammert.

Erneut in Frankfurt dabei war das Projekt »Junge Freiheit« (JF), das ab 1.Januar 1994 das Feld der Wochenblätter im rechten Spektrum der Medienlandschaft mit einer Auflage von 100.000 Exemplaren bereichern will. Feindbild der bisher monatlich erscheinenden JF, in deren Redaktion auch zeitweilig ein enger Vertrauter des Neonazi-Führers Michael Kühnen agitierte, ist der Liberalismus und das liberalistische System. Auf der Basis dieses Feindbildes ist die JF ein Gemeinschaftsprojekt »neurechter« Intellektueller der jungen Generation, in der die ganze ideologische Spannbreite der »Neuen Rechten« abgedeckt wird. Erhältlich war am JF-Stand deren Broschüre »Büchermarkt: Herbst/Winter 1993/94«. Offeriert werden Bücher wie »Kulturrevolution von rechts« von Alain de Benoist, führender Theoretiker der »Neuen Rechten« in Europa, »Denn der Haß stirbt« von Leon Degrelle, höchstdekorierter ausländischer Offizier der deutschen Nazi-Wehrmacht oder eine Selbstdarstellung von »Jean-Marie Le Pen und die Front National«. Hingewiesen wird auf das »außergewöhnliche Programm« des österreichischen »Karolinger«-Verlages, der auch in Frankfurt zugegen war. Neu verlegt werden von dem Verlag u.a. Bücher von Carl Schmitt, dem verläßlichsten aller nationalsozialistischen Verfassungsrechtler, der in den frühen zwanziger Jahren dazu beigetragen hat, die Weimarer Republik politisch und juristisch waidwund zu schießen. Wanderer zwischen »Karolinger«-Verlag und JF-Stand war Robert Steuckers, Kopf der »Neuen Rechten« in Belgien.

Ebenfalls aus Österreich eingereist war der »Leopold Stoker«-Verlag über dessen »verlegerische Leistungen« »Nation + Europa«, das ideenpolitische Organ des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, in unregelmäßigen Abständen positiv berichtet. Kein Wunder – besteht das Verlagsangebot u.a. aus Büchern wie »Rudolf Heß – ein gescheiteter Friedensbote« des britischen Revisionisten David Irving, »Adolf Hitler – mein Jugendfreund« von August Kubizek oder »Kriegschronik der 7. Gebirgs-Division«.

In die gleiche Kerbe schlägt der »Biblio«-Verlag in der Osnabrücker »Verlagsgruppe Zeller« mit einem 160 Seiten umfassenden Militaria-Katalog. Angepriesen werden, in 12 Teilen, »Ritterkreuzträger der Deutschen Wehrmacht 1939-1945«.

Beachtung fand in Frankfurt ein »Bund für deutsche Schrift und Sprache«, der seine Gründung auf das Jahr 1918 zurückführt. Zweck des Bundes »ist die Pflege und Erhaltung der deutschen Schrift und Sprache«; eigentlich eine honorige Aufgabe. Doch schon in der Zielsetzung des Bundes wird dessen Charakter deutlich: »Wir haben allen Grund, auf unsere Muttersprache stolz zu sein, in der schon im Mittelalter Werke von Weltrang verfaßt wurden.« Ein Blick in die Vorstandsliste dokumentiert den rechtsextremen Hintergrundes der germanophilen »Schrift-u. Sprache-Schützer«. Im Vorstand vertreten sind u.a. Wieland Soyka und Carmen Körner vom Bremer »Faksimile«-Verlag. Noch in diesem Jahr will dort der Holocaust-Leugner David Irving die dreibändige Dokumentation »Adolf Hitler und die Judenfrage« abschließen, die Hitler vom »Auschwitz-Makel« befreien soll. ●

REZENSION

Karl Heinz Roth – Texte zur Autonomie

Mit »... und es begann die Zeit der Autonomie« liegt endlich eine Einführung in die bundesdeutsche Rezeption der in Italien entwickelten Theorie des Operaismus vor. Der Operaismus geht – entgegen der traditionellen Lesart des Marxismus – davon aus, daß die arbeitende Klasse durch ihren Kampf gegen die Arbeit und ihr Einfordern des »Menschenrechts« auf Existenz der Motor der Kapitalentwicklung ist. Das Kapital müsse z.B. mit technischen Neuerungen auf die durch den ArbeiterInnenwiderstand produzierte Krise reagieren. Die Einführung geschieht am Beispiel des politischen und wissenschaftlichen Wirkens von Karl Heinz Roth. Dabei wechseln sich einführende und zusammenfassende Beiträge der HerausgeberInnen mit der Dokumentation von Texten ab.

Roth ist nach seiner Zeit beim Hamburger SDS Mitglied der »Proletarischen Front«, einer politischen Strömung, die versucht, die in Italien in den Massenstreiks 1968/69 gewonnenen Erkenntnisse in Deutschland umzusetzen. Er ist einer der Theoretiker des Operaismus und veröffentlicht 1974 das Buch »Die andere Arbeiterbewegung«, das bis in Kreise von HistorikerInnen für Diskussionsstoff sorgt. Danach ist er Mitbegründer der Zeitschrift »Autonomie. Materialien gegen die Fabrikgesellschaft« und deren Nachfolgeprojekt »Autonomie. Neue Folge«.

Schon vor dem Ende der »Autonomie. Neue Folge« (1985) gründet Roth mit anderen den Hamburger »Verein zur Erforschung der NS-Sozial- und Gesundheitspolitik«. Daraus entsteht das heute anerkannte »Hamburger Institut für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts« und die mit ihm verbundene Zeitschrift »1999«. An beiden Projekten wirkt Roth mit. Er beteiligt sich an praktischen politischen Auseinandersetzungen, zuletzt der »Radikalen Linken« oder durch sein Referat auf dem »Konkret«-Kongreß (»Die Wiederkehr der Proletariät und die Angst der Linken«) und arbeitet seit 20 Jahren als Arzt.

Das Buch behandelt weniger die ausführlichen Forschungen Roth's zu Nationalsozialismus, Eugenik, Sozialpolitik oder ArbeiterInnengeschichte, sondern hat die theoretischen Grundlagen Roth's und des bundesdeutschen Operaismus, deren Herausbildung und Veränderungen zum Thema. Dabei darf mann und frau sich von der oftmals etwas bombastischen Sprache nicht abschrecken lassen, die in den 70er Jahren aus der Paraphrasierung italienischer Texte herrührte. Im ersten Teil des Buches findet sich eine Biographie von Roth und die Einführung in die Theorie des Operaismus durch die HerausgeberInnen. Der zweite Teil beschäftigt sich direkt mit Roth: Die inhaltlichen Thesen von »Die andere Arbeiterbewegung« werden referiert. In diesem Buch beschreibt Roth den Widerstand von ArbeiterInnen, die nicht dem gängigen Bild vom männlichen, deutschen Facharbeiter entsprachen, gegen die Arbeit. Dieser äußerte sich u.a. in wilden Streiks, Sabotage und Absentismus und wird für den Zeitraum von 1880 bis 1973 beschrieben. Roth entwickelt die theoretische Figur des »multinationalen Massenarbeiters« und geht zu dieser Zeit von einer Zentralität der Kämpfe im Produktionssektor für eine revolutionäre Umwälzung aus. Ein kurzer Abschnitt über den bewaffneten Kampf mit zwei Texten leitet zur »Hinwendung auf alle Bereiche proletarischen Alltags« durch Roth und die Redaktion der »Autonomie« über, die damit eine gewisse Abkehr von ihren früheren Positionen vollziehen und den Reproduktionsbereich als Ort gesellschaftlicher Kämpfe wahrnehmen. Dazu werden acht Thesenpapiere Roth's aus 1978 bis 1993, die bis jetzt nur verstreut publiziert worden waren, dokumentiert (zum Faschismusbegriff, zu Massenarmut, zur Revolte der frühen 80er, zu den neuen sozialen Bewegungen und zum »Anschluß« der DDR). Ein Interview der HerausgeberInnen mit Roth beschließt den Band.

Mit »...und es begann die Zeit der Autonomie« kann die Entwicklung eines Stranges der antiinstitutionellen Linken, der sich nicht dem traditionellen arbeitsontologischen Verständnis von Marxismus und dessen Konzept von »Arbeiterklasse« verpflichtet fühlte, und die praktische und theoretische Arbeit von Roth nachvollzogen werden. Dieser hat sich zwar oft geirrt, aber nie resigniert oder in den bürgerlichen Wissenschaftsbetrieb integriert. Seine Sympathie gilt immer noch den Geknechteten und Ausgebeuteten in allen Kontinenten; sein theoretisches Interesse der (Weiter-)Entwicklung sozialrevolutionärer Theorie. Dem Buch ist eine Verbreitung über die autonomen Linken – als deren »Cheftheoretiker« Roth manchmal bezeichnet wird – zu wünschen. »Patient Geschichte« ist eine Festschrift anläßlich des 50. Geburtstages von Roth. In dem Buch sind 20 Beiträge von AutorInnen aus dem Umfeld der »Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts« und der »1999« versammelt. Inhaltlich umfassen die Beiträge ein weites Feld historischer und politischer Themen: sie reichen von ArbeiterInnen- und Umweltgeschichte bis zu Bevölkerungspolitik. Vernichtung und Entwicklung im Nationalsozialismus, die Geschichte der Linken in Italien und Revolutionstheorien sind weitere Kapitel des Buches. Ferner gibt es einen politischen Lebenslauf Roth's, und die fast vollständige Bibliographie seiner Veröffentlichungen. Der Band gibt einen guten Einblick in die Arbeit der »Hamburger Stiftung«, deren theoretischen Standort und die Breite der dort bearbeiteten Themen. ●

Bernd Hüttner

Frombeloff (Hg.): ... und es begann die Zeit der Autonomie; Verlage Libertäre Assoziation Hamburg, Rote Strasse Göttingen, Schwarze Risse Berlin, ca. 330 S., 25 DM

K. Linne, T. Wohlleben (Hg.): Patient Geschichte; 374 S., 27 DM, nur bei 2001 Versand, Postfach, 60381 Frankfurt, Bestellnr. 11592

BUCHTIP

Die Versandbuchhandlung Weber, Zucht & Co in Kassel hat einen interessanten Katalog herausgebracht, der auf 16 DIN A4 Seiten nach Themen gegliedert, wichtige und nützliche Buchhinweise enthält. Wer speziell nach englischsprachigen Titeln zu den Themen »Anarchism, Nonviolence und Ecology« sucht, kann eine separate Liste von Weber, Zucht & Co erhalten. Im Weber, Zucht & Co Verlag in Kassel ist außerdem folgender Titel aktuell erschienen: »Gandhis Herausforderung an die Weimarer Republik« von Beate Jahn. Das Buch behandelt die Grundlagen des Gandhischen Denkens und seine Rezeption und Auswirkungen in der Weimarer Republik. Diese gründliche Analyse macht auch deutlich, worin die zeit- und kulturübergreifende Bedeutung Gandhis liegt. Das Buch ist in jeder Buchhandlung erhältlich oder direkt bei Weber, Zucht & Co in Kassel, Telefon (0561) 51 91 94. **Karl-Heinz Dietz**

JOBS

Wir wollen unser Kollektiv erweitern und suchen deshalb:
Meister/in in Heizungsbau oder
Meister/in für Gas/Wasser
Wir sind zehn nette Menschen (zwei Frauen, acht Männer), seit langem selbstverwaltet, selbstverständlich ökologisch orientiert, vorwiegend beim Bau von Solaranlagen tätig, libertär gesonnen und Mitglied in der WESPE e.V. Neustadt/Weinstr. (Zusammenschluß von selbstverwalteten Betrieben und Initiativen)
Interesse?
Dann mal los, wir warten gespannt auf Deinen Anruf.
Die WIESE GmbH
Talstr. 227
67434 Neustadt/Weinstr.
☎ (0 63 21) 3 58 13

AUCOOP-Bremen
Handwerkskollektiv sucht für die Bauschlosserei Schlosserin/Schlosser mit viel Lust auf Selbstverwaltung und handwerklicher Eigenständigkeit.
☎ (04 21) 7 30 60

JOBSUCHE

Suche Tischlerei/Kollektiv/Handwerksmeister, wo ich (m., 39 J.) weitere Erfahrungen mit Techniken Holzbau, Schriften, Abwicklung, Austragung & Treppenbau machen kann. Bin ziemlich ortsunabhängig.
Kontakt:
Kalle Kruse
Donnerschweerstr. 53
26123 Oldenburg
☎ (04 41) 88 58 31 (oft versuchen).

Herstellungsleiter Fachverlag sucht neue Tätigkeit mit mehr Sinn in Verlag, Druckerei, Papierverarbeitungsbetrieb oder auch in kultureller, sozialer Institution.
☎ (07 11) 640 67 44

Suche Beschäftigung / Beteiligung / Festanstellung im Naturkostgroßhandel (FS. Kl. II vorhanden). Bin 39 Jahre alt, ortsunabhängig, Erfahrung in allen Auslieferungstouren (Naturkost u. Sonstiges). Selbständigkeit Kollektiverf. / Einzelunternehmen / Möbeltransport u.a. ca. 10 Jahre. Handwerklich geschickt, Durchsetzungs-u. teamfähig. Bevorzugt norddeutscher Raum.
Chiffre: PRO MENA (Pro Mensch + Natur)

PROJEKTE

Der Traum heißt raus (oder?)
Für uns jedenfalls. Und deshalb laden wir Euch am 4./5.12.1993 in die Nehringstr. 34 in 14059 Berlin ein. Wir wollen eine Landkommune (im In-/Ausland) und gemeinsam mit denen, die mehr tun als davon träumen, ein Treffen zum Kennenlernen, Gedankenaustausch und Zukunftsplanung organisieren.
Gemeinsam Wohnen, Arbeiten, Ökonomie, Arbeitsbereiche (reproduktive, politische,...) u. Finanzierung. Meldet Euch möglichst montags zwischen 18 bis 20 Uhr unter (0 30) 325 79 94 (Jutta, Steff) o. 325 51 23 (Carmen).

Familie (40,40,9,3; Bankkfm., Krankenschwester) möchte anders leben und arbeiten; evtl. selbstversorgend. Etwas Geld und viel Idealismus vorhanden. Wer hat gleiches vor bzw. wo fehlen wir?
Günther und Annette Schlarmann
Kallenhardter Str. 23
59581 Warstein

Zimmerer/Gärtnerinpaar sucht Projekt. Wir beiden Landeier suchen Menschen, mit denen wir zusammen leben & arbeiten, verantwortungsvoll mit »Umwelt« umgehen und im Mitmenschlichen nach neuen Wegen suchen können.
S. Falbe
Glockenstr. 10
36251 Bad Hersfeld
Wir 12, bisher überwiegend PädagogInnen, undogmatisch links, suchen Gleichgesinnte, auch aus anderen Berufszweigen, zur Gründung einer Kommune im Raum Bremen.
Schriftliche Infos bei Frank (04 41) 38 33 28 oder Petra (04 21) 7 89 70.

Solidarisch handeln–
Cuba unterstützen
Wir beschaffen Ersatzteile für die cubanische Basisindustrie, z. B.:
• Druckindustrie
• Textil
• Ernährung
• Industriegase
• Landwirtschaft
Taller de la solidaridad
Solidaritätswerkstatt e.V.
Ludwigshöhstraße 42
64285 Darmstadt
Telefon und Fax 0 61 51/64 0 66
Spendenkonto:
Postgiro Frankfurt am Main
BLZ 500 100 60 Kto 4878 02-603
Bitte angeben, ob Spendenbescheinigung erwünscht

VERKÄUFE

Vertrieb für Umweltschutz- und Recyclingpapier im südostbayerischen Raum zu veräußern. Kundenstamm und kleiner Lagerbestand.
Chiffre: Umweltfreundlich

gewaltfrei - anarchistisch - aktiv

Die Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen (FÖGA) sucht
zum 1.Februar 1994 eineN MitarbeiterIn für eine volle (35 Std) Stelle in der

Graswurzelwerkstatt

Aufgaben: Vernetzung und Koordination von Gruppen und Einzelmenschen der Graswurzelbewegung, Öffentlichkeitsarbeit, Geldbeschaffung. Inhaltlich umfaßt die Arbeit derzeit Antirassismus, Gewalt im Alltag/von rechts, Antisexismus, Umwelt, Antimilitarismus.

Wir bieten: selbstbestimmtes Arbeiten im Team, Weiterbildung in Trainingsarbeit (für gewaltfreie Aktion, gegen Rassismus, etc).

Wir erwarten: politische Einstellung im Einklang mit der Prinzipienerklärung der FÖGA/Graswurzelrevolution (gewaltfrei, anarchistisch, anti-sexistisch) sowie Interesse am Aufbau/Unterstützung der gewaltfreien Bewegung.

Bewerbungsschluß 3.1.94. Bevorzugt wird eine Frau angestellt.
Graswurzelwerkstatt, Scharnhorststr.6, 50733 Köln,
Tel 0221 765842.

Moritz
Zeitschrift antisexistischer Männer

- bietet Männern ein Forum zum Nachdenken über das Mann-Sein im Patriarchat
- erscheint vierteljährlich mit Berichten aus der Männerbewegung, thematischen Schwerpunkten, Rezensionen und Diskussionen

Probeheft 5,- DM (Briefmarken oder Schein)
Jahres - Abo 20,-DM (4 Hefte)

Männerzeitschrift Moritz
Lindenstrstraße 82
10969 Berlin / Kreuzb.
fon 030 - 251 16 40
fax 030 - 325 68 53

SOLIDARITÄT IST EINE WAFFE !

Seit 19 Jahren unterstützt die Rote Hilfe e.V. politisch Verfolgte in der BRD.
Als bundesweite parteiunabhängige Organisation mit mehreren Ortsgruppen in der BRD versuchen wir unserem Anspruch - eine Schutzorganisation für die gesamte Linke zu sein - durch die praktische Organisierung von Solidarität, Prozeßkostenunterstützung, Veranstaltungen, Informationen zur politischen Repression u.a. gerecht zu werden. Die Mitglieder der Roten Hilfe sorgen mit ihren Beiträgen und Spenden für die Finanzierung von Anwalts- und Prozeßkosten von AntifaschistInnen, Totalverweigerern, HausbesetzerInnen, DemonstrantInnen und anderen, die wegen ihrer politischen Betätigung kriminalisiert werden.
Vierteljährlich erscheint DIE ROTE HILFE, die über politische Prozesse und die Entwicklung des Repressionsapparates informiert. DIE ROTE HILFE gibt es für 2,50 DM in vielen Buch- und Infoläden oder gegen 4,- DM (15,- DM /Abo 1 Jahr) in Briefmarken bei u.a. Adresse.

Rote Hilfe
Postfach 6444
24125 Kiel
Tel/Fax: 0431/7 51 41

Spendenkonto:
Rote Hilfe e.V.
Postbank Dortmund
BLZ: 440 100 46
Konto: 19 11 00-462

Neu im iz3w

Heute hier – morgen fort

Das Buch zu Migration, Rassismus und der (Un)Ordnung des Weltmarkts

Mit Beiträgen von:
Hanna Beneker / Eva Wichtmann • Michael Bommes / Albert Scherr • Augusta Dwyer • Peter Franke • Klaus Kriener • Graciela Malgesini • Bernhard Merk • Necati Mert • Jens Chr. Müller / Manon Tuckfeld • Lydia Potts • Nora Räthzel • Saskia Sassen • Katina Schubert • Helga Tewes • und anderen •

208 Seiten, für DM 19,–
(+ 3,– DM Porto/Verp.) bei:

Informationszentrum
Dritte Welt, Pf 5328
79020 Freiburg
Tel. (07 61) 7 40 03
Fax (07 61) 70 98 66

Buchhandel über Prolit,
35463 Fernwald
ISBN 3-92226312-7

Arbeitsgruppe 501 (Hrsg.)
Heute hier – morgen fort
Migration, Rassismus und die (Un)Ordnung des Weltmarkts

Forum Recht
Rechtspolitisches Magazin für Uni und soziale Bewegungen!

Erscheint vierteljährlich
Einzelheft:
4,00 + 1,50 Mark Porto
Jahres-Abo: 16,00 Mark

Heft 4/1993
Schwerpunkt:
Straflos glücklich?
- Warum *nicht* strafen?
- Organisierte Kriminalitäts-Politik
- DDR vor Gericht:
  Rache statt Vergeltung
- Mit Recht gegen Rechts II
- Deutsche Strafen
  — Deutsches Geld

Weitere Themen:
- Polit. Justiz, §ammelsurium u.v.m.

Probe-Abo
(ohne Verlängerung):
3 Hefte für 10 Mark
Schein oder Scheck an:

RECHT & BILLIG VERLAG
Falkstr. 13, 33602 Bielefeld

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen 5 DM (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen 30 DM (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck,Geldscheinen,nicht mit Briefmarken und nicht mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum 15. des Monats

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

LESERBRIEFE

Betr.: Beitrag zu den autonomen Medien in CONTRASTE Nr. 109 (Oktober 1993)

Kleine Rüge:
Wenn Ihr den Subbotnik in Eurem Artikel zur autonomen Medienlandschaft nicht erwähnt hättet, wäre das ja noch ganz o.k. Dann wäre das halt ein West-Artikel gewesen und gut. Durch die Erwähnung zweier Ost-Infos im Nebensatz (zzgl. der BZ), sollte aber wohl Informiertheit vorgetäuscht werden, die nicht vorhanden ist. Eine Anfrage bringt manchmal schon Ergebnisse. Und wir hätten auch niemanden ausgelacht, weil er/sie mal was nicht weiß (kann ja jeder/m passieren).
Erstens gibt es den Subbotnik seit mittlerweile 3,5 Jahren (anfangs VL-Infoheft); Zweitens gibt's im Osten mindestens: Trouble (Magdeburg), Antifa-Nachrichten, F.R.E.I.-Brief, Pflasterstein (Erfurt), Antifada (Plauen), MSE, Klarofix (Leipzig), Kommpost (Weimar), ein Antifa-Info (Dresden), szinfo (Gera), Future (Jena), außerdem noch etliche Antifa-Jugend-Infos und unregelmäßig erscheinende Blättchen.
Reicht das für's erste???
Nunja, ich kenne nicht alle, falls mir noch welche einfallen, melde ich mich...
korrigator
Thomas, Halle

Zu Ernst Lutterbecks »Anmerkungen«, CONTRASTE Nr. 110 November 1993
Prinzipiell ist auf meinen Leserbrief zu Titus Bahner zu verweisen, der schon einiges vorwegnimmt, was zu Ernst Lutterbeck zu sagen wäre.
Um der Kürze Willen nur noch soviel: Bevor E.L. die Wette wagt, hat er sie schon verloren (siehe den Brief zu Bahner). Da steigt einer in den Ring, der seine Gegner aber auch überhaupt nicht kennt. Das kann üble Folgen haben.
Als ich diesen »Beitrag« zu unserer Auseinandersetzung zunächst las, war ich zunächst über die für Anthroposophen typische Art der Denunziation verärgert. Doch dann wurde mir der eigentlich Wert des Artikels bewußt. Ich denke, man kann ihn so stehen lassen. Der Leser, die Leserin wird ein eigenes Urteil finden. So wie er verfaßt ist, stellt er tatsächlich das »scharfe Schwert des klaren differenzierenden Verstandes« dar (des anthroposophischen versteht sich). Was nun die scheinbare (Er)Kenntnis des Ernst Lutterbeck zu den »geschichtlichen Tatsachen« und zu den »komplizierten Zusammenhängen« angeht, »die (natürlich, der böswillige Leserbriefschreiber) im Rahmen des kurzen Beitrags nicht im Einzelnen erklärt werden können«, so möchte ich nur darauf verweisen, daß alle von mir angegebenen Passagen belegt sind und von der dazu bereiten Leserin, dem Leser nachvollzogen werden können. Bezeichnender Weise erwähnt Ernst Lutterbeck bei seiner Aufzählung der von mir benannten Präfaschisten keinen Wolfgang Strauß und keinen Strasser-Biographen Günther Bartsch. Vielleicht weil sie Anthroposophen sind (oder waren)?
Doch ich darf den erregten Ernst Lutterbeck beruhigen; die antifaschistische Recherche (O-Ton Lutterbeck: »wenn ich so was schon höre !«) ist mittlerweile schon ein erheblich Stück weiter; auch was die Anthroposophie angeht. Nicht nur von den »ehrabschneidendes und hirnverbranntes Geschwätz« äußernden CONTRASTE-AutorInnen.
Gerhard Kern

C. Wolf
Talstraße 136
69198 Schriesheim
Tel. 06203/61031
Fax 06203/68400

Verlag Mensch und Umwelt

Wir bieten an:

umwelt direkt
Rhein-Neckar-Magazin

Broschüren
Recherchen
Messemagazine
Text, Satz, Layout

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67
CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fliessen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion.

In Heidelberg sitzt die Stammbelegschaft, während in den Regional- und Fachredaktionen ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke sind.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann regelmäßig die internen Redaktionsrundbriefe und Einladungen zu den viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
10961 Berlin, Gneisenaustr. 2a, ☎ (030) 693 80 21; 27367 Sottrum, Redaktion Bremen, Götz Paschen, Everinghausen 42; 37073 Göttingen, Thomas Hardwig, Leinestr. 29, ☎ (0551) 770 40 26; 69035 Heidelberg, Postfach 10 45 20, ☎(06221) 16 24 67; 90429 Nürnberg, Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68; 06844 Dessau, Peter Schneider, Kurt-Weill-Str. 31, ☎ (0340) 37 93 (auch Fax); 01099 Dresden, Rothenburger Str. 43, ☎ (0351) 57 09 14; Niederlande, 1019AT Amsterdam, Waldemar Schindowski, ID-Archiv, ISSG, Cruquisweg 31, ☎ (003120) 668 58 66

Fachredaktionen :
Autonome Frauenseite: 12049 Berlin, REA, Ricarda Buch, Hermannstr. 229, ☎ (030) 621 88 62 · Fax: (030) 621 86 40; Alternative Energie/Technik: 10999 Berlin, Wuseltronik, Christian Sauer, Paul-Lincke-Ufer 41, ☎ (030) 618 50 71 · Fax (030) 618 50 75; Grafische Betriebe: 10999 Berlin, Constantin Bartning, Paul-Lincke-Ufer 44a, ☎ (030) 611 68 03; Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23; Handwerk: 69035 Heidelberg, Andreas Küstermann, Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 60 78; Sozialpolitik: 80337 München, AG SPAK, Dieter Koschek, Adlzreiterstr. 23, ☎ (089) 77 40 77; Naturkost: 49008 Osnabrück, Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73; Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 67434 Neustadt/Weinstr., Elisabeth Voß, Jahnstr. 11, ☎ (06321) 73 91, Fax (06321) 3 47 01
V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎(06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 3/92
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 69115 Heidelberg;
Satz: Ganzseitenumbruch auf TEXTLINE-PDP 5.0;
Ausgabe: Monotype-Lasercomp;
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

BTX: Seite *3821001 #

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

EINLADUNG ZUM MITMACHEN:

Projektemesse in Dresden?

Nach langen Schweigen meldet sich die Idee einer Projektemesse wieder zurück! Der Anfang, mit der Vorstellung einer Dresdener Initiative beim diesjährigen Sommerseminar des TAKAÖ in Bad Segeberg ist gemacht (siehe auch CONTRASTE Nr. 108, Sept '93). Ziel des Treffens soll es sein, einen Entschluß über Zeitpunkt, Ort und Inhalt einer Projektemesse mit europäischer Ausrichtung zu fassen. Nachdem die Idee einer solchen Messe schon einige Jahre durch die bundesdeutsche Projektelandschaft geistert, ist es nun an der Zeit, konkrete Schritte zu vereinbaren. Dazu werden u.a. VertreterInnen von Réseau Européen D' Economie Alternative et Solidaire, vom Netz e.V., vom Verband selbstverwalteter Betriebe Hessen, sowie aus mehreren Jugendumweltbüros eingeladen. Darüber hinaus ist natürlich jeder/jede, die bei der Konkretisierung dieser Idee mithelfen will, herzlichst eingeladen!

Das Treffen soll vom Freitag den 10. bis Sonntag den 12. Dezember 1993 in Dresden stattfinden.

Unter anderen sind folgende Referate und Diskussionen vorgesehen:

- Ricarda Buch, Berlin: »Kongreßteil zum Thema Europäische Finanzierungsinitiativen«.
- Waldemar Schindowski, Berlin/Amsterdam: »Inhaltliche Gestaltung des Messeteils«.
- N.N, Dresden: »Der kulturelle Aspekt«.
- UNTACD, Amsterdam (angefragt): »Europa, Rassismus, Flüchtlinge und Projektarbeit«.
- Jacec Jacobiec, Jelena Gora (Polen, angefragt): »Ökologische Projekte in Osteuropa«.
- N.N.: Bericht vom Oktobertreffen des »Europäischen Netzes«
- Werner Ehrlich, Dresden: »Möglichkeiten einer öffentlichen Förderung der Messe in Dresden/Sachsen«.

Abschließend soll über Zeitpunkt, Ort, Inhalt Trägerschaft, MitarbeiterInnen, evtl. weitere Treffen diskutiert werden mit einer hoffentlich positiven Tendenzentscheidung. Bis dann...!

Anmeldung:
CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg
☎ (0 62 21) 16 24 67

netz Hessen (VSBH)
Schäfergasse 46
60313 Frankfurt a.M.
Tel.: 069 / 131 04 07

netz NRW
Huckarder Straße 10-12
44147 Dortmund
Tel.: 0231 / 16 24 76

netz Baden-Württemberg
Erwinstraße 29
79102 Freiburg i. Br.
Tel.: 0761 / 70 90 23

netz Bremen
c/o Kulturzentrum Lagerhaus
Schildstraße 12-19
28203 Bremen
Tel.: 0421 / 70 14 61

netz Bayern
c/o IBPro
Kaulbachstraße 85
80802 München
Tel.: 089 / 34 57 23

netz NRW
Börnestraße 10
40211 Düsseldorf
Tel.: 0211 / 164 95 83

netz

Zusammenschluß selbstverwalteter und ökologisch orientierter Betriebe und Projekte

netz NRW
Staufenstraße 27
48145 Münster
Tel. 0251 / 3 31 99

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

Umwelt im Schatten der Wirtschaft
Auf dem Jugendumweltkongreß der BUND- und naturschutz-Jugend vom 28.12.1993 bis 3.1.1994 in Göttingen mit dem Titel »Umwelt im Schatten der Wirtschaft. Wer gewinnt im Ökomonopoly?« soll auch ein Themenkomplex Alternative Ökonomie und Selbstverwaltung eingebracht werden. **Informationen zur Gesamtveranstaltung:** Kongreßbüro, Pavillon der Höltyschule, Nikolausberger Weg 22, 37073 Göttingen, Tel.: 0551/541863; zum Themenkomplex Alternative Ökonomie: Verdener Umweltwerkstatt, Herrlichkeit 1, 27283 Verden/Aller, Tel.: 04231/1046.

Gemeinsam Wohnen und Leben im Alter
Zum Thema »Gemeinsam Wohnen und Leben im Alter« organisiert der Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie sein nächstes Wochenendseminar. Es findet statt vom 18.-20.2.94 in Freudenberg bei der Friedrich-Ebert-Stiftung. Anregungen, Mitarbeit, Information und Anmeldung: Elmar Sing, Löwenstr. 8, 68259 Mannheim.

Verbandsgründung in Baden-Württemberg
Am 16. Dezember wird in Freiburg oder Heidelberg die Gründungsversammlung des NETZ Baden-Württemberg durchgeführt. Betriebe und Projekte, die sich an dem weiteren Aufbau beteiligen wollen, sind gerne gesehen. **Informationen können angefragt bei: NETZ Baden Württemberg, Erwinstr. 29, 79102 Freiburg, Tel.:0761/709023**

NETZ-SEMINARREIHE:

FINANZMANAGEMENT

Doppelte Buchführung
Vom 10.1. bis 13.1.94 führt Markus S. Wetter und Maria Icking in die Grundlagen der doppelten Buchführung in Düsseldorf ein. Auch wer »ganz von vorne« anfängt ist bei dieser Weiterbildungsmöglichkeit gut aufgehoben.

Finanzierung und Liquiditätsplanung
Den 27.1./28.1.94 vermittelt Heinz Eikkelmeier die wichtigsten Kenntnisse der Unternehmensfinanzierung. Liquiditätsplanung, Überwachung der Plandaten, öffentliche Kredite und Bürgschaften sind zentrale Themenbereiche dieser Qualifizierung in Düsseldorf.

Kalkulation und Kostenrechnen
Am 27./28.1.94 findet in Düsseldorf ein Seminar zum Thema Kalkulation und Kostenrechnen in Handwerks- und kleinindustriellen Fertigungsbetrieben statt. Methoden, Einschätzungshilfen und praktische Anwendung stehen bei Heinz-Josef Engbring-Lammers im Vordergrund.

Kostenrechnen im Handel
Auf die Erfordernisse im Handelsbereich spitzt Stephen Schwedler sein Seminar »Kalkulation und Kostenrechnung in Handelsbetrieben« während des 10./11.2.94 in Düsseldorf zu. U.a. werden Hilfen für die Kalkulation der Selbstkosten- und Zielverkaufspreise gegeben.

Controlling
Am 17./18.2.94 zeigt Markus S. Wetter in Düsseldorf auf, wie die Denkweise des Controllings (innerbetriebliche Informationsvermittlung und Herstellung von Transparenz) auch für Kleinbetriebe genutzt werden kann.

Information und Anmeldung für alle Finanzmanagementseminare: NETZ, Börnestr. 10, 40211 Düssseldorf, Tel.: 0211/1649583, Fax: 0211/351591

KULTUR

6. Kulturbörse Freiburg
Internationales Forum für Kleinkunst
Zum sechsten Mal in Folge findet am 23. und 24. März 1994 die Kulturbörse Freiburg statt, die größte Fachveranstaltung ihrer Art in Deutschland. Sie beitet allen, die mit Kleinkunst zu tun haben (KünstlerInnen, Gruppen, Verbände, ProduzentInnen, VeranstalterInnen, Agenturen und Medien), die Möglichkeit, sich mit aktuellen Produktionen aus dem In- und Ausland vertraut zu machen, Kontakte herzustellen, Verträge abzuschließen und sich Anregungen für die eigene Arbeit zu holen. In 15- oder 30-minütigen Kurzauftritten können KünstlerInnen den FachbesucherInnen Ausschnitte ihres aktuellen Programms vorstellen. Über 100 gut ausgerüstete Stände von Agnturen, Gruppen oder KünstlerInnen biten dem Fachpublikum zusätzliche Informationen.
Welche TeilnehmerInnen Gelegenheit erhalten, sich per Kurzauftritt vorzustellen, entscheidet eine international besetzte Jury. Die Informationsstände werden durch den Veranstalter vergeben. Das Bewerbungsverfahren für die Bereiche »Kurzauftritt« und »Informationsstand läuft bereits. Die Veranstaltung wird vom Kulturamt der Stadt Freiburg, Postfach, 79095 Freiburg, Telefon (0761) 201-21115 oder 2105, Fax 201-2199, durchgeführt. Dort erhalten alle InteressentInnen weitere Informationenn sowie Bewerbungsunterlagen.

GESUNDHEIT

»Wir können auch anders...«
Arbeitsutopien im Gesundheitswesen:
Für Menschen, die sozial, ökologisch, ethisch vertretbar und selbstbestimmt arbeiten wollen, ist in dem bestehenden Gesundheitssystem kein Raum.
Deshalb haben sich Leute in einer interdisziplinären Arbeitsgruppe zusammengefunden, die sich in eigenen Strukturen Freiräume für ihre Arbeit schaffen wollen, z.B. durch die Gründung von Gruppenpraxen.
Zu unserem nächsten Treffen vom 21.-23.Januar 1994 in Neustadt/Weinstr. laden wir somit diejenigen lieben Leute ein, die mit Phantasie und Kraft ihre Ideen verwirklichen wollen. Die AG versteht sich dabei als interdisziplinärer Pool für das kennenlernen möglicher ProjektpartnerInnen als Forum für die Weiterentwicklung eigener Träume.
Kontakt & Anmeldung:
möglichst bis 15.12.93 an: Heike, Tel. 06321/480581 oder Roland Härtel, Ziegelstr. 11, 35037 Marburg, Tel. 06421/35967

MEDIEN

Druck machen – Veränderung durchsetzen
Das Seminar hilft MitarbeiterInnen in Projektwerkstätten, Jugendgruppen und -projekten, Inhalte durch bessere, weil geplante Öffentlichkeitsarbeit bekannter werden zu lassen.
Termine: 17.-19.12.93, 4.-6.3.94, 25.-38.8.94, 2.-4.12.94 (alle in Verden)
Kosten: 30 bis 60 DM nach Selbsteinschätzung
Information & Anmeldung:
Bildungsgruppe für Ökologie & Selbstbestimmung
c/o Verdener Umweltwerkstatt
Herrlichkeit 1
27283 Verden

SONSTIGES

Rhetorik für Jugendliche
Wir haben viel zu sagen!
Du lernst auf diesem Seminar, wie Du auf Gruppen wirkst, wie Du eine Rede gliederst, wie daß, was Du sagst, auch gehört wird. Trotzdem – eine Erfolgsgarantie ist damit nicht zu haben. Denn zu erfolgreicher Kommunikation gehören immer zwei oder mehr Menschen. Ebenso einen großen Anteil übernehmen deshalb bei dem Seminar Übungen zum Aktiven Zuhören, zum Konsensprinzip und gleichberechtigter und konstruktiver Gruppenrhetorik. Dabei versuchen wir als TeamerInnen ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Hintergrundinformationen und praktischen Ausprobieren zu schaffen.
Termine: 14.-16.1.94 (Hamburg), 13.-15.5.94 und 16.-18.9.94 (Verden)
Kosten: 30 bis 60 DM nach Selbsteinschätzung
Information & Anmeldung:
Bildungsgruppe für Ökologie & Selbstbestimmung
c/o Verdener Umweltwerkstatt
Herrlichkeit 1
27283 Verden

ZUKUNFTSWERKSTATT

Zukunftswerkstätten:
Wege aus der Resignation!
wurden vom Zukunftsforscher Robert Jungk und Norbert Müller erfunden, um unsere Demokratie wiederzubeleben. Menschen werden in einem gemeinsamen Gruppenprozeß motiviert, selbst aktiv zu werden.

Zukunftswerkstätten moderieren lernen
Während dieser ModeratorInnenschulung lernt Ihr, selbst Zukunftswerkstätten anzuleiten. Wir werden selbst eine Zukunftswerkstatt durchführen und vor allem das Moderieren üben. Vorraussetzungen: Ein wenig Erfahrungen mit Gruppen.
Termine: 1.-5.12.93 (Göttingen), 9.-13.2.94 u. 11.-16.11.94 (Verden)
Kosten: 80 bis 100 DM nach Selbsteinschätzung.
Information & Anmeldung:
Bildungsgruppe für Ökologie & Selbstbestimmung
c/o Verdener Umweltwerkstatt
Herrlichkeit 1
27283 Verden

FRAUEN & ARBEIT

Frauenfördermöglichkeiten im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft
Termin: Mi 8.12.93, 19-22 Uhr
Jetzt geht's los!
Ein Wochenendkurs zur Berufsorientierung
termin: 10.-12.12.93
Rhetorikaufbaukurs
Termin: 11.-12.12.93
Teamleitung
Termin: Mo 13.-Fr 17.12.93
Information & Anmeldung
Frau und Arbeit
Grindelallee 43
20146 Hamburg
☎ (0 40) 44 49 60

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 80,— DM bzw. 650 ÖSh (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

Adresse:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

— **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.

Datum: Unterschrift:

— **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

— **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

Umwelt im Schatten der Wirtschaft

Jugendumweltkongreß Silvester 93/94 in Göttingen

Infos & Anmeldung:
Kongreßbüro,
Pavillon der Höltyschule,
Nikolausberger Weg 22,
37073 Göttingen,
Tel.: 0551/541863

Veranstaltet von:
naturschutzjugend
BUNDjugend

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 80,-DM abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

mit jungen Leuten gemeinsam aktiv werden ... Pressearbeit ... Gespräche mit Politik, Handel und Verwaltung ... motivieren lernen ... Behördenkontakte ... Seminare und Freizeiten durchführen ... anders leben

Verdener Umweltwerkstatt sucht PraktikantInnen

Günter, Judith, Cordula, Sven, Jens u.a. suchen KomplizInnen! In der Umweltwerkstatt engagieren wir uns für Ökologischen Landbau, Umwelt-Bildung, Alternative Lebensformen u.v.a. Für zwei Bereiche suchen wir Unterstützung:

* Durchführung eines Jugendumweltkongresses in Verden
* Aufbau von Jugendumweltgruppen in der Region, regionale Öffentlichkeitsarbeit und Aktionen vor Ort.

Besetzung der Stellen: ab sofort sowie zwei weitere Stellen ab September 1994. Bezahlung: 300 DM monatlich, höhere Bezahlung nach Absprache. Infos bei:

Verdener Umweltwerkstatt
** Herrlichkeit 1 * 27283 Verden **
Telefon: 0 42 31 / 8 10 46

Die Verdener Umweltwerkstatt ist Teil eines Projektes "anderen lebens und arbeitens" (im dauernden Aufbau). Wir versuchen gemeinsam, Zusammenleben, (umwelt-)politische Arbeit, Lernen/Ausbildung und finanzielle Absicherung zu verbinden.

Mach ein Jahr 'was anderes!